

Stenographisches Protokoll.

21. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Montag, den 7. März 1921.

Tagesordnung: Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21. (168 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Urlaubserteilung (Seite 623).

Abwesenheitsanzeige (Seite 623).

Beschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. mit dem der Bundesregierung die Ermächtigung zur Flüssigmachung von Vorauszahlungen für die Monate Jänner, Februar und März 1921 auf Rechnung einer künftigen Bezugserhöhung erteilt wird (239 der Beilagen [Seite 623]);
2. betreffend Ergänzung des Gesetzes vom 30. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 309 (zweiter Nachtrag zum Volkspflege-
stättengesetz) (240 der Beilagen [Seite 623]);
3. betreffend Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter (VI. Novelle zum Unfallversicherungsgesetz) (241 der Beilagen [Seite 623]).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (54 der Beilagen), be-

treffend das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921) und über die Vorlage der Bundesregierung (188 der Beilagen), betreffend den I. Nachtrag zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1920/21 (168 der Beilagen — Spezialdebatte über die Gruppen: I. „Oberste Volksorgane“, II. „Gerichte öffentlichen Rechtes“, III. „Rechnungshof“, VII. „Bundeskanzleramt“, XIV. „Außenres“ und XX. „Hofärar“ — Redner: Spezialberichterstatter über die Gruppen I., II., III. und XX. Dr. Wais [Seite 624], Spezialberichterstatter über Gruppe VII. Pauls [Seite 625], Spezialberichterstatter über Gruppe XIV. Dr. Alfred Gürtler [Seite 627 und 661], die Abgeordneten Leuthner [Seite 629], Dr. Urjin [Seite 632], Bundeskanzler Dr. Mayr [Seite 641], die Abgeordneten Dr. Renner [Seite 645], Buchinger [Seite 653], Dr. Wanek [Seite 655], Paulitsch [Seite 657], Dr. Schönbauer [Seite 659] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 661 und 662]).

Ausschüsse.

Bekanntgabe des Ergebnisses der in der Sitzung vom 4. März l. J. vorgenommenen Erziehungswahl des Abgeordneten Dr. Deutsch als Mitglied in den Ausschuss für soziale Verwaltung (Seite 623).

In der Sitzung eingebrachte Anfrage:**Anfrage**

der Abgeordneten Birbaumer, Hofer und Genossen an
die Bundesregierung, betreffend die jüngste Ent-

scheidung der Botschafterkonferenz in bezug auf die
Zerstörungen am Wiener-Neustädter Flugfeld (An-
hang I, 87/I).

Zur Verteilung gelangen am 7. März 1921:

die Regierungsvorlagen 237, 239, 240 und 241 der Beilagen;

der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses 238 der Beilagen;

die Anträge 223, 224, 225, 226, 227, 228 und 229 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident
Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Bösch**, Dr. **Gimpl** und
Sever.

Bundeskanzler und Leiter des Bundes-
ministeriums für Äußeres: Dr. **Mayr**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegen-
heiten des Unterrichtes und des Kultus:
Breisky.

Bundesminister: Dr. **Pallauf** für Justiz,
Dr. **Grimm** für Finanzen, Dr. **Peska** für Verkehrs-
wesen, Dr. **Resch** für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsvertreter:
Sektionschef Dr. **Übelhör**, Ministerialrat
Dr. **Horvický**, Ministerialrat Dr. **Arzechlich**,
Sektionsrat Dr. **Mannlicher**, Sektionsrat
Dr. **Des Loges**, Sektionsrat Dr. **Jächl** des
Bundeskanzleramtes; Sektionschef **Pogatscher**,
Sektionschef **Winter**, Sektionschef **Oppenheimer**,
Sektionschef **Peter**, Sektionsrat Dr. **Duffek**,
Ministerialsekretär Dr. **Schmidt**, Hofrat **Ludwig**,
Generalkonsul Dr. **Widner** des Bundesministe-
riums für Äußeres; Sektionschef Dr. **Pollak**,
Sektionschef Dr. **Joas**, Ministerialrat **Lipniner**,
Ministerialrat Dr. **Gruber**, Sektionsrat Dr. **Bahl**,
Finanzkonszipist **Steinböck** des Bundesministeriums
für Finanzen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom
3. und 4. März sind in der Kanzlei zur Einsicht
für die Mitglieder aufgelegt, unbeanstandet
geblieben und gelten daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete **Frša** hat telegraphisch
seine Abwesenheit durch Krankheit entschuldigt.

Dem Herrn Abgeordneten **Zwanzger** habe
ich einen dreiwöchigen Urlaub erteilt.

Ich erlaube mir, dem hohen Hause das
Resultat der Ersatzwahl in den Ausschuss für
soziale Verwaltung bekanntzugeben. Abgegeben
wurden 87 Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehr-
heit beträgt 44. Gewählt erscheint mit 87 Stimmen
als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. **Deutsch**.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen
die Einbringung von Vorlagen der Bundes-

regierung angekündigt wird. Ich ersuche um Ver-
lesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Sever** (liest):

„Der Bundesminister für Finanzen, erlaubt
sich, den im Ministerrate vom 28. Februar 1921
beschlossenen Entwurf eines Bundesgesetzes samt
Begründung, mit dem der Bundesregierung
die Ermächtigung zur Flüssigmachung von
Vorauszahlungen für die Monate Jänner,
Februar und März 1921 auf Rechnung einer
künftigen Bezugserhöhung erteilt wird (239
der Beilagen), als Vorlage der Bundesregierung
mit dem Ersuchen um schleunigste verfassungsmäßige
Behandlung zu unterbreiten.“

Wien, 5. März 1921.

Der Bundesminister:
Grimm.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 4. März 1921 erteilten Ermächti-
gung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundes-
gesetzes, betreffend Ergänzung des Gesetzes
vom 30. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 309
(zweiter Nachtrag zum Volkspflegestätten-
gesetz) (240 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu
überfenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundes-
regierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu
unterziehen.“

Wien, 5. März 1921.

Dr. **Resch.**“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 4. März 1921 erteilten Ermächti-
gung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundes-
gesetzes, betreffend Abänderung einiger Be-
stimmungen über die Unfallversicherung der
Arbeiter (VI. Novelle zum Unfallversiche-
rungsgesetz) (241 der Beilagen), mit dem Ersuchen
zu überfenden, diesen Entwurf als Vorlage der
Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung
zu unterziehen.“

Wien, 5. März 1921.

Dr. **Resch.**“

Präsident: Diese Vorlagen werden der
geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unter-
zogen werden.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung, das ist die Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21 (168 der Beilagen).

Zur Verhandlung gelangt der 1. Abschnitt der Spezialdebatte, welche folgende Gruppen umfaßt:

- I. „Oberste Volksorgane“,
- II. „Gerichte öffentlichen Rechtes“,
- III. „Rechnungshof“,
- VII. „Bundeskanzleramt“,
- XIV. „Äußeres“ und
- XX. „Hofärar“.

Ich ersuche den Herrn Referenten über die Gruppen I, II, III und XX, Abgeordneten Dr. Waiz, die Verhandlung einzuleiten.

Spezialberichterstatler Dr. Waiz: Hohes Haus! Über die Kapitel I, II, III und XX, die sich mit den obersten Volksorganen, den Gerichten öffentlichen Rechtes, dem Staatsrechnungshof und dem Hofärar beschäftigen, habe ich dem hohen Hause einen kurzen, einleitenden Bericht von budgetärer Natur zu erstatten. Das hohe Haus hat sich in der Samstagssitzung ohnedies ausführlich und eingehend mit den politischen Fragen beschäftigt und ich kann mich daher, insbesondere bei den ersten drei Kapiteln, auf das rein Zahlenmäßige beschränken.

Das Kapitel I beschäftigt sich mit den obersten Volksorganen. Ich möchte vorausschicken, daß wir bei sämtlichen Kapiteln, so auch bei diesen Kapiteln von Mehransprüchen reden müssen, die sich wie bei allen Kapiteln auch hier durch die Steigerung der Bezüge der Angestellten, beziehungsweise beim Kapitel I durch die Erhöhung der Entschädigung und der Teuerungszulagen für die Mitglieder der Nationalversammlung und im übrigen selbstverständlich auch durch die Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände ergeben.

In der Debatte, die im Finanz- und Budgetausschuß über dieses Kapitel abgeführt wurde, hat insbesondere der Herr Präsident Seiz es bemängelt, daß in diesem Kapitel nicht der Gehalt des Bundespräsidenten erwähnt ist und hat beantragt, als Titel 1a einzuschalten: „Bundesrat“, als Titel 2: „Bundespräsident“, als § 1: „Bezüge des Bundespräsidenten“ und als § 2: „Präsidentenkanzlei“. Diesem Antrage wurde allgemein zugestimmt und im Nachtrage erscheinen daher diese Titel, beziehungsweise Paragrafen, die ich eben genannt habe, bereits auf.

Vom Herrn Abgeordneten Dr. Schürff wurde im Finanz- und Budgetausschuße die Erhöhung des Bibliotheksbeitrages von 50.000 auf

200.000 K beantragt, welchem Antrage gleichfalls zugestimmt wurde.

Das Kapitel II beschäftigt sich mit den Gerichten öffentlichen Rechtes. Es zerfällt in zwei Titel: „Verfassungsgerichtshof“ und „Verwaltungsgerichtshof“. Auch hier haben wir beim Verfassungsgerichtshof wieder einen Mehraufwand, und zwar in der Höhe von 200.700 K. Die Gründe sind dieselben, die ich bereits erwähnt habe.

Das Kapitel III beschäftigt sich mit dem Staatsrechnungshof. Wir sehen auch hier wieder aus denselben Gründen Erhöhungen, insbesondere einen Mehranspruch bei den Krankentassenbeiträgen, welcher eine Folge der erhöhten Beitragsleistung auf Grund der vierten Novelle zum Krankenversicherungsgesetze ist. Auch die Ausgaben für Gebäudeerhaltung und Hausersfordernisse haben sich gesteigert, weil einige Herstellungen schon unaufschiebbar geworden waren.

Was nun das letzte Kapitel, über das ich zu berichten habe, betrifft, das Hofärar, so war schon seinerzeit im Finanz- und Budgetausschuß vorausgesehen, daß sich eine eingehende Debatte darüber entwickeln werde, insbesondere über den Kriegsgeschädigtenfonds. Ich habe es daher damals schon für notwendig gehalten, einen kurzen Überblick über die verschiedenen Phasen der Verwaltung des Hofärars seit dem Umstürze zu geben. Ich glaube, daß es dem hohen Hause genügt, wenn ich diesbezüglich auf den schriftlichen Bericht verweise, der dem Hause vorliegt. Was nun den Kriegsgeschädigtenfonds betrifft, der, wie gesagt, im Ausschusse lebhaft besprochen wurde, so möchte ich zu dem schriftlichen Bericht nur ganz kurz hinzufügen, daß ich auch heute noch die Hoffnung habe, daß künftighin im Staatsvoranschlag eine Gebahrung „Hofärar“ überhaupt nicht mehr aufscheinen wird, weil der Kriegsgeschädigtenfonds möglichst bald wirklich seiner Bestimmung zugeführt werden kann.

Es wurde bezüglich des Vermögens des Hofärars und der Verwaltung desselben immer wieder erwähnt, daß eine lukrativere Verwertung des hofärarischen Vermögens vielleicht möglich gewesen wäre. Man kann aber wohl einwenden, daß bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages das hofärarische Vermögen als Liquidationsmasse behandelt werden mußte, daß die Sukzessionsstaaten strenge darauf gesehen haben, daß keine wichtigeren Verfügungen darüber getroffen werden und daß die Sukzessionsstaaten das Gesetz vom 3. April 1919, wodurch das hofärarische Vermögen in das Eigentum der Republik übernommen wurde, überhaupt nicht respektiert haben. Durch den Staatsvertrag von Saint-Germain wurden wir nach dem Territorialprinzip Eigentümer dieses hofärarischen Vermögens, aber jetzt kam wieder ein neues wichtiges

Hindernis der Bewegungsfreiheit, nämlich das Gesetz über den Kriegsgeschädigtenfonds vom Dezember 1919, welches eine Teilung des hofärarischen Vermögens zwischen Fonds und staatlicher Ressortverwaltung statuierte. Bevor diese Auseinandersetzung nicht endgültig erfolgt ist, ist es natürlich schwer möglich, größere Realisierungen, die vielleicht auch irgend etwas ergeben würden, vorzunehmen.

Ein zweiter Punkt, der ja bei allen Kapiteln besprochen und behandelt wurde, ist der Abbau des Personals. Diesbezüglich kann wohl gesagt werden, das gegenüber dem früheren Stande, wie er zur Zeit des Umsturzes war, der Abbau sich zu einem Drittel vollzogen hat, und daß jetzt, wenn die Hinüberleitung des Personals in den Kriegsgeschädigtenfonds beziehungsweise in den Staatsdienst erfolgen wird, eine neuerliche Sichtung der hofärarischen Bediensteten vorgenommen werden wird von dem Gesichtspunkte aus, inwieweit ihre Weiterverwendung im Staatsdienste, beziehungsweise im Dienste des Kriegsgeschädigtenfonds unbedingt notwendig ist. Der Mehraufwand, der auch bei diesem Kapitel konstatiert werden muß, ist wie bei allen anderen Fällen auf die Besoldungsregelung und die Preissteigerung aller Materialien zurückzuführen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt folgende Anträge (liest):

„Zu Kapitel I: Der Nationalrat wolle dem Staatsvoranschlag, I. Oberste Volksorgane, Kapitel 1, Titel 1 und 2 mit den angeführten Änderungen die Zustimmung erteilen.“

„Zu Kapitel II: Der Nationalrat wolle beschließen:

Das Kapitel II des Staatsvoranschlages wird in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert zum Beschluß erhoben.“

„Zu Kapitel III: Der Nationalrat wolle dem Staatsvoranschlag III, Staatsrechnungshof, Kapitel 3, mit den dort ausgewiesenen Zahlen die Zustimmung erteilen.“

„Zu Kapitel XX: Der Nationalrat wolle dem Staatsvoranschlag, Gruppe XX, Kapitel 35, Hofärar, mit den dort ausgewiesenen Zahlen die Zustimmung erteilen und die beigedruckten Entschlüsse annehmen.“

Ich möchte nur noch bemerken, daß von den Herren Abgeordneten Schiegl und Leuthner zu Kapitel XX Entschlüsse eingebracht worden sind, welche der Ausschuß dem hohen Hause empfiehlt.

Ich bitte das hohe Haus, diesen Anträgen des Finanz- und Budgetausschusses die Genehmigung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche den Herrn Berichtserstatter über Gruppe VII, den Herrn Abgeordneten Pauly, das Wort zu ergreifen.

Spezialberichterstatter Pauly: Hohes Haus! Die Gruppe VII umfaßt die Ausgaben und Einnahmen für das Bundeskanzleramt. Wie bei allen übrigen Gruppen weist auch dieses Kapitel namhafte Steigerungen sowohl auf der Ausgaben- als auch in beschränktem Maße auf der Einnahmenseite auf. Die Ausgaben sind im Vergleiche zum Vorjahre um 14,8 Millionen Kronen gestiegen, denen eine Steigerung der Einnahmen um 9,2 Millionen gegenübersteht. Bei dieser Gruppe finden wir eine Reihe von Instituten vereinigt, welche eigentlich nicht naturgemäß mit dem Bundeskanzleramt zu vereinigen wären, welche aber hier im Budget aufscheinen.

Das Bundeskanzleramt ist nach dem Abbau, welcher in den verschiedenen Personalien durchgeführt wurde, jetzt in einer Art und Weise organisiert, die wohl einen weiteren Abbau nicht mehr als praktisch erscheinen läßt. Die namhaften Steigerungen, welche das Bundeskanzleramt hier aufweist, ergeben sich aus den Steigerungen der gesamten Bedarfsartikel, der Lithographie, des Kanzleimaterials, der Amtserfordernisse usw.

Das Bundesgesetzblatt weist gleichfalls ganz bedeutende Mehrerfordernisse auf und es hat sich daher die Bundesregierung genötigt gesehen, den Bezugspreis des Bundesgesetzblattes zu erhöhen, in dem Bewußtsein, daß damit allerdings eine schwere Belastung eintritt. Die Erhöhung des Papierpreises, welcher durchschnittlich 16 bis 17 Millionen Kronen beträgt, macht es jedoch unumgänglich notwendig, daß diese Steigerung durchgeführt wurde.

Die offiziellen Zeitungen wiesen im Vorjahre noch einen kassamäßigen Reinertrag von 0,1 Millionen Kronen auf; für das laufende Verwaltungsjahr ist dagegen wieder mit einem Abgang von 0,2 Millionen Kronen zu rechnen. Hier bei den offiziellen Zeitungen wurden im Finanz- und Budgetausschuß vom Abgeordneten Zelenka die Verhältnisse bei der „Wiener Zeitung“ bemängelt und darauf hingewiesen, daß Ausgaben gemacht worden seien, die vielleicht hätten erspart werden können. Vor allem bemängelte er die Anschaffung der neuen Schreibmaschinen. Von seiten der Bundesregierung wurde jedoch dem Finanz- und Budgetausschuße die Aufklärung zuteil, daß die Bestellung dieser Schreibmaschinen zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, der bereits weit zurückliegt und daß diese Schreibmaschinen zu gegenüber dem heutigen Preise unverhältnismäßig geringeren Kosten angeschafft wurden. Was die Zusammenlegung der „Wiener Zeitung“ mit der Staatsdruckerei anbelangt, so steht die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß in Anbetracht

der häufig notwendigen dringenden Arbeiten sich diese Zusammenlegung vielleicht nicht empfehlen wird, daß jedoch Studien darüber gemacht werden.

Eine größere Debatte entwickelte sich über das Korrespondenzbureau. Die Verhältnisse beim Korrespondenzbureau wurden vor allem vom Abgeordneten Schiegl bemängelt, der zum Ausdruck brachte, daß die Berichterstattung des Korrespondenzbureaus eine nicht vollentsprechende sei, da es seiner Aufgabe, die Bevölkerung in einer objektiven und weitgehenden Weise von den Verhältnissen und Vorkommnissen im Auslande zu unterrichten, nicht nachgekommen sei. Vor allem wurde vom Abgeordneten Schiegl darauf hingewiesen, daß Angelegenheiten, die sich im Deutschen Reiche ereignet haben und die für uns in Österreich vom großdeutschen Standpunkt aus von höchster Wichtigkeit gewesen wären, vom Korrespondenzbureau in vollkommen unzulänglicher Weise mitgeteilt worden sind.

Bundeskanzler Dr. Mayr, welcher zu dieser Angelegenheit das Wort ergriff, bemängelte und bedauerte gleichfalls dieses Vorkommnis, gibt aber der Versicherung Ausdruck, daß er und die gesamte Bundesregierung bestrebt sei, die Verhältnisse im Korrespondenzbureau zu ändern und eine befriedigende Entwicklung desselben anzustreben.

Bei der Post „Nicht verrechenbare Ausgaben“, einer Post von 200.000 K., wurde vom Abgeordneten Dr. Danneberg der Antrag gestellt, diese Post zu streichen. Der Finanz- und Budgetausschuß hat jedoch in seiner Mehrheit beschlossen, diese Post aufrechtzuerhalten.

Bei der Post „Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt“ sprach Abgeordneter Dr. Ellenbogen im Sinne einer Ausgestaltung der gesamten Elektrizitätswirtschaft und stellte auch einen dementsprechenden Antrag auf Erhöhung der Budgetpost. Dieser Antrag erscheint jedoch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend im Titel „Verkehrswesen“ auf.

Der Bericht über die Filmhauptstelle ergibt, daß die Filmhauptstelle aktiv ist und mit einem immerhin für uns erfreulichen Plus abschneidet. Bei der Debatte über die Filmhauptstelle wurde zum Ausdruck gebracht, daß in voller Anerkennung der Wichtigkeit dieser Stelle dennoch solche Experimente, wie sie im abgelaufenen Jahre anlässlich einiger Filmaufnahmen, wie zum Beispiel der Märchenfilme, durchgeführt wurden, besser zu unterbleiben hätten.

Ein erfreuliches Bild bietet der Bericht über die Lichtbildstelle, welche sich in jeder Hinsicht als ein zu den schönsten Hoffnungen berechtigendes Institut zeigt. Die Lichtbildstelle arbeitet jetzt bereits im Auslande mit großem Erfolg und es ist zu hoffen, daß wir hier tatsächlich zu einem staatlichen

Musterinstitut gelangen. Es wurde von seiten des Finanz- und Budgetausschusses betont, daß einer Vereinigung der Lichtbildstelle mit irgendeinem anderen Bundesministerium, etwa, wie im Vorjahre angeregt wurde, ihre Unterstellung unter das Bundesministerium für Unterricht, nicht zu empfehlen wäre, da die Lichtbildstelle vom kaufmännischen Gesichtspunkt aus möglichst unabhängig gehalten werden müsse und eine Unterstellung unter einen so rein bürokratischen Betrieb, wie er im Unterrichtsamt herrscht, für die weitere Entwicklung nicht empfehlenswert und zu befürworten wäre.

Bei der Post „Fürsorgemaßnahmen“ findet ein ausgiebiger Abbau statt und es ist zu hoffen, daß dieses Kapitel im nächsten Staatsvoranschlag nicht mehr aufscheinen wird. Die Post beträgt auch nur mehr 100.000 K.

Eine reiche und ausgiebige Debatte ergab sich über die Post „Liquidierungsinспекtorat“. Die beiden Liquidierungsinpektoren Smitka und Buchinger erstatteten ein Referat, aus welchem klar erkenntlich war, daß ihre Tätigkeit nicht jene Unterstützung seitens des Finanzministeriums gefunden hat, wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Es entspann sich eine weitgehende Debatte, aus welcher sich klar ergab, daß die Stellung der Liquidierungsinpektoren auch verfassungsrechtlich festzulegen sein wird. Es wurde in dieser Hinsicht auch ein Antrag Jenzabel-Gürtler eingebracht, welchen ich dann dem hohen Hause unterbreiten werde.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt daher auf Grund seiner Beratungen den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle in den Staatsvoranschlag, Gruppe VII, unter Staatsausgaben den Betrag von 21,927.200 K., unter Staatseinnahmen den Betrag von 13,139.000 K. einstellen und die beigedruckte, vom Ausschusse einstimmig angenommene Entschliebung des Abgeordneten Dr. Angerer, sowie den beigedruckten Beschlußantrag über den Bericht der Liquidierungsinpektoren annehmen.“

Die Entschliebung Angerer lautet (liest):

„I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Schutzstelle für die deutschen öffentlichen Angestellten aus den Nationalstaaten, wenn auch im verringerten Umfange, doch bis zur gänzlichen Vereinigung aller ihr zufallenden Obliegenheiten aufrecht zu erhalten.“

II. Die Bundesregierung wird angewiesen, der in Aussicht genommenen, vereinsmäßigen Gründung eines „österreichischen Institutes für Minderheitenschutz“ die tunlichste Förderung angedeihen zu lassen.“

Schließlich wurde vom Finanz- und Budgetausschuß der Beschlußantrag Ferzabek-Gürtler in betreff des Liquidierungsinspektorates angenommen. Derselbe lautet (*liest*):

I. Der Nationalrat billigt die bisherige Tätigkeit des Liquidierungsinspektorates und ist somit einverstanden, daß sie auch weiter in gleicher Art fortgesetzt wird.

II. Die Liquidierungsinspektoren sind berechtigt, an die einzelnen Bundesminister Forderungen bezüglich der Durchführung der Liquidation zu stellen. Für diese Forderungen sind sie auch dem Nationalrate verantwortlich. Führt der betreffende Bundesminister die Forderung durch, so trägt er die verfassungsmäßige Verantwortung für die Durchführung. Glaubt er, sie nicht durchführen zu können, so hat er mit den Liquidierungsinspektoren das Einvernehmen zu pflegen, um zu einer Einigung zu gelangen. Kommt eine Einigung zustande, so haften die Liquidierungsinspektoren für die nunmehr vereinbarte Forderung und der Bundesminister haftet für deren Durchführung. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat der betreffende Bundesminister die Angelegenheit dem Ministerrate zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Ministerrat trägt dann für seine in der Sache getroffene Entscheidung die verfassungsmäßige Verantwortung. Der Beratung des Ministerrates sind die Liquidierungsinspektoren beizuziehen.

III. Die Liquidierungsinspektoren sind berechtigt, bei den berufenen österreichischen Verwaltungsstellen Verhandlungen über Vereinbarungen mit Staaten, denen Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zugefallen sind, anzuregen, welche die Liquidierung beschleunigen oder überhaupt fördern können.

IV. Die Liquidierungsinspektoren haben das Recht, im Einvernehmen mit dem österreichischen Rechnungshofe eine besondere Kontrolle der Liquidierungsgebarung einzurichten, um in diese nach eigenem Ermessen Einblick zu haben.

V. Sie sind ferner berechtigt, zu ihrer Unterstützung nach eigenem Ermessen, abgesehen vom Liquidierungsbeirat, fallweise auch noch sonstige geeignete Fachleute als Beiräte heranzuziehen, sowie mit anderen öffentlichen Arbeitern und Körperschaften in Verbindung zu treten.

VI. Die Bundesregierung hat die nötigen Verfügungen im Einvernehmen mit den

Liquidierungsinspektoren mittels Verordnung zu erlassen."

Präsident: Zum Worte gelangt der Berichterstatter für die Gruppe XIV, Abgeordneter Dr. Gürtler.

Spezialberichterstatter Dr. Alfred Gürtler: Hohes Haus! Die Gruppe XIV, Kapitel 26 des Staatsvoranschlages ist mit der gleichen Gruppe des Jahres 1919/20 nicht recht vergleichbar, weil eine Erweiterung stattgefunden hat. Wir haben nämlich im vorhergehenden Jahre das österreichische Staatsamt für Äußeres und das liquidierende Ministerium des Äußern der alten österreichisch-ungarischen Monarchie besonders ausgewiesen. Dieses war im Kapitel 35 D ausgewiesen. Mit dem Aufhören des Bestandes gesonderter liquidierenden Ämter ist der Rest dieses liquidierenden Ministeriums des Äußern in das Budget unseres heutigen österreichischen Ministeriums des Äußern hineingerutscht und es hat sich natürlich auf diese Art und Weise der Bedarf etwas vergrößert, abgesehen von der aus der Geldentwertung resultierenden Vergrößerung. Nun könnte man vielleicht die Frage aufwerfen, was für ein Interesse wir haben, dieses liquidierende Ministerium des Äußern noch aufrecht zu erhalten. Das sieht auf den ersten Blick sehr überflüssig aus, aber wenn man es genauer betrachtet, steht die Situation folgendermaßen: Erstens hat der Staat Österreich als mehr oder minder freiwilliger Rechtsnachfolger der alten Monarchie ein Recht an dem Besitz gewisser Objekte, die sich im Ausland befinden und in denen die Vertretungen des früheren österreichischen und ungarischen Staates untergebracht waren. Diese Objekte haben unter Umständen einen gewissen Wert und es ist nicht unzweckmäßig, daß Funktionäre dieses ehemaligen Ministeriums des Äußern heute noch gewissermaßen als Hüter dieser Objekte fungieren. Wenn es sich um solche Staaten handelt, mit denen heute der diplomatische Verkehr noch nicht aufgenommen ist, so sind wir nicht in der Lage, gegenwärtig aktive Funktionäre des österreichischen Ministeriums des Äußern hinzusenden und es können daher solche Funktionen nur von diesen Leuten weiter versehen werden. Wo es sich nicht um derartige Wertobjekte handelt, handelt es sich noch vielfach um Archive der ehemaligen österreichisch-ungarischen Behörden, an deren Erhaltung wir ja auch ein gewisses Interesse haben. Auch in diesem Sinne wirken die dort übriggebliebenen Funktionäre. Aber es kommt noch ein dritter — und das ist vielleicht der entscheidende — Gesichtspunkt in Betracht. Es leben ja in derartigen Staaten, mit denen heute ein diplomatischer Verkehr noch nicht aufgenommen wurde, österreichische Staatsbürger. Es hat nun

zwar in diesen Staaten immer noch irgendeine befreundete Macht den Rechtsschutz der österreichischen Staatsbürger übernommen, aber es muß zugegeben werden, daß sich der Vertreter dieser befreundeten Macht in den österreichischen Angelegenheiten natürlich nicht so restlos auskennt und daher muß man, nachdem neue österreichische Diplomaten dorthin noch nicht kommen können, eben den Funktionär des alten Ministeriums des Äußern dort belassen, der in gewissem Sinne sein Berater ist, wenn es sich um Angelegenheiten von Österreichern handelt. Das ist der Grund, weshalb diese Post noch immer im Budget des Ministeriums des Äußern aufscheint. Das, was an inneren Beamten noch vorhanden ist, ist ganz minimal und spielt in den budgetären Verhandlungen keine Rolle mehr.

Es ist aber noch etwas zu dieser Post zuzuwachen und macht sie so schwer vergleichbar. Wir unglücklichen Österreicher bezahlen unter diesem Titel „Äußeres“ nicht nur die Vertretung Österreichs im Ausland, sondern wir bezahlen aus unserer eigenen Tasche auch einen großen Teil der Vertretung des Auslandes im Inlande, und zwar ist das die Reparationskommission. Nach dem Staatsvertrage von Saint-Germain sind wir gezwungen, jährlich $7\frac{1}{2}$ Millionen Goldkronen für die Erhaltung dieser Reparationskommission zu zahlen. Wenn Sie jetzt diesen Betrag von Goldkronen nach dem heutigen Stande unserer Valuta in österreichische Kronen umrechnen, so werden Sie finden, daß da ein ganz ungeheurerlicher Betrag herauskommt. Und wenn wir, wie für die Spezialdebatte vereinbart wurde, nur die Zahlen des Staatsvoranschlages selbst zur Beratung und Beschlussfassung zugrunde legen, so ergibt sich schon hieraus, daß der weitaus überwiegende Teil des im Budget des Ministeriums des Äußern resultierenden Betrages auf die Kosten für die Reparationskommission entfällt. Es sind mehr als vier Fünftel des Gesamtbetrages, welche auf diese Kosten entfallen. Eine weitere Differenz ergibt sich auch noch aus folgendem: Das Ministerium des Äußern hat einen gewissen Erwerbsfönn an den Tag gelegt und das übliche Bestreben bekundet, dem Staate fremde Valuten zu beschaffen, und zwar im Wege der Erhöhung der Konsulargebühren und auch sonstiger bei Gelegenheit von Amtshandlungen, wie Einreisebewilligungen und dergleichen zu erhebenden Gebühren. Diese Beträge sind im vorigen Jahre noch in das Budget des Ministeriums des Äußern eingestellt gewesen, sie sind aber heute aus dieser Post verschwunden und werden in den Kosten des Ministeriums für Finanzen ausgewiesen, so daß man scheinbar, wenn man die Dinge ganz oberflächlich miteinander vergleicht, annehmen könnte, daß sich die Einnahmen des Ministeriums des Äußern vermindert haben, während sie sich in Wirklichkeit tat-

sächlich vermehrt haben und dem Staatschatz aus diesen Eingängen gegenwärtig ein ganz schöner Betrag zufließt. Abgesehen von den valutarischen Verhältnissen, die gerade beim Ministerium des Äußern, wo es sich um die auswärtigen diplomatischen und konsularischen Vertreter handelt, insbesondere deshalb rückwirken, weil man diesen Leuten, wenn sie dort leben wollen, ihre Gehalte in ausländischer Valuta berechnen muß, und wir schließlich und endlich gezwungen sind, zur Anschaffung dieser ausländischen Valuta größere österreichische Kronenbeträge hinzugeben, abgesehen von der daraus resultierenden Vermehrung der Kosten des Ministeriums des Äußern ergibt sich eine weitere Vermehrung der Kosten aus der sehr erfreulichen Erscheinung, daß sich für uns die Welt wieder allmählich zu öffnen beginnt, daß wir jetzt damit anfangen, aus dem Käfig, in dem wir bis zum Abschlusse des Friedensvertrages eingesperrt waren, langsam herauszukommen. Das kostet natürlich Geld: denn, wenn wir mit irgendeinem Staate in Verhandlungen und in wirtschaftliche Beziehungen treten, müssen wir auch eine Vertretung in diesem Staate haben.

In dieser Beziehung glaube ich, hat das Ministerium des Äußern der hier im Hause, ich glaube von allen Parteien übereinstimmend ausgesprochenen Auffassung, daß unsere künftige Diplomatie in Zukunft eine rein wirtschaftliche Diplomatie zu sein habe, sehr ausgiebig Rechnung getragen und wir haben im allgemeinen mit unseren diplomatischen Vertretern im Auslande im Gegensatz zu den früheren Diplomaten, was die wirtschaftlichen Interessen betrifft, keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. In dem Maße, als sich unsere wirtschaftlichen Beziehungen über die Erde auszudehnen beginnen werden — was wir ja alle dringend wünschen — wird sich auch das Netz der diplomatischen und konsularischen Vertretungen ausbreiten beginnen und es wird dort, wo es sich um ernsthafte und wichtige wirtschaftliche Interessenvertretung handeln wird, mit Honorarkonsuln nicht getan sein, sondern wir werden Berufskonsuln anstellen müssen, wenn auch nicht unterschätzt werden kann, was die Honorarkonsuln für die österreichischen Staatsangehörigen leisten. Ich zweifle also, daß hier ein gewisses Wachstum dieser Budgetpost unter Umständen eher eine erfreuliche als eine unerfreuliche Erscheinung darzustellen scheint, wenn sie im Zusammenhange mit der weiteren Öffnung der Welt in wirtschaftlicher Beziehung steht. Im Sinne dieser Ausführung bitte ich Sie daher, erstens dem Kapitel 26, „Äußeres“, des Staatsvoranschlages mit dem in diesem Staatsvoranschlage ausgewiesenen Zahlen die Zustimmung zu erteilen und weiters die Entschlüsseungen, welche meinem schriftlichen Berichte beigelegt sind, anzunehmen. Zwei dieser

Entschliefungen, und zwar die Entschliefungen 1 und 2 stammen vom Herrn Abgeordneten Dr. Bauer, die dritte Entschliefung stammt von Herrn Abgeordneten Dr. Waber.

Die erste dieser Entschliefungen lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefördert, dem Nationalrat unverzüglich einen Gefefzentwurf über das Verfahren bei Volksabftimmungen und Volksbegehren vorzulegen.“

Die zweite Entschliefung lautet (liest):

„In Ermägung, daß die Auslegung zweiseitiger Verträge nicht von einem Vertragsteile diktiert werden kann,

daß vielmehr gemäß Artikel 13 des Paktes der Gefeflchaft der Nationen Streitigkeiten über die Auslegung von Staatsverträgen durch Schiedsgerichte zu entscheiden find,

wird die Regierung aufgefördert, bei der Gefeflchaft der Nationen den Antrag zu stellen, die Streitigkeiten zwischen der Interalliierten Heeresüberwachungskommission und Deutfchösterreich über die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Staatsvertrages von Saint-Germain der Entscheidung durch ein Schiedsgericht zuzuführen.“

Die dritte Entschliefung lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefördert, eheftens eine Zusammenftellung aller an das Ausland geleifteten Zahlungen und der abgelieferten Materialien,

ferner eine Zusammenftellung der über Auftrag der Siegerftaaten abgetragenen Gebäude und der zerstörten Kriegsgeräte, Werkzeuge und sonstigen Gegenstände — unter fchätzungsweise Angabe des Wertes und der Kosten der Zerstörung vorzulegen.“

Präsident: Als Regierungsvertreter find im hohen Hause erschienen, und zwar für das Bundeskanzleramt: Sektionschef Dr. Uebfchör, die Ministerialräte Dr. Horický und Froehlich, die Sektionsräte Dr. Mannlicher, Dr. Des Loges und Dr. Jäckl; für das Ministerium des Außern: die Sektionschefs Bogatscher, Winter, Oppenheimer und Peter, Sektionsrat Dr. Duffek, Ministerialsekretär Dr. Schmidt, Hofrat Ludwig und Generalkonsul Dr. Wildner; für das Ministerium für Finanzen: die Sektionschefs Dr. Pollak und Dr. Joas, die Ministerialräte Jäptner und Gruber, Sektionsrat Dr. Hatzl und Finanzkonzipist Steinböck.

Ich eröffne nunmehr die Debatte über den Abschnitt I. Zum Worte gelangt, und zwar kontra, der Herr Abgeordnete Leuthner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Leuthner: Hohes Haus! Zur Budgetausfchuffe habe ich bei der Post „Hofärar“ eine Resolution eingebracht, die dann einstimmig vom Ausfchuffe angenommen wurde.

Diese Resolution lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefördert, die hofärarische Verwaltung eheftens, und zwar ipätestens bis zum 30. April 1921 zu liquidieren und den Kriegsgefchädigtenfonds bis dahin in den vollen und freien Befiß feiner Vermögenschaften zu setzen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die Regierung einen Gefefzentwurf wegen Reorganisation des Kuratoriums durch Heranziehung der Invaliden vorlegen.“

In diesem Gefefzentwurfe soll insbesondere vorgesorgt werden, daß dem Fonds die Verfügung nicht nur über die Erträge, sondern auch über die Substanz seines Vermögens zukommt.“

Eine zweite Resolution, die gleichfalls vom Ausfchuffe angenommen wurde, eingebracht von meinem Freunde Schiegl, verlangt von der Regierung, daß sie in Sachen der Kronjuwelen und des Gutes Eisenerz-Radmer eine Entscheidung herbeiführe. In diesen zwei Resolutionen ist das wesentliche ausgeführt, was den Gegenstand der Beratungen bei der Post „Hofärar“ darstellte. Es ist wohl jetzt etwas allgemeiner bekannt, daß der Kriegsgefchädigtenfonds in der Art, wie er eingerichtet wurde, in der Art, wie ihm die Vermögenschaften übergeben wurden, tatsächlich unfähig ist, etwas wesentliches für den Zweck zu leisten, dem er eigentlich gewidmet ist. Die Gründe dafür wurden in der Antwort, die der Präsident des Kriegsgefchädigtenfonds auf meine Anfragen hier mir gab, in aller Schärfe herausgehoben. Die Gründe liegen vor allem darin, daß das Vermögen in der Art, wie es aus dem hofärarischen Vermögen und aus den Familienfondsvermögen zusammengestellt wurde, tatsächlich eine passive Wirtschaft darstellt. An sich wäre das Familienfondsvermögen vielleicht aktiv, aber durch das hofärarische Vermögen, das angehängt ist, wird jeder Ertrag aufgezehrt. Es gibt da Dinge, wie zum Beispiel Lagenburg, das allein ein Defizit von 4 bis 5 Millionen im Jahre auferlegt, ebenso ist Lainz, ebenso Hefendorf, ebenso die Residenz Salzburg eine passive Wirtschaft. Nun aber würde auf diese Weise der Kriegsgefchädigtenfonds eigentlich nie dazu kommen, etwas für die Kriegsbeschädigten zu leisten. Das erste, um den Zweck zu retten, den das

Gesetz erreichen wollte, wäre, dem Kuratorium die Möglichkeit zu geben, über dieses Vermögen frei zu verfügen, so zu verfügen, daß trotz der heutigen Schwierigkeiten, trotz der schweren Belastungen tatsächlich irgendein Erlös zu erzielen wäre. Das ist jedoch wiederum unmöglich gemacht, und zwar unmöglich gemacht durch einen Beschluß des Kabinettsrates, der dahin geht, daß die Veräußerung und Belastung von Objekten nur mit Zustimmung der Regierung erfolgen kann. Es ist eine Verwaltung eingesetzt, welche in dem Kuratorium gipfelt. Das einzige, was hier zu tun möglich wäre, ist, durch einen günstigen Abverkauf einzelner Objekte Geldmittel herbeizuschaffen, um etwas für die Kriegsbeschädigten leisten zu können. Aber das verwehrt eben dieser Kabinettsbeschluß.

Nun ist aber auch daran noch nicht genug. Man muß sich nur das Kuratorium selbst ansehen, seine Zusammensetzung betrachten, dann wird man wahrnehmen, daß dort die Interessen derjenigen, für die der Kriegsbeschädigtenfonds in erster Linie eingesetzt wurde, so gut wie überhaupt keine Vertretung finden. Das entscheidende Stimmengewicht haben dort die Ministerien, die durch ihre Beamten sehr reichlich vertreten sind, weiterhin die Länder, der Nationalrat ist dort durch drei Repräsentanten vertreten und die Kriegsbeschädigten haben nur ganz zufälligerweise, weil der frühere Staatssekretär Hanusch ihnen eine Vertretung zuwies, Sitz und Stimme in dieser Körperschaft. Es ist doch ganz natürlich, daß eine Körperschaft, die in dieser Weise ausschließlich, möchte ich sagen, die bürokratischen und neben den bürokratischen allenfalls noch die Interessen der einzelnen Länder vertritt, für die Sache, der dieser Fonds dienen soll, nichts leisten wird. Denn was werden notwendigerweise die Bureaukraten, die Ministerien, die hinter den Bureaukraten stehen, als eigentliches Interesse verfolgen? Selbst wenn sie dabei nicht weitere Ziele verfolgen, selbst wenn sie dabei sich nicht von den Gedanken tragen lassen, tatsächlich dieses ganze Vermögen für irgend einen nicht näher zu bezeichnenden Zweck unverfehrt zu bewahren, wenn sie nur einfach dem Antriebe gehorchen, der eben nun einmal die Bürokratie beherrscht, so werden sie sich vor allem von dem Beweggrund leiten lassen, die Substanz des Vermögens unangetastet zu bewahren. Nur wird eben, wenn man die Substanz des Vermögens nicht angreift, der Kriegsbeschädigtenfonds vollständig zwecklos. Das einzig Vernünftige wäre dann, das Kuratorium aufzulösen und das Gesetz über den Kriegsbeschädigtenfonds einfach für nichtig zu erklären. Denn das steht fest, einen Ertrag wird der Fonds in seiner jetzigen Gestalt nicht abwerfen, und wenn die Verwaltung nicht frei schalten darf mit der Substanz des Vermögens, so kann sie nichts weiter tun, als

eben fortdauernd wie heute noch aus dem Ertrag die Beamten und Pensionisten erhalten, die diesen Fonds belasten. Etwas gemacht werden kann nur, wie gesagt, wenn der Abverkauf von einzelnen Objekten gestattet ist; etwas geleistet kann nur werden in der Form, wie es in dem einen Fall versucht worden ist, nämlich den Siedlungsgenossenschaften Raum und andere günstige Bedingungen für die Betätigung auf ihrem Felde zu gewähren; etwas geleistet werden könnte nur, wenn man etwa für die Kriegsblinden oder andere hart Betroffene Anstalten errichten würde, alles nur aus dem eigentlichen Bestreben des Fonds, aus der Substanz des Vermögens.

Es ist klar, und es haben sich auch schließlich alle Parteien im Ausschusse dieser Meinung angeschlossen, daß die jetzige Form der Verwaltung unerträglich ist, daß aber auch die bestehende Gestalt des Gesetzes unzulänglich ist, daß das Kuratorium mit viel weiterreichenden Rechten ausgestattet werden, daß es möglich werden muß, an die Substanz des Vermögens heranzugehen, und daß vor allem das Kuratorium selbst eine Zusammensetzung erhalten muß, die den hier eigentlich mit ihren Interessen Beteiligten, das ist den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit gewährt, auf das Gebaren Einfluß zu nehmen.

Im Verlaufe der Beratungen kam namentlich auch eine recht eigenartige Angelegenheit zur Erörterung, die Frage der Verminderung des Vermögens der Kriegsbeschädigten, und zwar einer überaus empfindlichen Verminderung dieses Vermögens durch die Vermögensflucht, die seinerzeit der ehemalige Kaiser Karl in Szene gesetzt hat. Es ist ja bekannt, daß am 1. November 1918, also zur Zeit, als der Kaiser noch in Wien weilte, sein Vertrauensmann Berchtold ausgesendet wurde, dem Verwalter des betreffenden Fonds, dem Herrn Sektionschef Beckbecker die Forderung zu stellen, er möge die in dem Auftrage bezeichneten Kronjuwelen zu dem Zwecke ausliefern, daß sie in der Schweiz geborgen werden. Diejenigen, die die Sache des ehemaligen Kaisers verteidigen, machen darauf aufmerksam, daß zu jener Zeit das formale Recht noch auf seiner Seite stand, daß er noch die Verfügungsgewalt über die Juwelen hatte. Aber wenn man dies zur Geltung bringt, so ist das höchstens eine Entschuldigung für den damaligen Staatsnotar Sylvester oder für den amtierenden Beamten Beckbecker, daß sie gegenüber einem formalen Rechte sich nicht energischer der unverkennbaren Absicht der Vermögensflucht entgegensetzen wollten oder konnten oder nicht den Mut hiezu fanden, aber eine Entschuldigung für den ehemaligen Kaiser und seine Ratgeber und Freunde liegt darin keineswegs, weil kurz darauf durch das Gesetz und noch zweifellos durch den Friedensvertrag von Saint-Germain

diese Juwelen zu einem Vermögensteile des deutsch-österreichischen Staates erklärt wurden. Der Friedensvertrag erklärt ausdrücklich alle Vermögensschaften des Hauses Habsburg als Staatseigentum, soweit sie sich in Deutschösterreich befinden. Es kann aber kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die aus Österreich wohl äußerlich fortgebrachten, aber in der Schweiz nur geborgenen Juwelen juristisch den Ort ebenso hier in Deutschösterreich haben, wie etwa ein Buch, das man aus einer Bibliothek ausleiht, nicht an dem Orte ist, wo man es augenblicklich verwendet, sondern juristisch dort seinen Ort hat, wo es einen Teil der Bibliothek darstellt. Und diese Kronjuwelen sind gleichfalls nur ein Teil einer großen Sammlung von Kleinodien, haben ihren Ort nicht verändert, sind nur in einem zeitweiligen Depot und die Depotszueigenschaft ändert nichts an der Tatsache, daß sie einen Vermögensteil Deutschösterreichs bilden.

Daß diese Auffassung auch außerhalb Österreichs als geltend angesehen wird, geht aus der Tatsache hervor, daß Italien die ihm zugesprochenen Kleinodien von uns fordert, von uns, die wir sie im Besitze haben sollten, wenn sie auch tatsächlich unseren Händen entschlüpfen sind. Es kann daher gar keinem Zweifel unterliegen, daß in diesem Falle das Recht vollständig auf der Seite des Staates liegt, und um so sonderbarer muß es berühren, daß der Versuch, dieses Recht geltend zu machen und gegenüber den Ausflüchten, die der ehemalige Kaiser und seine Ratgeber versucht haben, zur Vollstreckung zu bringen, bisher noch nicht oder wenigstens nicht mit der genügenden Eile unternommen wurde. Dahin zielt denn auch der Antrag, der von meinem Freunde Schiegl eingebracht wurde und die Zustimmung des Budgetausschusses erfahren hat.

Er fordert die Regierung auf, den Rechtsstreit durchzuführen und dem Präsidenten des Kriegsgeheimdienstfonds Dr. Harpner den von ihm schon einmal geforderten Auftrag zu erteilen, alle Rechtsmittel zu ergreifen, um für Deutschösterreich die Juwelen zu erstreiten.

Es sei mir noch gestattet, dieser Angelegenheit ein paar Worte zu widmen, die nicht mehr die rein rechtliche Natur, sondern vielleicht mehr die moralische Natur des ganzen Handels berühren. Die Sache als einen reinen Rechtsstreit zu führen, wären der ehemalige Kaiser und seine Anhänger allenfalls dann berechtigt, wenn sie sonst entschlossen wären, sich als das auszuführen, was sie gesetzlich sind, als Privatleute. Es berührt aber höchst sonderbar, wenn derselbe Kaiser und seine Anhänger einerseits gegen Deutschösterreich alle Mittel anwenden, um die Kronjuwelen, die einen zweifellosen Teil unseres Besitzes darstellen, für sich zu behalten, wenn sie diesen Besitz als ihren persönlichen, als ihren Familienbesitz darstellen, und auf der anderen

Seite uns alle Tage erkennen lassen, daß sie sich als Thronprätendenten, als zur Herrschaft in Deutschösterreich berufen, betrachten. Hier bricht zweierlei hervor: Einmal ein wirklich sehr geringes moralisches Verantwortungsgefühl. Wenn man sich noch als derjenige fühlt, der besondere Beziehungen zum deutschösterreichischen Lande hat, und nun weiß, daß dieses Deutschösterreich am Rande des Abgrundes schwankt und dem Verhungern nahe ist, und man befindet sich im Besitze eines Schatzes, der der Schatz dieses Deutschösterreichs ist und der — es handelt sich um Vermögensobjekte, die, in unserem Gelde ausgedrückt, viele Tausende von Millionen darstellen —, mindestens zu einem Teil die finanziellen und damit die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs bessern könnten und wenn man trotzdem seinen Privatvorteil und den Vorteil seiner Familie diesem verhängnisvollen Schicksal Deutschösterreichs als das Wichtigere und dem Herzen Nähere voransetzt, so scheint mir ein Mann, der das tut und dennoch Forderungen stellt, die über den Kreis des Privatmannes hinausgehen, von den Voraussetzungen der gesunden Vernunft fast verlassen.

Denen aber, die sich trotzdem noch immer als Anhänger dieses Bergers unseres Vortes offen bekennen oder heimlich fühlen, sei etwa folgende Erwägung entgegengehalten. Sie mögen in dieser Bergung der Juwelen nichts Übles erblicken. Etwa deshalb, weil sie sich sagen: das haben die Habsburger schon seit jeher besessen oder weil sie sich sagen: zu einem Fürsten gehören Juwelen, Kleinodien von altem historischen Glanz, gehören Kleinodien von unschätzbarem Wert, sie bilden das notwendige Attribut einer solchen alten Familie. Darüber möchte ich mit ihnen nicht streiten. Ich möchte ihnen aber folgendes zur Erwägung vorlegen. Wie würde sich eine Familie, die nach ihrer Meinung zur Aufrechterhaltung ihres äußeren Glanzes einen Familienschmuck braucht, der etliche tausend Millionen, in unserem Gelde ausgedrückt, an Wert darstellt, wie würde sie sich etwa in unserem deutschösterreichischen Ensemble ausnehmen? (Sehr richtig!) Wir haben hier vor ganz kurzem oberste Volksorgane gehabt mit einer Bezahlung — jetzt kann man ja ganz offen darüber sprechen —, die nicht einmal ausreicht, die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens zu decken, zum Teil Staatssekretäre, die nur deshalb Staatssekretäre sein konnten, weil sie noch aus ihrer früheren Zeit einigermaßen unzerstörte Garderobe bestände besaßen. Diese Dinge haben sich jetzt etwas gebessert, das Einkommen der Minister ist jetzt etwas höher geworden und vielleicht ist es heute einem Minister, wenn auch unter schweren und ernsten Erwägungen, immerhin möglich, sich zu dem Beschlusse aufzuraffen, einen Anzug zu beschaffen oder vielleicht gar einen Winterrock. Aber auf alle Fälle wird jeder zugeben, auch ein so ausgemachter

Feind der jetzigen Minister wie ich, daß das Einkommen dieser Minister ein außerordentlich bescheidenes ist, so bescheiden, so dürftig, so bettelhaft, wie nicht nur die Republik, sondern wie gerade diese Republik es erheischt, deren Bevölkerung am Verhungern ist und die daher ganz sinngemäß ihrem Präsidenten und ihren Ministern ein Einkommen gewährt, das tief unter den Bedürfnissen ist, die diese unter ganz normalen Bedingungen befriedigen müßten.

Wenn man sich nun vorstellt, daß in dieses Land wiederum eine Familie hineinkäme, die notwendigerweise, um ihrem Dasein einen Inhalt zu geben — denn einen staatsrechtlichen Inhalt haben ja Fürsten heute überhaupt nicht mehr, ihr Lebensinhalt ist das rein Repräsentative, das Prunkten, der Glanz —, nach unserem heutigen Geldausdruck mindestens eine Zivilliste von 1000 Millionen Kronen im Jahre erhalten müßte, um ungefähr den Aufwand, den früher der Hofstaat erforderte, zu decken, so genügt diese einzige Erwägung, um jedem klar zu machen, daß auch von diesem Standpunkt aus diejenigen, die noch monarchistische Schnüßte, monarchische Rück Erinnerungen hegen, mit der sehr harten, sehr armen und sehr ersten Gegenwart Deutschösterreichs in einem komischen Widerspruch stehen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ursin; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Ursin: Hohes Haus! Jeder Deutschdenkende richtet heute seine Blicke nach London und wir Deutschösterreicher, wir sind mit unseren deutschen Brüdern eine Schicksalsgemeinschaft, eine Schicksalsgemeinschaft, die, wenn das deutsche Volk vernichtet wird, ebenfalls vernichtet ist. Die Feinde, die nicht gesiegt haben, die aber den Krieg durch andere Mittel als auf dem Schlachtfelde gewonnen haben, die sind die eigentlichen Kriegsgewinner, und zwar im schlechtesten Sinne des Wortes, geworden. Diese Kriegsgewinner sind es nun, die den, der am Boden liegt, den Deutschen hauptsächlich, nun auszurauben beginnen und ihn vernichten wollen. Ganz gleichgültig ist es diesen Herren, ob daraus ein Weltchaos entsteht, wie es bis jetzt überhaupt noch nicht in Erscheinung trat. Wir Deutschösterreicher fühlen unseren Stammesbrüdern das Übermaß von Unglück und von Demütigung nach, aber wir hegen gleich der Gesamtheit der Reichsdeutschen die Hoffnung, daß Doktor Simons hart bleiben wird und nicht zurückweicht.

Es handelt sich in diesem Falle um eine eklatante Verletzung des Friedensdikates, und zwar um eine Verletzung durch Gewaltmaßregeln. Dadurch zerreißt die Entente selbst das Friedensdiktat von Versailles und auch das von Saint-Germain, das eigentlich durch die Willkürakte uns gegenüber

schon früher zerrissen worden ist. Schlechter kann die Lage der Deutschen und insbesondere der Reichsdeutschen wohl nicht mehr werden, gleichgültig ob sie unterschreiben oder ob sie nicht unterschreiben. Wenn sie aber nicht unterschreiben, dann bekommen sie freie Hand, die für uns Deutsche in der Zukunft sehr wertvoll sein wird. Die Schuld der Feinde steigt ins Unermeßliche und es wird ein Tag kommen, an dem schließlich die widernatürliche, auf grenzenlosem Haß aufgebaute Siegerdiktatur zusammenbrechen wird.

Einen Lichtblick gibt es in diesen Unglückstagen und dieser ist, daß gerade in jenen Bezirken, welche Lloyd George und Anhang zur nachträglichen Besetzung ausersehen haben, Kundgebungen stattgefunden haben, und an Dr. Simons von dort als Drahtgrüße nach London gerichtet wurden, die ihn auffordern, an den Beschlüssen der Nationalversammlung in Berlin unbedingt festzuhalten. Sie werden, so drahten sie, voll und ganz für die Folgen einstehen, welche daraus entstehen. Es sind diese große Reichsverbände, die wir da vor uns haben, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsausschuß der Landwirtschaft und der Zentralverband des deutschen Großhandels. Auch die nieder-rheinische Handelskammer in Duisburg, das ist ein Ort, der besetzt werden soll, und desgleichen Ruhrort — heute kommt auch noch Düsseldorf dazu —, alle diese Orte drahten an Simons, er möge mit „Nein“ antworten und es möge Lloyd George nur besetzen.

Es handelt sich in diesem Falle bei Deutschland nicht mehr um Entschädigungen, es handelt sich um Tribute und diese stehen im direkten Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles. Überhaupt hat der Feind, die Entente, den Frieden von Saint-Germain wiederholt verletzt. Was Deutschösterreich anbelangt, so wird in dem berühmten Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint-Germain Deutschösterreich die „unabänderliche Unabhängigkeit“ zugesprochen. Ich möchte wissen, wer heute in Österreich an diese unabänderliche Unabhängigkeit überhaupt noch glaubt. Ich werde darüber später noch sprechen. Von den militärischen Zwangsmaßnahmen, welche ergriffen wurden, ist in dem Versailler Friedensvertrag meines Wissens nicht die Rede, es wurden aber, das Rheinland und andere Teile des Deutschen Reiches besetzt. Was aber direkt dem Friedensvertrag von Versailles widerspricht, das sind jene Androhungen, die Lloyd George stolz ausgesprochen hat und die dahin gingen, daß, wenn Deutschland nicht unterschreibt, bei jenen Waren, welche exportiert werden, von den Alliierten 50 Prozent des Verkaufspreises abgezogen werden. Dadurch ist der Versailler Vertrag insofern verletzt, weil in dem Vertrage damals die Unantastbarkeit der deutschen

Guthaben zugesichert worden ist. Tatsächlich haben auch sehr viele Gläubiger aus dem Deutschen Reich aus England, Frankreich und den anderen Entente-Staaten ihre Guthaben infolge dieser Drohungen zurückgezogen.

Eine weitere Verletzung des Friedensvertrages von Versailles ist folgende. In diesem Friedensvertrag war ausdrücklich davon die Rede, das Vermögen der einzelnen Staaten sei zu schützen. Wenn Sie aber nun unser Staatsvermögen in Betracht ziehen, zum Beispiel das Vermögen auf dem Flugfeld in Wiener-Neustadt, wo Teile, welche derzeit mit Heereseinrichtungen nichts zu tun haben, Propeller und Motore, ganz willkürlich von englischen Offizieren eigenhändig mit der Hacke zerstört worden sind, so ist das doch eine höchst übermütige Vernichtung des Volksvermögens Österreichs, welche im krassen Gegensatz steht zu den vielen heuchlerisch liebenswürdigen Worten, die — allerdings schlecht angebracht — Lloyd George uns gegenüber gebraucht hat. Ich erinnere weiters an einen Vorfall, der sich in Hamburg abgespielt hat: „Oranje Ribber“, ein Handelsschiff, kommt am 3. März nach Hamburg angefahren und die Hamburger müssen über folgenden stöhnen: Am Deck oben steht eine 10,5 Zentimeter Kanone. Das Geschütz ist mit der Mündung nicht nur auf den Hafen, sondern direkt auf die Stadt gerichtet. Es ist das entschieden ein Vorgang, der dem Friedensvertrag von Versailles widerspricht, schon deswegen, weil ja damit, daß der Friede unterzeichnet worden ist, der Kriegszustand aufgehört hat.

Sie wissen ja alle von den vielen Überhebungen, welche sich die Tschechen haben zuschulden kommen lassen. Diese Überhebungen und der Terror in der Tschecho-Slowakei war so stark, daß Lloyd George unlängst den Tschechen die Mahnung zuteil werden ließ, die christliche Mahnung — denn er ist ein so guter Christ — „Liebe Deinen Nächsten!“ Lloyd George ist eine ganz eigentümliche Erscheinung, eigentümlich deswegen, weil er den Eindruck machen will, als sei er ernst zu nehmen. Andererseits ist aber sein Auftreten derart höhnend, satirisch und frivol, daß wir uns wohl hüten müssen, diesen Mann ernst zu nehmen. Er spricht zum Beispiel in seiner gewohnten Manier ungefähr wie folgt: „Ein freies, ein zufriedenes, ein blühendes Deutschland sei eine notwendige Vorbedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas.“ Und in der gleichen Stunde ist er derjenige, welcher sagt: „Das, was Deutschland zu zahlen hat, ist ja viel zu wenig. Will vielleicht Deutschland haben, daß die eigentlichen Sieger alles zahlen sollen?“ In demselben Augenblicke legt er nicht weniger als alles in allem genommen 310 Milliarden Goldmark dem Deutschen Reich als Tribut auf. Im Gegensatz dazu steht bezüglich der Höhe des reichs-

deutsche Volksvermögen. Es haben Finanzmänner in den letzten Tagen berechnet, daß das gesamte deutsche Volksvermögen nicht, wie ursprünglich mitgeteilt wurde, 320 Milliarden beträgt, sondern weit weniger, nämlich nur 90 Milliarden Goldmark.

Lloyd George sagt ferner, die deutschen Vorschläge seien eine Beleidigung und eine Herausforderung der Alliierten. Wenn bis Montag die Pariser Beschlüsse nicht anerkannt sind, so werden die Alliierten Duisburg und andere Orte besetzen und werden von dem Erlös der deutschen Lieferungen 50 Prozent zurückbehalten, wie ich schon früher mitgeteilt habe. Aus dem, was ich sagte, erhellt, daß Lloyd George ebenso wie ein anderer Politiker — ich meine Wilson — nichts weiter ist — das sei ganz offen gesagt — als ein Heuchler, ein Lügner und Imperialist schlechtester Sorte. In ihm charakterisiert sich das Wort, das früher so oft gebraucht wurde, vom perfiden Albion!

Aber ein Gutes hat dieses Vorgehen der Alliierten. Denn damit zerreißen sie selbst den Friedensvertrag von Versailles und das Deutsche Reich ist, wenn es nein sagt und festbleibt, in der Folge nicht mehr daran gebunden. Die Folgen werden aber schreckliche sein. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß das Deutsche Reich eine Ausfuhr von 35 bis 40 Milliarden hat, daß die Einfuhr nur von Lebensmitteln und Rohstoffen 80 Milliarden beträgt, so können Sie sich vorstellen, daß, wenn alle jene Folgen eintreten, von denen die Alliierten wissen wollen, die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft in einer Weise geschädigt wird, wie dies bisher noch gar nie der Fall gewesen ist. Wir leben jetzt noch eigentlich mitten im Kriege.

Bekannt sind ja die Rüstungen Amerikas, nicht nur zu Lande, sondern auch zu See. Amerika will eine Flotte haben, so groß wie die japanische und die englische Flotte zusammengekommen und es wurden enorme Beträge, wie sie die Welt bisher nicht gehört hat, für diese Zwecke votiert. Wir haben die Unruhen in der Türkei, wir haben den Krieg in Rußland und in Polen. Was sollen diesen Zuständen gegenüber die milden und menschenfreundlichen Worte Hardings vom 4. März? Und was ist mit uns Deutschösterreichern? Die Pariser Entscheidungen und jetzt die Londoner Zusammenkunft werden wohl auch den Leichtgläubigsten die Augen geöffnet haben. Die Schlinge ist uns Deutschen um den Hals gelegt, die der Mäurer nach Ermessen lockert, um sie bald wieder fester zusammenzuschüßeln. Amerika verkündete durch Harding am 4. März, daß es seine Interessen wahren wolle. Harding kehrt also zu dem alten Monroe-Doktrin: „Amerika den Amerikanern!“ zurück. Europa, sagt er, kümmert uns nur insofern, als unsere Interessen dort bedroht oder gefördert werden können. Er erklärt, er sei für keinen Krieg mehr; in demselben

Augenblick eröffnet aber Amerika einen Krieg, der folgensicher sein wird, und zwar durch eine einfache Maßnahme: Amerika setzt die Seefracht pro Tonne von 66 auf 5 Dollar herab und erklärt besonders England damit den Wirtschaftskrieg. Die Folgen sind nicht abzusehen. Es sind auch sofort Preisstürze in Holland und in England eingetreten. Die Folge davon war auch, daß die Löhne der Arbeiter bedeutend heruntergingen und in manchen Bezirken ganz bedeutende Arbeiterunruhen entstanden. Die Folgen des ganzen Systems, das Lloyd George und seine Anhänger aufrichten, besteht auch darin, daß jetzt in Amerika ein Warenüberschuß vorhanden ist, wie es früher nie der Fall war. Die Magazine sind überfüllt. Es war so viel Baumwolle vorhanden, daß sie statt Kohle benutzt und verbrannt wurde. In Argentinien ist Getreide verbrannt worden, wie mir ein Herr mitteilte, der erst von dort gekommen ist, weil man nicht imstande war, das Getreide an den Mann zu bringen. Wir aber hungern und frieren hier. Es gibt in Amerika nicht weniger als 7.000.000 und in England nicht weniger als 3.000.000 Arbeitslose. Wir wissen, daß auch in England alle Warenhäuser überfüllt, und dort Kohlenvorräte vorhanden sind wie nie vorher. Die Folge davon ist, daß in den Bergwerken nicht weniger als 60.000 Kohlenarbeiter auf einmal entlassen wurden. Während dort so viel Kohle aufgestapelt ist, leidet unsere Industrie und unsere Bevölkerung hier Mangel. Frankreich hat ebenfalls im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl eigentlich viel mehr Arbeitslose als wir. Auch dort herrscht infolge der Lieferungen aus dem Deutschen Reiche ein Kohlenüberschuß, wie er noch nie zu sehen war.

Dabei steigt aus dem Osten abermals eine neue mächtige Bewegung auf. Es ist der Bolschewismus, der auf den Trümmern der alten Welt seinen Zukunftsstaat aufbauen will. Wenn unsere Feinde und die Ententmächte geheime Verbündete der Bolschewiki wären, könnten sie nicht besser und nicht nachhaltiger für den Bolschewismus arbeiten als durch ihr Verhalten, durch ihr System, durch ihre Gewaltakte und durch ihre Tyrannei, die sie jetzt an den Tag gelegt haben. Das muß von selbst eine Reaktion auslösen. Das Vorgehen der Entente muß zur Lahmlegung der großen Industrie Deutschlands führen und zur Erhebung der großen Massen der Arbeiterschaft. Es wird neuerdings eine Revolutionswelle über Europa dahingehen. Diese wird sich aber nicht nur auf das Deutsche Reich und auf uns erstrecken, sondern es wird auch Frankreich, England, Italien, die ganze Welt ergriffen werden. Schließlich — so denken sich diejenigen, welche diesen Weltbrand entfacht haben — wird die ganze Welt im Zeichen der Weltrevolution stehen und sich der dritten Internationale und dem Zukunftsstaate derselben anschließen.

Und nun bei uns! Im Norden oben die Tschechen! Es hat gestern hier in Wien eine große Demonstration Kundgebung stattgefunden, in der Führer des deutschen Volkes in Böhmen das Wort ergriffen und uns mitgeteilt haben, mit welchen Terrorakten dort gearbeitet und mit welchen Lächerlichkeiten aber auch von seiten der Regierung in manchen Fällen vorgegangen wird. Das alles geht uns sehr nahe und greift uns ans Herz, gerade in diesen Tagen, in denen wir unserer Brüder in der Tschecho-Slowakei gedenken müssen, welche dort vor einem Jahre die Steine so mancher Städte — ich nenne nur Eger und Raaden — mit ihrem Blute färbten, als die tschechische Soldateska auf wehrlose Deutsche losgeschossen hat. Wir erinnern uns aber auch an die Leiden unserer Stammesbrüder im Süden, besonders in Marburg, und ich muß hier erwähnen, daß zur Erinnerung an alle Gefallenen im deutschen Reichstag ein Gesezentswurf vorgelegt wurde, der Sonntag den 6. März 1921 zum allgemeinen Trauertag des deutschen Volkes für die Opfer des Krieges erklärt. Dazu schreibt Herr Professor Hartmann in Graz: „Auch wir Alpen-Deutschen wollen am gleichen Tage und in der gleichen Stunde mit unseren Stammesgenossen des gemeinsamen Leidens gedenken, das uns über den Haß unserer Feinde hinweg auf ewige Zeiten verbinden soll.“

Wenn ich von den Tschechen rede, muß ich auch davon sprechen, daß unser engeres Heimatland Niederösterreich in letzter Zeit so manches von den Tschechen zu erzählen weiß, was weniger bekannt ist. Ich erwähne zum Beispiel, daß in dem urdeutschen Viertel ober dem Wienerwalde, das ich zu vertreten die Ehre habe, im vorigen Jahre in der Nähe von St. Pölten in herausfordernder Weise ein Sokolfest mit den Farben der slawischen Trikolore und mit tschechischen Liedern abgehalten worden ist. Es war niemand auf diesen tschechischen Überfall vorbereitet, aber wir werden in Zukunft unseren Nachrichtendienst besser funktionieren lassen und es mögen sich die Tschechen gesagt sein lassen, daß wir in unserem Viertel ober dem Wienerwald es uns nicht mehr bieten lassen werden, daß von ihnen in solcher Weise wie bisher vorgegangen wird. Wir finden, daß die Tschechen auch in Wien herausfordernder werden als früher, und nur die Langmut und Milde, die Sanftmut der Wiener, das Wienergmüt und das „Wiener Herz“, wie es häufig genannt wird, sind daran schuld, daß man sich diese tschechischen Frechheiten gefallen läßt. Die Tschechei an und für sich ist zerklüftet, wirtschaftlich und in manchen anderen Beziehungen zerrüttet und geht schweren Zeiten entgegen. Die Tschechen, die ein so herausforderndes Benehmen an den Tag legen, sollen wissen, daß sie in der Zukunft nur im Anschluß an die Deutschen überhaupt bestehen können, und sie sollen sich bedenken,

daß sie nur dann leistungsfähig sind, wenn sie die Anlehnung an ein großes Wirtschaftsgebiet wie das deutsche haben: In Südslawien herrschen dieselben unglaublichen Zustände gegenüber uns Deutschen wie oben im Norden und im Osten. Von Ungarn wissen wir ja, daß dieses Land neuen Umwälzungen entgegengeht. Auch Ungarn soll — und hier betone ich die westungarische Frage — sich in acht nehmen, jenen Ton anzuschlagen, welcher dem magyarischen Chauvinismus entspricht. Auch Ungarn ist, so wie die Tschechei auf das deutsche Volk und auf den Anschluß an das große Wirtschaftsgebiet des deutschen Volkes angewiesen.

Wenn ich von Westungarn spreche, so möchte ich vor allem die Worte unseres sehr verehrten Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Professor Mayr vom 4. Dezember 1920 zitieren. Diese Worte lauten: „Das deutschösterreichische Volk würde mit Recht gegen jede Regierung den schweren Vorwurf nationalen Verrates erheben, die sich in der westungarischen Frage auf einen anderen Standpunkt stellen würde. Bis heute ist die Regierung auf diesem Standpunkte gestanden und ich glaube nicht, daß davon abgewichen werden wird. Die letzte Entscheidung der Pariser Botschafterkonferenz sagt: die Grenzen müssen in ihrer Gesamtheit so bleiben, wie sie die Verträge von Saint-Germain und Trianon festgelegt haben. Untergeordnete örtliche Grenzmodifikationen können im beiderseitigen Einvernehmen geregelt werden. Darauf antwortet nun Herr Dr. Graz mit Drohungen; er müsse die Grenzen gegen Österreich, sagt er, sozusagen mit einem Drahtverhaue abschließen. Nun, wir wollen sehen, wie gut Ungarn dabei wegfommt. Aber eines will ich erwähnen: Es sind Unterströmungen unter den Deutschen Ungarns vorhanden. Ich erinnere mich an eine Abordnung, welche hier im hohen Hause gewesen ist und dafür eintreten wollte, daß Westungarn eine Autonomie innerhalb der Grenzen Ungarns zugestanden werde, und jetzt wieder hat eine Kundgebung westungarischer Abgeordneten stattgefunden. Die betreffenden westungarischen Abgeordneten führen die Namen Dr. Bleyer, Dr. Huber, Mitsch, Sabel, Scholz und Thomas. Unter den sechs Gewählten sind vier Geistliche, darunter ist Herr Dr. Huber Kaplan in Neusiedel, Sabel ist Pfarrer in Eisenstadt, Scholz ist evangelischer Senior und Herr Franziskus Thomas ist Erzpriester in Güssing. Von diesen wurde nun Scholz, der evangelische Senior, im Auftrage der ungarischen Regierung nach Berlin geschickt, um dort im ungarischen Sinne Stimmung zu machen. Er hatte auch früher schon in Wernigerode bei einer evangelischen Versammlung für diesen Gegenstand im ungarischen Sinne gesprochen. Es wird auch gesagt, es soll derzeit eine Art Volksabstimmung in Westungarn stattfinden. Wie wird das denn gemacht? Es werden die betreffenden

Regierungsorgane in ein Dorf, eine Stadt oder einen Markt geschickt, es werden der Notar, der Geistliche und der Sekretär vorgeladen und es wird ihnen ein Schriftstück vorgelegt mit dem Bemerken, sie mögen es unterschreiben. Dieses Schriftstück lautet dahin, daß die Westungarn bei Ungarn bleiben und eine Autonomie haben wollen. Die Ungarn verlangen, daß Westungarn bei Ungarn bleiben soll, das ist ihre oberste Forderung. Das verlangt dasselbe Ungarn, welches jetzt den Deutschen zwar gewisse kleine Vorteile verspricht, das aber alle Schulen in Westungarn sperrte, denn es waren im Jahre 1867 noch 960 deutsche Schulen in Westungarn vorhanden, während jetzt keine einzige rein deutsche Schule dort zu finden ist. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, daß er den Westungarn in einer diesen sehr erwünschten Sache entgegen komme. Es leiden die Deutschen in Westungarn auch darunter, daß sie deutsche Literaturwerke nicht zu lesen bekommen. Wie wäre es, wenn wir daran gehen würden, dort Volksbüchereien zu errichten und auch sonst den Westungarn billige Bücher zur Verfügung stellen würden? Es könnte auch, glaube ich, durch das Bundesministerium für Unterricht das nötige veranlaßt werden.

Nun gestatten Sie mir auf eine andere Frage einzugehen. Ebenso wichtig wie die westungarische Frage ist für uns Österreicher eine andere, die oberschlesische. Ich will nicht davon sprechen, welche Wichtigkeit Oberschlesien für das Deutsche Reich hat, sondern vor allem darüber, welcher ungeheurer Schaden uns erwachsen würde, wenn Oberschlesien zu Polen käme. Wir beziehen die bessere Kohle für unsere Industrie aus Oberschlesien. Unsere Betriebe sind auf die oberschlesische Kohle, was die Kosten anbelangt, eingerichtet. Auch für unser Verkehrswesen beziehen wir Kohle aus Oberschlesien, denn unsere Lokomotiven werden größtenteils von dort gespeist. Wir brauchen die preussische Kohle katecheten auch für unseren Hausbrand. Es werden unsere Elektrizitätswerke mit Kohle aus Oberschlesien gespeist. Im Frieden zum Beispiel hatte Wien nicht weniger als 40 Prozent der Kohle aus Oberschlesien, die anderen 60 Prozent stammten aus Ostau. Es hat diese oberschlesische Kohle den größten Heizwert. Es kommen aber auch andere Erzeugnisse aus Oberschlesien zu uns, so zum Beispiel Chemikalien und auch Industrieprodukte, besonders Maschinen. Wir beziehen aus Oberschlesien auch Zink. Es haben früher in Österreich mehrere Zinkwalzereien bestanden, derzeit besteht nur eine in der Nähe von Villenfeld und diese eine ist auf die Kohle und auf das Zink aus Oberschlesien angewiesen. Unsere Feinde sagen: Ihr habt ja alle möglichen Schätze, ihr habt Erdschätze, Wasserkraften, ihr habt Holz, ihr habt auch eine Veredelungsindustrie in Stahl, Textilien und anderes mehr, ihr habt eine Maschinenfabrikation,

ihr habt ein ausgeprägtes Kunstgewerbe und es handelt sich bei euch nur um Übergangsschwierigkeiten. Wir werden euch schon mit Krediten und auf dem Gebiete des Ernährungswesens unterstützen, das alles wird euch dann schon aus allen diesen Schwierigkeiten heraus helfen. Es ist selbstverständlich richtig, wir haben einen Erzberg in Steiermark, aber hohes Haus, wir haben keine Kohle und keinen Koks, um das aus dem Erzberg herauszuschlagen, was wir wollen. Es arbeitet doch im Erzberg derzeit, aber auch nicht alle Tage, nur der Bartholomäuschacht, alle anderen Schächte sind geschlossen. Ja, wir haben Kalk, das ist richtig, wir haben aber keinen Zement und Zement kommt hauptsächlich aus Oberschlesien. Wir haben Raffinerien, aber ohne Rohöl. Wir haben Spinnereien, Färbereien, Webereien und Druckereien, aber wir haben keine Webereien. Wir haben eine Konfektion, aber wir haben keine Textilstoffe. Wir sind daher von der Hochkonjunktur und von dem Welthandel abgeschnitten. Wenn nun Oberschlesien aus dem deutschen Gebiete herausgerissen wird und zu Polen kommt, dann haben wir damit alle Verluste zu tragen, wie das Deutsche Reich, denn kommt es zu Polen, zu jenem Polen, das 60 Milliarden Defizit hat und eine Staatschuld von 160 Milliarden, so kann dieses nicht die großartigen Industriewerke, die Oberschlesien hat, weiterführen. Es sind die großartigsten Werke, über die das Deutsche Reich überhaupt verfügt. Wer je durch Oberschlesien gefahren ist, der wird über die Entwicklung der Industrie staunen, welche gerade in diesem Teil des Deutschen Reiches herrscht. Und nun denken wir uns die polnische Herrschaft und den polnischen Schleichhandel dazu, dann wird man mir Recht geben, wenn ich sage: es wäre das größte Unglück auch in internationaler Beziehung, wenn Oberschlesien zu Polen käme. Zur Charakteristik der Angelegenheit möge auch folgendes dienen. Es könnte gesagt werden: Wenn der Schleichhandel eingreift, dann können wir aus Polen etwas bekommen. Als Gegenbeweis führe ich an, daß Wien in Polen ein Kohlenwerk hat, aber ich glaube kaum, daß Wien aus Polen viel bekommt. Es würden auch die organisatorischen, technischen und wirtschaftlichen Grundbedingungen geradezu vernichtet werden und wie lange würde es dauern, daß die Polen imstande wären, vielleicht nur durch deutsche Kräfte, die Werke aufrechtzuerhalten. Angesichts dieser Tatsachen möchte ich sagen, daß es ein Unglück wäre, wenn Oberschlesien zu Polen käme.

Aber etwas berührt uns in diesem Falle näher und greift uns aus Herz. Nicht nur in Tschechien, nicht nur in Südslawien haben unsere Stammesbrüder bluten müssen, sondern es wird uns berichtet, daß in Oberschlesien bis jetzt nicht weniger als 822 politische Morde durch die Polen verübt

worden sind. Es schreibt darüber eine englische Frau, Frau Burton, folgendes (liest):

„Aus dem Rande von Flüchtlingen, deren Heimstätten verbrannt, deren Angehörige ermordet worden waren, erfuhr ich mancherlei über die Schreckensherrschaft, die besonders seit den Augustunruhen in den Grenzdistrikten Oberschlesiens wütet. Ich hörte nicht den geringsten Vorwurf gegen die britischen und italienischen Behörden, aber die höchste Gewalt liegt in den Händen der Franzosen und diese bilden den größten Teil der Besatzungstruppen.“ Dieselbe Geschichte, wie es im Rheinlande der Fall war. Und sie sagt weiter (liest):

„Der Verlust Oberschlesiens würde den Ruin der voneinander abhängigen Industrien in Ost-Deutschland zur Folge haben, die unter dem Spaer Abkommen bedingten Kohlenlieferungen würden unmöglich werden und die Hoffnung auf eine Entschädigung von Deutschland würde sich ebenso falsch erweisen wie im Falle Österreichs.“

Angesichts des sich mehrenden Chaos der Weltlage, angesichts des Verhaltens unserer Feinde, die trotz der Mantelnote und der Versprechungen uns und das Deutsche Reich vernichten wollen, und angesichts des drohenden Zerfalles auf allen Gebieten bleibt uns nur als einzige Rettung der Anschluß an das Deutsche Reich übrig. Anlässlich der letzten Pariser Konferenz wurden wieder einmal Meldungen verbreitet, die Entente werde den Anschluß verbieten. Ich konnte schon wiederholt bemerken, daß ein Teil unserer Presse häufig Nachrichten, welche dem Anschlusse förderlich sein könnten, verschweigt oder ungewöhnlich illustriert, jedoch, wenn dann wieder einmal ein Anschlußverbot scheinbar oder wirklich von den Ententemächten lanciert wird, lesen wir in diesen Zeitungen mit großen Lettern und in riesigen Überschriften: „Der Anschluß verboten!“ Unser Herr Bundeskanzler, Professor Dr. Mayr hat unlängst auch bezüglich des Anschlusses einen Ausspruch getan, daß er auf dem Boden des Friedensdiktates von Saint-Germain steht und er müßte daher die Initiative den Parteien im Nationalrate überlassen. Herr Abgeordneter Kunz hat sich schon deutlicher ausgedrückt und sprach von einem Verbot. Wir stehen nicht auf diesem Standpunkte. Es haben die Großdeutschen in ihren programmatischen Grundlagen folgendes veröffentlicht (liest):

„Drohungen oder Versprechungen der Feinde unseres Volkes können uns ebensowenig in der unablässigen und zähen Verfolgung des Anschlußgedankens beirren als Änderungen in der Gestaltung der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich nach welcher Richtung hin immer. Die Angleichung unserer Rechtswirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen hat den Anschluß vorzubereiten und zu

erleichtern.“ Der Gewaltfriede von Saint-Germain bestimmt im achten Abschnitt, allgemeine Bestimmungen, Artikel 88: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich — bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes — im Wege der Teilnahme an Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte.“

Der Artikel 88 enthält also kein Verbot des Anschlusses. Gestatten Sie mir, daß ich diese Ansicht ausführlich darlege. Der Artikel 88 spricht vor allem von einer unabänderlichen Unabhängigkeit Österreichs. Die Unabhängigkeit ist keineswegs näher erklärt, sie ist ganz allgemein ausgedrückt. Jedenfalls sind wir insolgedessen berechtigt, und dies um so mehr, als die sogenannten „hohen Mächte“ — ein sehr vorurteillicher Ausdruck, — angefangen von England und Amerika bis hinüber zu den hohen Siegern von Haiti und dem letzten Zulusafferland uns den Saint-Germain-Vertrag diktiert haben, zu behaupten, diese hohen Mächte hätten in erster Linie selbst diese Unabhängigkeit zu achten, denn sonst ist alles ebenso wie bei dem politischen Weltgauller Wilson Lüge und Heuchelei.

Wie diese Leute selbst unsere unabänderliche Unabhängigkeit achten, bewiesen und beweisen sie täglich. Sie wollten uns in die Donauförderung hineinzwingen, sie setzten alles in Bewegung, um ein Großböhmen mit Einschluß Österreichs zu schaffen, selbstverständlich unter Vorantritt irgend eines Lothringers. Sie unterstützten lange Zeit die Bestrebungen des SHS-Staates und der Tschechen, welche dahin gingen, die Grenzen einerseits bis zum Semmering und anderseits bis über die Donau auszudehnen. Die nord- und südslawischen Sieger sollten sich über Wien die Hände reichen. Sie wollten uns für die Donauförderung reif machen, durch unseren Anschluß an ein gefügiges Süddeutschland die Mainlinie errichten und so den Norden des deutschen Reiches vom Süden trennen.

All dies im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der freien Völker, all dies im Namen der unabänderlichen Unabhängigkeit des Artikels 88. Und zum Schlusse, vor wenigen Tagen, jener geplante Raubzug für die Ententemächte im Norden und Süden auf unseren Goldschatz und der Erpreßterror: wenn ihr nicht den Goldschatz hergebt, so geben wir euch keine Lebensmittel, die wir euch auch dann nicht geben, wenn ihr euch an Deutschland anschließt, selbst wenn ihr darob zugrunde gehen solltet. Alles im Namen der unabänderlichen Unabhängigkeit! Wie ist ein Volk so belogen und

betrogen worden, wie das unsere. Uns ist die Unabhängigkeit im Artikel 88 zugestanden worden. Wer unabhängig ist, dem ist die freie Willensentscheidung mit auf den Weg gegeben. Von diesem Recht und von der Erfüllung der Worte im Artikel 88 machen wir dadurch Gebrauch, daß wir uns als unabänderlich Unabhängige, als Freie dem Freien, als Freistaat Österreich dem Freistaate Deutschland anschließen wollen, bevor wir durch die unabänderliche Abhängigkeit der Entente verhungert und vernichtet sind. Der Ententeschwindel von Saint-Germain ist aufgedeckt. Diese Weltgauller wollten sagen: abhängig von uns, unabhängig nach jeder Richtung vom Deutschen Reich. Sie wollten dies nicht aussprechen, weil sie befürchten mußten, daß dann der Vertrag von Saint-Germain von der österreichischen Regierungspartei doch nicht unterfertigt werden könnte. Es hat damals Herr Präsident Dr. Dinghofer unserem Standpunkt Ausdruck gegeben. Heute freuen wir uns, daß wir Großdeutschen den Vertrag nicht unterschrieben haben. Es wäre ein Zeichen der Wahrung deutscher Würde gewesen, wenn der Friedensvertrag von Saint-Germain überhaupt nicht und wenn schon, nur mit einigen Stimmen Mehrheit angenommen worden wäre. (Rufe: Ungarn!)

Die Ungenauigkeit der Stilisierung wird aber noch mehr augenfällig, wenn man die Bedingung liest, an welche diese unabänderliche Unabhängigkeit geknüpft ist: „es sei denn, daß der Rat, der Völker einer Abänderung zustimmt“; das heißt, wenn der Völkerbund es beschließt, können wir unsere Unabhängigkeit aufheben. Allerdings ist diese Stilisierung auch dann eine sehr fatale, denn wie kann eine Unabhängigkeit unabänderlich sein, wenn der Völkerbund Abänderungen treffen kann. Die Konfusion wird aber durch den zweiten Absatz noch größer; denn dort heißt es sinngemäß: Wenn der Völkerbund zustimmt, so können wir unsere sogenannte Unabhängigkeit aufheben, ja noch mehr, dieses Recht steht uns nach Artikel 88 sinngemäß noch mehr zu, wenn wir selbst Mitglied des Völkerbundes geworden sind. Nun sind wir in den Völkerbund aufgenommen worden, daher könnten wir erst recht den Anschluß an das Deutsche Reich vollziehen, gestützt auf den Artikel 88, die Zustimmung des Völkerbundes vorausgesetzt. Jedenfalls steht das eine fest, daß dieser Artikel 88 den Anschluß nicht verbietet, im Gegenteil, er spricht indirekt aus: „Wenn der Völkerbund zustimmt, so könnt Ihr Euch anschließen“. Im Rahmen des Völkerbundes ist also die Anschlußpolitik gestattet.

Außerdem sagt der § 19 der Satzung des Völkerbundes selbst, daß die Bundesversammlung von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher Verhältnisse auffordern kann, deren

Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Das kann möglicherweise der Fall sein, wenn als Folgeerscheinung der verfehlten Entente politik uns gegenüber bei uns revolutionäre Umsturzbewegungen entstehen, welche in folgenschwere Weise den Frieden Europas zu gefährden in der Lage wären. Dennoch müssen unsere Regierung, unsere Volksvertretung, unsere Parteien, unsere Presse und das gesamte deutsche Volk Österreichs alle durch den Artikel 88 und die Satzung des Völkerbundes gegebenen Faktoren in der Anschlußfrage ausnützen, alles Hemmende wegräumen und mindestens alles vorbereiten und in die Wege leiten, was uns dem Anschluß näher bringen könnte.

Gewiß ist die Stellung der Berliner und der Wiener Regierung keine leichte. Wir wissen, wo die Verlegenheitspunkte liegen, aber unsere Nationalversammlung und noch mehr unsere Landesregierungen und die gesamte deutschösterreichische Öffentlichkeit können alles Fördernde für den Anschluß ins Treffen führen und auf alle Möglichkeiten bedacht sein. Über diese Möglichkeiten will ich sprechen, und zwar über jene ohne staatliche oder besser gesagt staatsrechtliche Bindung. Wer kann uns hindern, am allerwenigsten der Artikel 88, daß unsere ganze Gesetzgebung, die öffentliche und die privatrechtliche, jener des Deutschen Reiches angeglichen wird? Wer kann das Zusammenarbeiten unserer gesamten Konsuln und auswärtigen Vertretungen mit jenen des Deutschen Reiches hindern? Niemand könnte etwas dagegen haben, wenn unser gesamtes Eisenbahn- und Verkehrsnetz an jenes des Deutschen Reiches angeschlossen wird, wenn wir dieselben Einrichtungen auf diesen Gebieten und dieselben Tarife und Gebühren bekommen. Das gleiche gilt bezüglich des Post-, auch des Telegraphen- und des Zollwesens. Wer könnte es hindern, daß wir bei Durchführung der handelspolitischen Vereinbarungen mit dritten Staaten kooperieren? Warum sollte nicht mindestens der Versuch unternommen werden, daß wir auf dem Gebiete der Nahrungsmittelbeschaffung, der Versorgung der Industrie mit Rohprodukten, mit Roks und Kohle, der Hilfsbereitschaft für unsere Landwirtschaft, zum Beispiel bezüglich der Beschaffung des Kunstdüngers, gemeinsam arbeiten? Die Einrichtungen auf landwirtschaftlichem Gebiete im Deutschen Reich, die landwirtschaftlichen Schulen, das Genossenschaftswesen und die Gesamtorganisation der Landwirte könnte nur befruchtend auch auf unsere Bauern und deren Söhne wirken. Welche Vorteile ergeben sich für unser Gewerbe und unseren Handwerkerstand im Falle einer Annäherung? Wie hoch stehen im Deutschen Reich die einschlägigen Fachschulen und das Genossenschafts- und das Kreditwesen, die gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufsstellen und anderes mehr! In dieses Gebiet gehört auch unser

Kunstgewerbe. Unser Kunstgewerbe genießt einen Belust, nicht nur weil wir auf diesem Gebiete gebiegene Arbeit liefern, sondern weil wir, was den Geschmack anbelangt, tatsächlich den anderen Staaten überlegen sind. Auch hier könnte im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich sehr viel erreicht werden. Niemand wird heute mehr leugnen, daß das deutsche Schul- und Bildungsweisen dem unserigen überlegen ist und daß auch diesbezüglich die Angleichung unserer Kultur- und unserer Volksbildung nur förderlich sein könnte. Welche Vorteile für die Gesamtnation würden sich auch ergeben, wenn eine Freizügigkeit zwischen den österreichischen und reichsdeutschen Schulen Platz greifen möchte. Ich gestehe ein, daß gerade, was Fuß anbelangt, auf diesem Gebiete sich manche Schwierigkeiten zeigen könnten, jedoch steht das eine fest, daß es nicht ausgeschlossen ist, auch hier eine Einigung zu erzielen und daß die Freizügigkeit der Hochschule tatsächlich durchzuführen wäre.

Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft, damit auch für die Hebung der Produktionsfähigkeit von Grund und Boden. Wäre das nicht ein viel würdigerer Zustand, wenn diese Angleichung zustande kommen könnte, als das fortwährende Betteln bei unseren Feinden? Der Saint-Germainer Vertrag verbietet keineswegs eine gewisse Interessengemeinschaft zum Beispiel auf dem Gebiete der Donauftragen, der Wasserstraßen. Wie viel ließe sich da durch freundschaftliche Beziehungen erreichen? Auch auf dem Gebiete des Verwaltungsdienstes, der öffentlichen Abgaben und der diesbezüglichen Einrichtungen ließe sich vieles gemeinsam regeln. Auch bezüglich der sozialen Einrichtungen könnte eine Angleichung stattfinden, zum Beispiel bezüglich des Arbeiterschutzes und des Arbeiterrechtes. Daß unsere Industrie durch ein Zusammengehen mit der Industrie Deutschlands nur gewinnen könnte, ist einleuchtend und wird auch von den industriellen Faktoren tatsächlich eingesehen. Auch was die Rohprodukte, Roks und Kohle, was Maschinen anbelangt, könnten wir durch einen Anschluß nur gewinnen; ebenso bezüglich der Vertretungen im Auslande und der Anknüpfung von Handelsbeziehungen. Dank der reichsdeutschen Einrichtungen würde sich die Arbeiterschaft auf allen Gebieten des sozialen Lebens und des Bildungswezens bei uns besser befinden. Die Bewertung der körperlichen und geistigen Arbeit und die Entlohnung dafür würde durch die Angleichung nur gewinnen. Der Universitätsprofessor Schlenk hat unlängst einen Vortrag in einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften gehalten über das Thema: Deutschösterreich als Neuland auf dem Gebiete der chemischen Großindustrie. Er hat von der Auswertung unserer ungeheuren Wasserkraften gesprochen, er hat insbesondere die Entwicklung der chemischen Industrie betont und hat erklärt, daß

diese Entwicklung von der chemischen Industrie von der Tüchtigkeit der Erzeugung und der technischen Hilfskräfte und besonders von der Arbeiterschaft abhängt. Ein besonderes Gewicht legte er auf die Leuchtstoffindustrie. Damit hängt auch die Karbid-erzeugung zusammen. Aus Karbid kann nicht nur Acetylen, sondern auch durch Erhitzung in einer Stickstoffatmosphäre Kalkstickstoff erzeugt werden. Das wäre der Ausgangspunkt für eine Kalkstickstoff-industrie und dann wieder indirekt auch für die Entwicklung einer Stickstoffdüngemittelindustrie. Damit im Zusammenhang wäre eine Hebung unserer land-wirtschaftlichen Produktionsfähigkeit von selbst gegeben.

Wie könnte der Holzreichtum unserer Alpen ausgenutzt werden, und zwar nicht nur auf dem Gebiete unserer Papierfabrikation, sondern auch zur Kunstseideerzeugung, zur Bech- und Holzdestillations-fabrikation. Wie könnte unsere Bergwerks- und Hüttenindustrie gehoben werden! Wir hatten im Frieden einen Gesamtbedarf von 27.600.000 Kubik-meter Eisen. Das repräsentiert einen Geldbetrag von 200.000.000 Friedens-Kronen. Welche Export-möglichkeit würde sich jetzt ergeben, wenn uns durch den Anschluß an das Deutsche Reich Koks und Kohle in hinlänglicher Menge zur Verfügung stünden.

Was das Valutaproblem anbelangt, so steht doch fest, daß uns die deutsche Markwährung viel sympathischer sein muß als allenfalls eine romanische Währung. Es eröffnen sich gerade auf diesem Gebiete im Falle der Angleichung dem Bankwesen und auch der Geldwirtschaft ganz neue Bahnen, die selbstverständlich nur dann beschritten werden dürfen, wenn die Gesamtheit unseres Volkes dadurch eine Förderung erfährt. Jedenfalls wären diese Sanierungs-bestrebungen gesünder als jenes Ententeprojekt mit der Länderbank, das uns in die vollste Ab-hängigkeit und in die Geldsklaverei der Feinde geführt hätte.

Ich habe unlängst — und das ist auch ein Kapitel, das in das Äußere gehört — an die Regierung eine Anfrage gerichtet bezüglich der Beförderung der Ostjuden in ihre Heimat. Ich bin von dem Ausspruche Balfours ausgegangen, daß eigentlich das österreichische Vorgehen berechtigt ist. Aber es sind hier noch andere Momente maßgebend, auf die wir sehen wollen. Die jüdische Gefahr schreitet von Tag zu Tag mehr fort. Wir hatten in Wien vor dem Kriege 100 Millionäre, im Jahre 1919 8000 Millionäre und darunter sind 7200 Juden. Diese erstaunliche Ziffer wird aber noch trefflicher dadurch charakterisiert, daß unter den 7200 jüdischen Millionären und Multimillionären 5400 sind, die erst im Kriege nach Wien als Ost-juden zuwanderten. Während vor dem Kriege 16.000 Wiener Großhäuser bestanden, von denen 300 in jüdischem Besitz gewesen sind, sind während

der vier Kriegsjahre 3600 Großhäuser und Kauf-mannshäuser in Wien in jüdische Hände übergegangen. Fast jedes zweite Haus — jedes größere zweite Haus, mit Kleinigkeiten geben sich die Ostjuden nicht ab — ist in den Händen der Juden. Sie haben auch im Jahre 1917 nicht weniger als 840 Bauerngüter erworben. Es ist ferner charakte-ristisch, daß von 100 Wiener Volksschülern nur mehr 12 arische, dafür aber 42 jüdische die Mittel-schule besuchen. Und wie schaut es in den Wiener Mittelschulen aus? Die Vertretung der Juden in den Wiener Mittelschulen übersteigt den Bevölke-rungsdurchschnitt um 300 bis 400 Prozent. Im Jahre 1918 wurden unter 4482 Wiener Mittel-schülern 1556, das ist 35 Prozent, Juden gezählt. Es hat der Herr Abgeordnete Paulh im Vorjahre von der Verjudung der Wiener Universität ge-sprochen. Ich will nur beifügen: die Wiener medizi-nische Fakultät wurde im Wintersemester 1916 von 1174 Hörern besucht, davon waren 702 Juden. Das sind 59 Prozent.

In der Republik Deutschösterreich mit ihren 6,5 Millionen Einwohnern befinden sich derzeit 530.000 Juden, wovon über 400.000 deutsch-österreichische Staatsbürger sind. Wien beherbergte bis Ende 1920 unter 1,8 Millionen Einwohnern 370.000 Juden. Jeder fünfte Mensch in Wien ist also ein Jude.

Aber, hohes Haus, charakteristisch ist auch die Gefährlichkeit des internationalen Judentums für unsere Politik. Hier möchte ich die Aufmerksamkeit des Herrn Bundesministers für Äußeres auf einen Umstand lenken, der in einer sehr viel gelese-nen reichsdeutschen Zeitung vor ganz kurzer Zeit bekannt-gegeben wurde und der eine Geheimorganisation betrifft, die sich „Bund“ nennt und in Kopenhagen ihren Sitz hat. Dieser „Bund“ besteht größtenteils aus Juden, aus Journalisten, kleinen Kaufleuten usw. Er gehörte anfangs der ersten Internationale an, dann später der zweiten und jetzt vor ganz kurzem hat er sich der dritten Internationale angeschlossen. Dieser Judenbund hat bedeutende Führer und erstreckt seine Tätigkeit nicht nur vielleicht auf Kopenhagen und Umgebung, sondern auf ganz Europa. Einer der bedeutendsten Mitarbeiter des Kopenhagener Bundes ist ein gewisser Schiffsin, ein bolschewistischer Ostjude, der für verschiedene kommunistische Blätter Londons und Newyorks arbeitet, darunter auch für die bekannte Londoner Zeitung „Truth“ schreibt. Es ist auch bezeichnend, daß wir von Kopenhagen aus — was München anbelangt — mit dem Bolschewismus beglückt worden sind. In Kopenhagen wurden die Vor-bereitungen für den Bolschewikenschrecken in München getroffen. Die berühmten Münchener Volkskommissäre Axelrod, Levine-Missen und Levin kamen aus Kopenhagen und waren im „Bunde“ tätig. Und

nun etwas sehr Charakteristisches: In München ist wenige Tage darauf dem Bunde der große Schlag gelungen. Drei Mitglieder wurden Volkskommissäre! Es fehlte nur eine Stimme und die Juden des Kopenhagener Bundes hätten die gesamte Bürgerschaft Münchens abschlachten lassen, so begnügten sie sich mit den antisemitischen Mitgliedern der „Thulegesellschaft“, darunter die Gräfin Westarp. Wie weit die Tätigkeit dieses Geheimbundes sich auch auf Österreich erstreckt, ist mir derzeit noch nicht bekannt, aber ich glaube, es werden auch hierher Fäden gesponnen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich auf das Kapitel Bundesministerium für „Außeres“ etwas eingehe und besonders unsere Vertretung im Auslande etwas näher beleuchte. Es würde zu weit führen, all das anzuführen, was mir hier beglaubigt mitgeteilt wurde, aber auf einige Umstände will ich doch aufmerksam machen.

Es wird vor allem notwendig sein, daß ein frischerer Zug in die Vertretung des Auslandes hineinkommt.

In Berlin ist derzeit der Herr Legationsrat Nikolaus Post. Er ist noch aus der alten Schule — die Gesinnung ist ja bekannt, allerdings hat er in der neuesten Zeit ebenfalls sein Herz für den Anschluß entdeckt, aber er scheint nicht recht sicher in der Vertretung der österreichischen Interessen zu sein, da von ihm, soviel mir bekannt geworden ist, alle Augenblicke vom Staatsamt des Äußeren ein volkswirtschaftlicher Beirat angefordert wird. Die Reisen unserer volkswirtschaftlichen Beiräte nach Berlin sind ja sprichwörtlich geworden.

In Berlin war ein gewisser Seidler, jetzt ist Legationsrat Sipauli dort. Er ist ein Diplomat und seine Gesinnung ist ja uns Österreichern auch bekannt.

In Budapest sitzt der Herr Enobloch. Er ist, wie es hier in der Charakteristik heißt, sehr brav, harmlos, berichtet nicht schlecht, aber sonst ist von ihm nicht sehr viel zu bemerken.

In Bukarest sitzt Legationsrat Stord, der noch aus der Zeit des Herrn Dr. Renner ist. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Herr Legationsrat Stord an Bureaumatismus so ziemlich alles anbietet, was wir auf diesem Gebiete kennen. Er scheint auch für den Posten in Berlin seine Kandidatur anmelden zu wollen.

In London sitzt Herr Frankenstein, von dem nichts weiter zu berichten ist, als daß er nach Wien nicht viel berichtet. Auch er gehört zu jenen politischen Vertretern unseres Außendienstes, der beständig einen Wirtschaftspolitiker an der Seite haben muß. Derzeit weißt Herr Sektionschef Schüller dort, um ihn zu unterstützen. Dabei will ich erwähnen, daß Sektionschef Schüller schon seit geraumer Zeit in London ist, aber nicht das Glück hat, von Lloyd-

George vorgelassen zu werden. Es ist dies eine Nichtbeachtung unseres Vertreters, die es wohl verdient, hier angemerkt zu werden und bei der es wohl am Platze wäre, den Londonern zu verstehen zu geben, daß ihre Überhebung schlecht angebracht ist.

In Madrid ist Legationsrat Gager. Er ist ein Mann, der, wie mir berichtet wird, ohne Befolgung arbeitet. Er wäre ein nachahmenswertes Beispiel für so manchen Herrn aus seinen Kreisen, die die Fähigkeit besitzen, auf diesem Gebiete tätig zu sein.

In Paris sitzt der Gesandte Eichhoff. Über den Prager Vertreter will ich kein Wort verlieren. Es ist dies Herr Legationsrat Marek. Aber einen Vertreter will ich hier nennen, und zwar den Vertreter in Rom, das ist Herr Professor Pastor. Herr Professor Pastor in Rom ist ausgezeichnet durch eine große Gelehrsamkeit, aber ich glaube, daß Herr Dr. Renner vielleicht wissen wird, daß er keineswegs so harmlos ist, wie er sich immer gegeben hat, und daß es vielleicht, nachdem er ein Politiker ganz alten Schlages ist, an der Zeit wäre, ihn durch einen Neuzeitlichen zu ersetzen.

In Warschau ist Legationssekretär Knapp-Lenz. Diesem wurde in der letzten Zeit Hauenschild an die Seite gegeben.

Und nun möchte ich bezüglich Hauenschildes etwas erwähnen, was für die Handhabung unserer Politik im Ausland charakteristisch erscheint. Hauenschild wurde einfach nach Warschau gesendet, obwohl er ein besonderer Kenner der westungarischen Verhältnisse ist und wir alle Ursache gehabt hätten, ihn gerade in der kritischen Zeit, die jetzt dort herrscht, dort festzuhalten. Er wurde nach Polen, nach Warschau geschickt, obwohl von ihm bekannt war, daß er sich während des Krieges in Lublin, besonders bei den Polen, verhaßt gemacht hat, und es wird auch derzeit gar kein Hehl daraus gemacht, daß die Polen mit ihm nicht verkehren wollen. Was aber in diesem Falle das Unangenehmste für unsern Vertreter ist, ist das, daß die Bezahlung so schlecht ist, daß der Mann in Warschau größtenteils von Brot leben muß. Wenn ich dann noch erwähne, daß wir im Außenamt überhaupt zu viele Sektionschefs und Generalkonsuln haben, so tue ich das deswegen, weil ja die Befolungsreform vor der Tür steht und weil bei aller Anerkennung gewisser Verdienste es gewiß im Interesse des Staates gelegen ist, daß nun jüngere Kräfte herangezogen werden, die in die neue Zeit tatsächlich hineinpassen. Das Außenamt war früher anders konstruiert: es hatte bezüglich der einzelnen anderen Staatsämter seine eigenen Abteilungen. Jetzt wird auf diesem Gebiet viel eigenmächtiger vorgegangen, denn jetzt hat fast jedes Staatsamt seine eigenen Abteilungen nach der einen oder andern Seite hin. Heute schaffen sich zum Beispiel das Handelsamt und das Verkehrs-

amt eigene Auslandsstellen in Triest und anderswo. Die Angelegenheiten werden dadurch zersplittert und es wäre daher an der Zeit, daß hier eingegriffen wird. Herr Dr. Renner hat unlängst — ich glaube, es war in einem Ausschusse — erklärt, daß er die Abtrennung der nicht politischen Sektionen und deren Zuweisung an die einzelnen Ministerien für sehr zweckmäßig halte. Ich glaube auch, daß dieser Vorschlag nicht von der Hand zu weisen wäre.

Hervorgehoben muß werden, daß die Preßkonferenzen, welche derzeit im Staatsamte für Äußeres abgehalten werden, ganz bestimmt eine Neuerung sind, die ihre Vorteile schon in der nächsten Zeit zeitigen wird. Aber eines möchte ich hier nochmals betonen: Unsere Auslandsvertreter sind mit wenigen Ausnahmen viel zu schlecht bezahlt. Stellen Sie sich unseren Auslandsvertreter an dem wichtigsten Orte, den wir derzeit haben, in Berlin, mit einem Gehalte von 7000 Mark monatlich vor! Das ist doch viel zu wenig; er ist nicht imstande, dort seinen Verpflichtungen und Repräsentationen in der Weise nachzukommen, wie wir es eigentlich von ihm verlangen könnten.

Jedenfalls wäre das eine zu erstreben, daß tüchtige junge Männer auf wichtige Auslandsposten gestellt, aber auch besser bezahlt werden. Denn die paar Millionen, welche wir dafür auslegen müssen, werden den Staat nicht umbringen, sie können uns aber Hunderte von Millionen ersparen. Wir bedürfen hervorragende und geschulte Köpfe, die nicht besonders diplomatisch ausgebildet sein müssen — auch Bismarck war kein Diplomat.

Ich habe es für wichtig angesehen, diese Zustände hier zu erörtern, weil wir doch alle das Bestreben haben müssen, zu bessern, was in unserem Staate und im Interesse unseres Volkes eben zu bessern ist. Und nun gestatten Sie mir, auf einen Antrag zurückzukommen, der von meiner Partei unlängst hier in der Nationalversammlung eingebracht wurde und der sich auf die Volksabstimmung in der Angelegenheit des Anschlusses bezieht. Es wurde dieser Antrag vor einigen Tagen von der Regierung auf den Tisch des Hauses gelegt und es werden die Herren, wie ich hoffe, bald in die Beratung dieses wichtigen Antrages eintreten können. Es stehen hier drei Weltanschauungen einander gegenüber: die christliche, die marxistische und die nationale; so sehr diese Weltanschauungen einander gegenüberstehen, muß es doch wenigstens eine Angelegenheit geben, wo wir uns alle treffen können; und das ist das Gesamtwohl unserer Nation. Wenn ich mir dieses vor Augen halte, so muß ich derzeit auf den wichtigsten Gegenstand hinweisen, der uns berührt und das ist der Anschluß. Ich glaube, in dieser Frage könnten sich alle drei Parteien einigen. Ich glaube kaum, daß es derzeit möglich sein wird, gegen den Anschluß irgend etwas in

Österreich noch auszurichten. Wenn diejenigen, die gegen den Anschluß geschrieben haben, und wenn die Partei, der die betreffenden Herren angehören, für den Anschluß dieselbe Liebe an den Tag gelegt hätte, mit der sie alles hervorgezogen hat, was gegen den Anschluß sprechen könnte, wenn die Partei angesichts der nationalen Not nun dadurch die begangenen Fehler ausgleicht, daß sie auf allen Linien sich bestrebt, für den Anschluß einzutreten, als der einzigen Rettung, die uns Deutschen in Österreich noch werden kann, dann, glaube ich, ist es möglich, daß wir durch die Volksabstimmung einen Erfolg erreichen, den wir alle freudig begrüßen werden, und wodurch zum Ausdruck kommt, daß wir Deutschen noch deutsche Ehre und deutsche Würde im Leibe haben. Dieser Appell, den ich an die Parteien dieses Hauses richte, möge nicht ungehört verhallen, denn wir werden bald zur ersten Tat schreiten müssen. Wir wollen hinaus ins deutsche Vaterland! Und damit schließe ich. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer *(der während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr; ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres Dr. Mayr: Hohes Haus! Seitdem ich das letztemal die Ehre hatte, über unsere innere und äußere Politik vor diesem Hause zu sprechen, hat sich zwar in den damals von mir dargelegten Richtlinien nichts geändert, aber es haben sich verschiedene Vorkommnisse ergeben, deren Auswirkungen auf die allgemeine Weltlage und unsere Situation im besonderen heute noch nicht zu überblicken sind.

An erster Stelle möchte ich der Tatsache gedenken, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Amtsantritt ihres neugewählten Präsidenten in traditioneller Weise gefeiert haben. Bei dem Gewichte, welches das Wort dieses Staatsoberhauptes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in allen zivilisierten Staaten besitzt, ist es begreiflich, daß seine Botschaft allgemein mit Spannung erwartet wurde. Von unserem Standpunkte aus können wir nur hoffen, daß das Oberhaupt der großen Republik über dem Ozean auch für die Schwierigkeiten des durch den Vertrag von Saint-Germain geschaffenen kleinen Staatesgebildes Österreich das große Mitgefühl und Interesse seiner Landsleute auch in der Politik seiner Regierung zum Ausdruck bringen werde. Den mächtigsten Vertreter des demokratischen Gedankens begleiten unsere besten Wünsche für den Erfolg seiner Regierung und das Wohlergehen seiner Landsleute!

Die Vertreter Deutschlands auf der Londoner Konferenz stehen vor folgenschweren Entschlüssen, die

in jeder Beziehung an ihre Umsicht und ihre Verantwortlichkeit der ganzen Welt gegenüber die höchsten Anforderungen stellen. Wir können nur hoffen, daß es der Einsicht aller Verhandlungsteilnehmer an dieser Konferenz gelingen werde, einen Ausgleich zwischen den vorhandenen Gegensätzen zu finden, der den für die ganze Welt so notwendigen friedlichen Wiederaufbau einzuleiten ermöglicht. Auch das künftige Schicksal Österreichs wird ganz wesentlich von dem guten Ausgang und den Folgen dieser Konferenz berührt werden.

Wenn ich mit einem Wort unserer Beziehungen zu den übrigen Mächten gedenke, so kann ich mich auf die Bemerkung beschränken, daß wir zu den alliierten und assoziierten Mächten ebenso wie zu den neutralen Staaten in guten und freundschaftlichen Verhältnissen stehen. In Verfolgung des Regierungsprogrammes, das ich am 23. November v. J. vor dem hohen Hause zu entwickeln die Ehre hatte, haben sich diese freundschaftlichen Beziehungen, die vor allem mit unserer Wirtschaftspolitik im engsten Zusammenhange stehen, fortwährend gebessert und vertrauensvoll gestaltet.

In der vor wenigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Ausschusses für Äußeres hatte ich ja Gelegenheit, insbesondere auf unser Verhältnis zu den Ententestaaten und die uns von ihnen zugesagte und schon so lange erwartete finanzielle Hilfeleistung, die wir durch den Staatsvertrag von Saint-Germain zu fordern eine Berechtigung haben, eingehender zu reflektieren und ich darf wohl darauf verweisen. Zusammenfassend möchte ich aber wiederholen: wir wissen noch nichts bestimmtes über das Schicksal der in Verhandlung stehenden Vorschläge und ihre Erledigung, weshalb ich mich auch heute einer weiteren Erörterung dieser Frage enthalten muß. Wir brauchen — das ist ja allgemein bekannt — vor allem Kohle und Rohstoffe sowie Produktionskredite. Inwieweit der bekannte Pariser Vorschlag für die Gewährung von Privatkrediten noch gegenwärtig aktuell ist oder nicht, ist mir nicht bekannt. Ich darf jedoch bemerken, daß eine etwa beabsichtigte völlige Auslieferung unserer Volkswirtschaft an das private Kapital vermieden werden müßte. *(Zustimmung.)* Wenn wir uns auch den notwendigen Kontrollen im Falle einer tatsächlichen Hilfeleistung unterziehen werden müssen, sie uns gefallen lassen müssen, so wollen wir doch vor allem als freie Männer auf freier Scholle hausen und arbeiten. *(Sehr richtig!)*

Gegenwärtig scheint übrigens in London das Interesse vollständig von der deutschen Reparationsfrage in Anspruch genommen zu sein. Der Verlauf dieser Verhandlungen muß auch von uns abgewartet werden, doch wird bald der Zeitpunkt für uns kommen, wo wir von den hohen Mächten eine

bestimmte Mitteilung erwarten müssen, ob und welche Hilfe wir erhalten können. Wir wissen, daß wir der Hauptsache nach auf die Selbsthilfe angewiesen bleiben und wollen in diesem Sinne auch alle unsere Kräfte einsetzen. Zur Vorbereitung dieser Selbsthilfe ist uns aber fremde Hilfe unerlässlich. Derzeit haben wir — so glaube ich behaupten zu können — noch immer guten Grund zu der Hoffnung, daß uns diese Vorhilfe in dieser oder jener Form wenigstens im notwendigsten Ausmaße und rechtzeitig gewährt werde. Sobald wir jedoch feststellen müßten, daß alle die gegenwärtigen vielfach erörterten Pläne für eine Hilfeleistung und für den Wiederaufbau gescheitert sind, wäre es auch für uns an der Zeit, jene anderen Wege unverzüglich und entschlossen zu schreiten, zu denen uns der Staatsvertrag von Saint-Germain berechtigt. *(Zustimmung.)* Ich habe darauf auch schon bei den Verhandlungen im Ausschusse für Äußeres hingewiesen.

Vorteile für die Besserung unserer Lage dürfen wir auch von der wirtschaftlichen Verständigungsära zwischen allen Nachfolgestaaten erwarten, die in nächster Zeit durch die Konferenzen über die Verkehrsfrage, um die es sich hauptsächlich handeln wird — wahrscheinlich in Portorose —, eingeleitet werden soll. Ich kann mir allerdings — und das ist meine persönliche Anschauung — nicht verhehlen, daß sich vielleicht praktische Ergebnisse von größerer Bedeutung erst aus nachfolgenden Spezialkonferenzen von Staat zu Staat ergeben dürften.

Über die Frage der endgültigen Einverleibung des Burgenlandes in das österreichische Staatsgebiet habe ich gleichfalls im Ausschusse für Äußeres eingehenden Bericht erstattet. Seither ist eine neue Note des Obersten Rates eingelangt, welche dem von mir stets vertretenen Standpunkt in dieser Streitfrage volle Rechnung trägt. *(Bravo!)* Wir wollen die mit den Vertretern der ungarischen Regierung begonnene Aussprache trotzdem, voraussichtlich in der nächsten Woche, fortsetzen und beenden. Wir haben uns auch bereit erklärt, die Vertreter Westungarns im ungarischen Parlamente auf ihren Wunsch hin in den nächsten Tagen hier in Wien zu empfangen und werden auch ihre Argumente gerne zur Kenntnis nehmen. Im übrigen wünschen wir eine möglichst rasche Erledigung dieser ganzen, für uns schon lange Zeit spruchreifen Angelegenheit. *(Zustimmung.)* Ihre durch ein freundschaftliches Einvernehmen erzielbare Lösung kann aber nicht gefördert werden, wenn nunmehr selbst von ungarischer hoher amtlicher Stelle mit Maßnahmen gegen die burgenländische Bevölkerung und gegen Österreich im Sinne einer vollständigen Grenzabspernung gedroht wird. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir werden uns in der Wahrung und Durchsetzung unseres Rechtsstandpunktes auch durch

keinerlei Drohung beirren und einschüchtern lassen. (Beifall.)

Von großer Bedeutung für unsere Wiederaufbauaktion ist die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen, die wir nunmehr auch mit der Tschecho-Slowakei begonnen haben. Von großer Bedeutung sind auch die wirtschaftlichen Besprechungen mit dem Deutschen Reiche, die in diesen Tagen hier in Wien gepflogen werden. Bezüglich der Beseitigung der gewissen bisher noch vorhandenen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur, die seit dem Zusammenbruche der Monarchie zwischen Österreich und der Tschecho-Slowakei noch bestanden haben, habe ich mich gleichfalls im Ausschusse des Äußeren ausführlicher ausgesprochen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschecho-Slowakei darf ich wohl als eine erste Frucht jener Besprechungen mit dem tschecho-slowakischen Minister des Äußern Dr. Benesch bezeichnen, in welchen wir uns über ein möglichst freundschaftliches Zusammengehen der beiden Staaten in wirtschaftlicher Beziehung auf einer gemeinsamen Linie fanden.

Auf dem Gebiete der inneren Politik hat die Regierung ihren programmatischen Standpunkt, den sie dem hohen Hause durch meine Erklärungen am 23. November kundgegeben hat, nicht nur nicht verlassen, sondern durch die Tat, soweit es die schwierigen Verhältnisse gestatten, zum Ausdruck gebracht. An der Spitze unseres Programmes steht auch heute noch der Leitsatz, daß gegenwärtig nur wirtschaftliche Arbeit zu leisten ist. Nach meiner Überzeugung kann man in diesem Staate auch für die nächste Zeit, vielleicht für die nächsten Jahre nur eine ausgesprochene Wirtschaftspolitik treiben, die frei ist von jeder Gefühlspolitik und deren Erfolge von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Parteien bedingt sind. In diesem Sinne hat die Regierung bisher keine zwar lärmende, aber konsequente Arbeit geleistet. Gegenüber den Herren Rednern der Opposition, welche die Leistungen der früheren Koalitionsregierung entgegen der Tätigkeit der gegenwärtigen Regierung anlässlich der Generaldebatte in den letzten Tagen so sehr in den Vordergrund stellten, darf ich wohl doch darauf verweisen, daß der Kreis der Aufgaben beider Regierungssysteme ein wesentlich verschiedener ist. (Sehr richtig!) Die gewiß schwierige Arbeit der Koalitionsregierung, der ich selbst angehörte, mußte vor allem den Weiterbestand der Republik und den unausgesetzt drohenden Zusammenbruch infolge der fast täglich sich erneuernden gewaltigen Ernährungsschwierigkeiten sichern. Die gegenwärtige Regierung konnte trotz der, wenn auch in gemindertem Maße, fortbestehenden Ernährungsschwierigkeiten ein wenn auch nur bescheidenes Programm des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues entwerfen und verfolgen. Sie mußte zu diesem Zwecke vor allem in lang-

wieriger Arbeit das Vertrauen jener Mächte gewinnen, die uns überhaupt Hilfe leisten können, und dies ist ihr auch gelungen. An dem fortwährenden Sinken des Kronenkurses trägt die gegenwärtige Regierung gewiß die geringste Schuld. Jedermann weiß, daß hieran die allgemeine wirtschaftliche Lage, die fast allgemeine Geldentwertung, kurz die in der ganzen Welt spürbaren verheerenden Folgen des Krieges die Hauptschuld tragen.

Wir haben es dagegen als unsere erste Pflicht betrachtet, für die notwendige Aufklärung des eigenen Volkes und der fremden Mächte über unseren wirklich unhaltbaren Zustand zu sorgen. Wenn man früher geglaubt hat, daß uns mit bloßen Almosen geholfen werden könne und Wiederaufbaukredite nicht so notwendig seien, so ist hierin, dank unserer Tätigkeit, eine wesentliche Änderung der Anschauungen eingetreten.

Es sind auch, wie schon der Herr Generalberichterstatter für das Budget betont hat, sehr energische Anstrengungen gemacht worden, um die finanzielle Situation des Staates zu bessern. Unser von Anfang an festgehaltener Grundsatz, daß keine Ausgaben ohne Bedeckung mehr gemacht werden dürfen, wurde mit Erfolg aufrecht erhalten und hat bereits jetzt die Grundlage für eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen geschaffen, welche eine Sanierung unseres Budgets vorteilhaft anbahnen und sowohl unserem eigenen Volke als auch dem Auslande unseren energischen Lebenswillen bekunden.

Wer unsere programmatischen Richtlinien vom 23. November mit der tatsächlich geleisteten Arbeit und den wirklichen Erfolgen in der kurzen Zeit eines Vierteljahres im einzelnen vergleichen will, der wird schließlich, wenn er ehrlich und gerecht urteilt, vielleicht doch finden, daß auch eine Regierung von Männern zweiten Ranges, wie die verehrliche Opposition uns zu bezeichnen pflegt, Männern, die mit voller Absicht auf hochfliegende Ideen und blendende politische Experimente verzichten und nur in stiller, aber unentwegter Arbeit die grausame Not der Wirklichkeit lindern und bessern wollen, dieser Aufgabe nicht ohne tatsächliche Erfolge nachzukommen vermag.

Auch in bezug auf den Ausbau unserer Bundesverfassung und die Reorganisation der Verwaltung wurde in der verhältnismäßig kurzen Zeit, entsprechend unserem Programm, nicht ganz unbedeutendes geleistet, wenn auch vieles noch zu tun übrig bleibt.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform steht der Gesetzentwurf über die Ausgestaltung der Bezirksverwaltung durch Schaffung von Bezirksvertretungen im hohen Hause in Behandlung. Ich hoffe, daß die zur Beseitigung der noch schwebenden Differenzen über die Art der Führung der künftigen

Bezirksverwaltung bereits eingeleiteten Schritte von Erfolg begleitet sein werden. Der Gesetzentwurf über das Volksbegehren und die Volksabstimmung liegt gleichfalls dem hohen Hause bereits seit kurzem vor. Dadurch wird das ungeschiedene Gesamtvolk zur aktiven Teilnahme an der Gesetzgebung berufen, wodurch zur Demokratisierung des Staatsganzen ungleich mehr beigetragen wird als durch die Demokratisierung kleiner Staatsteile im Wege der Schaffung von Bezirksparlamenten. Das ist wenigstens meine Auffassung. Dieses Gesetz steuert übrigens auch die Form bei, in der sich auch der nationale Gesamtwille unseres Volkes mit voller Beweisraft am besten äußern kann. Die großen von der Bundesverfassung verlangten Gesetze über die Haftpflicht der Beamten, das wichtigste Gegengewicht und Korrektiv der mit der Demokratisierung fortschreitenden Politisierung der Verwaltung, über die Organisation der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern, über das Dienstrecht der Angestellten und über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern und Gemeinden, bilden gegenwärtig den Gegenstand der weiteren verfassungsrechtlichen Arbeiten im Schoße der Regierung.

Die zuständigen Stellen sind in der letzten Zeit mit der Ausarbeitung der neuen Besoldungsordnung und eines Personalvertretungsgesetzes auf das intensivste beschäftigt. Die Arbeiten sind soweit vorgeschritten, daß der Ministerrat in der aller kürzesten Frist die Entwürfe dieser Gesetze den beteiligten Organisationen der Staatsangestellten und dem hohen Hause zur Einsicht, beziehungsweise zur endgültigen Beschlussfassung vorlegen kann.

Was die Fragen der Verwaltungsreform im allgemeinen betrifft, so müssen diese Arbeiten nunmehr Hand in Hand mit der Tätigkeit der vor kurzem eingesetzten Erparungskommission gehen. Diese Kommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen und ich hoffe zuversichtlich, daß ihre Tätigkeit schon in absehbarer Frist günstige Ergebnisse zeitigen wird.

Schließlich darf ich wohl auch erwähnen, daß die Regierung auf Grund der Ergebnisse der sogenannten Teuerungsenquete eine aus Vertretern der Produktion und der Verbraucherinteressen zusammengesetzte Kommission berufen hat, welche die Regierung in Angelegenheiten des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues beraten soll und bei den Maßnahmen zu einer erträglicheren Lebenshaltung der Bevölkerung mitzuwirken hat. Auch diese Kommission hat ihre Tätigkeit aufgenommen und eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt, welche im engsten Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts zu arbeiten begonnen haben. Dadurch wird eine innige Fühlungnahme zwischen der Regierung

einerseits und den produzierenden und verbrauchenden Kreisen der Bevölkerung anderseits ermöglicht.

Ich darf wohl die Gelegenheit gleich benützen, um auf Bemerkungen zurückzukommen, welche im Laufe der heutigen Debatte gefallen sind. In erster Linie möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Leuthner bezüglich der Liquidation des ehemals hofärztlichen und des früher gebunden gewesenen Vermögens und seine Aufteilung auf den Bund und den Kriegsgeschädigtenfonds reflektieren. Nach dieser Richtung befindet sich die Durchführung dieser Aufteilung auf dem besten Wege. Bezüglich einer Reihe von Vermögensobjekten sind die Vorbereitungsarbeiten für die Übergabe beendet, so daß diese in den allernächsten Tagen erfolgen wird. Ein bedeutender Teil des Vermögens des Kriegsgeschädigtenfonds wird aus dem früher gebunden gewesenen Vermögen bestehen, das sich in der Verwaltung des Rechtsanwaltes Dr. Harpner befindet, der zugleich Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds ist. Hier wird sich die Übergabe im wesentlichen in der Form protokollarischer Erklärungen vollziehen, deren Vorbereitung Herr Dr. Harpner übernommen hat, so daß auch nach dieser Richtung hin die Übernahme in den nächsten Tagen vor sich gehen dürfte. Bei den größeren Vermögenskomplexen, wie etwa Schönbrunn oder der Hofburg, wird die Übernahme sich deshalb zeitraubend gestalten, weil die beiden Parteien des Übergabsaktes an der Hand der Inventare einverständlich feststellen müssen, was übergeben wird und was nicht, wenn ein Chaos bei dieser Handlung vermieden werden soll. Was die Zusammensetzung des Fondskuratoriums anbelangt, so hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung, was ich hervorheben möchte, bereits für eine Verstärkung des Einflusses der Kriegsgeschädigten in dem Kuratorium insofern Sorge getragen, als es zu seinen Vertretern im Kuratorium und deren Ersatzmännern nunmehr, mit einer einzigen Ausnahme, durchwegs Kriegsgeschädigte oder Angehörige von kriegsgeschädigten Organisationen ernannt hat.

In der Angelegenheit der Frage der Kronjuwelen möchte ich kurz darauf verweisen, daß seinerzeit schon der Kabinettsrat dem Rechtsanwalte Dr. Harpner den Auftrag gegeben hat, allenfalls nach seinem Ermessen die Klage zu erheben. Herr Dr. Harpner hat nicht sicher sagen können, ob die Durchführung dieser Klage, die Prozeßführung, einen wirklichen Erfolg haben werde. Ich habe nach den letzten Verhandlungen im Budgetausschuß über diese Frage die Sache noch einmal untersuchen und mir ein Rechtsgutachten vom Verfassungsdienste des Bundeskanzleramtes geben lassen. Es wurde dann im Ministerrate der Beschluß gefaßt, zur vollen Klarstellung der Rechtslage zunächst ein Rechtsgut-

achten der Finanzprokuratur einzuholen. Dies dürfte wohl bald vorliegen. Dann wird sich zeigen, welche weiteren Schritte zu unternehmen sind.

Ich darf wohl auch auf ein paar Bemerkungen meines sehr geehrten unmittelbaren Herrn Voredners, des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin, reflektieren. Ich glaube, die Dinge, die er über einzelne Personen unseres auswärtigen Dienstes erzählt hat, sind doch wohl etwas übertrieben. Es laufen doch wohl hie und da ein paar Märchen unter. Was unsere gegenwärtige Vertretung in Berlin anbelangt, so ist der dortige Vertreter als ein durchaus tüchtiger und besonders in den wirtschaftlichen Fragen gewandter Beamter überall bekannt. Ich hoffe übrigens, daß die Besetzung des Gesandtenpostens in Berlin jetzt nicht mehr lange dauern wird. An mir liegt es nicht, daß diese Besetzung nicht schon früher erfolgte.

Jrrig berichtet dürfte der Herr Abgeordnete Dr. Ursin sein, wenn er meint, daß der Herr Legationsrat Dipauli schon in Bern weilt. Er ist derzeit hier noch notwendig. Daß der Gesandte Frankenstein in London so wenig Berichte sendet, ist wohl auch nicht ganz zutreffend. In den Augenblicken und Zeitpunkten, wo es notwendig ist, ist er, wie ich konstatieren kann, ein sehr eifriger Berichterstatter, Herr Sektionschef Schüller weilt nicht in offizieller Eigenschaft in London und in Paris und hat besonders mit einer Vertretung des Gesandten Frankenstein nichts zu schaffen. Was den Gesandten beim Vatikan, Professor Pastor, anbelangt, so ist dieser Vertreter gewiß ein ausgezeichnete Mann, auch vollständig auf seinem Posten und ich glaube auch seiner Gesinnung nach vollständig tadellos.

Jrrig berichtet ist Herr Dr. Ursin auch über die Entsendung des Herrn Hauenschild nach Warschau.

Er wurde nur nach Warschau geschickt, um dort unseren Gesandten für die Urlaubszeit zu vertreten; er ist bereits zurückgekehrt. Wir hatten keinen anderen zur Entsendung, weil nur wenige Herren, eigentlich fast niemand außer Hauenschild, das Polnische beherrschte. Richtig ist — und ich bedauere es außerordentlich —, daß die Bezahlung unserer auswärtigen Vertreter außerordentlich schlecht ist. Es sind mir auch andere Beispiele dafür bekannt, außer dem das der Herr Abgeordnete Dr. Ursin erzählt hat, daß unsere Vertreter im Auslande förmlich Hunger leiden müssen. Ich werde sehr dankbar sein, wenn nach dieser Richtung hin durch den hohen Nationalrat bald Abhilfe geschaffen wird.

Ich möchte nicht auf die Frage eingehen, ob zuviel Sektionschefs im Ministerium des Äußern sind oder nicht. Ich kann nur sagen, daß auch nach dieser Richtung hin an Abbau geschieht, was möglich ist. Gewiß gebe ich zu, daß im Ministerium

des Äußern nach mancher Richtung hin vieles noch zu bessern sein wird. Es ist vieles geschehen in den letzten Jahren. Soweit es auf mich ankommt, werde ich diese Arbeit natürlich sehr gerne fortsetzen.

Hohes Haus! Gestatten Sie, daß ich nun zum Ende meiner kurzen Darlegungen komme. Aus den Vorführungen allgemeinerer Natur möge das hohe Haus ersehen, daß die Regierung denn doch bestrebt ist, ihrem Programme gemäß, aber auch dem Ernste der Zeit entsprechend, ohne alle überflüssige Aufmachung ihre schwere Pflicht zu erfüllen.

Vor einem aber möchte ich das hohe Haus warnen: Die Rettung und den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft ausschließlich von einer Regierung allein, und wäre sie auch die beste aller Regierungen, zu erhoffen, das schiene mir Torheit. *(Zustimmung.)* Kein geringerer als der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, hat in seiner großen Antrittsrede den für uns schon nach unserem Gefühlslieben besonders passenden Satz geprägt, mit dem ich schließen will: Wir neigen nur allzusehr zu der gefährlichen Tendenz, von der Regierung zu viel zu erwarten und zu gleicher Zeit für sie zu wenig zu tun. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Renner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Renner: Hohes Haus! Wir alle stehen unter dem Eindruck der Verhandlungen in London. Jedem von uns ist es klar, daß in London das Schicksal nicht nur der einen oder der anderen Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles entschieden wird und auch nicht nur das Schicksal des Deutschen Reiches, sondern das Schicksal des Deutschlands in Europa, mit dem wir uns durchaus eins wissen. Wir haben dabei — und ich glaube, darin wird das ganze Haus einig sein — nur das eine Gefühl: daß wir von hier aus, von dieser Tribüne aus, von diesem Splitter eines Landes und eines Volkes aus, nichts tun können, um unserem Stammvolke in dieser schweren Zeit zu helfen und ich habe den Eindruck, daß es abgeschmakt ist, von hier aus große und drohende Worte zu gebrauchen, die entweder im Auslande gar nicht gehört werden, oder, wenn sie gehört werden, die Lage unseres Volkes nur noch verschlimmern können. Aber die Gelegenheit können wir nicht vorbegehen lassen, ohne zu sagen, daß wir uns durchaus eins wissen mit dem deutschen Volke, dem Deutschen Reiche und seinen Vertretern, die in London unterhandeln.

Und nun zur inneren Politik, beziehungsweise zur äußeren Politik Deutschösterreichs. Ich werde

mir erlaube, an die Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers anzuknüpfen und will vorausschicken, daß ich gar nicht die Absicht habe, eine strenge oder parteiische Kritik an seine Ausführungen zu legen. Der Herr Bundeskanzler hat sich darüber beklagt, daß er und sein Kabinett von meinen Freunden als eine Art zweite Garnitur hingestellt worden sind, daß sie als Männer minderer Art behandelt wurden. Ich glaube, da ist ein kleines Mißverständnis unterlaufen. Ich persönlich halte den Herrn Bundeskanzler nicht für einen Mann zweiter Garnitur, sondern ganz einziger Art und auch die anderen Herren Minister, jeden in seiner Art, für einen Mann einziger Art. So zum Beispiel den einen Ackerbauminister wie den Herrn Minister Hauers für ganz einzig, brav und ausgezeichnet, für einen vorzüglichen Familienvater, einen ausgezeichneten Mann. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, ihn etwa als allgemein menschlich minderwertig hinzustellen. Das ist auch meinen Parteifreunden Seitz und Ellenbogen nicht eingefallen. Wir wollen auch im allgemeinen für das ganze Kabinett nicht die theoretische und praktische Vorschulung für den öffentlichen Dienst in Frage stellen. Von den Herren, die hier vor der Bureaufratie sitzen, sind manche Männer, welche wirklich im Dienst in Ehren und durch fleißige ständige Arbeit aufgestiegen sind, wie zum Beispiel der Herr Bundesminister für Justiz oder der Herr Bundesminister für Verkehrswesen. Es sind auch andere, die mit affenartiger Behendigkeit rasch über viele Sprossen hinweg zur zweiten Rangklasse emporgeklettert sind, zum großen Erstaunen ihrer eigenen Kollegen im Bureau. Ich denke zum Beispiel an den Herrn Minister für Inneres und Heereswesen. Denn wenn ich an ihn den Maßstab der fachlichen Tüchtigkeit anlege, so kann ich nicht finden, daß er gerade im Heereswesen so tüchtig gewesen wäre, und wenn ich den Maßstab der dienstlichen Karriere ins Auge fasse, so sehe ich in ihm den Typus des Präsidialisten des alten Regimes.

Aber es war ja etwas ganz anderes mit diesen „Männern zweiter Garnitur“ gemeint. Die Männer der ersten Garnitur sind in unseren Augen diejenigen Männer, welche draußen vor unserem Volke den Kampf geführt haben, den Kampf um die Macht, deren Wort das entscheidende war, die dem Volke bestimmte Verheißungen gemacht haben (*lebhafteste Zustimmung*), sich nun in die Büsche schlagen und die Männer, die politischen Männer der zweiten Garnitur hieher auf die Ministerbank setzen. Das ist das Entscheidende an diesem Worte „zweite Garnitur“, daß die Leute, welche den letzten Wahlkampf geführt haben und nach demokratischem Gebrauch verpflichtet wären, nun das, was sie versprochen haben, zu erfüllen, selbst und persönlich zu erfüllen, daß diese Männer nicht hier sitzen, sondern

dort sitzen. Herr Professor Seipel, Herr Runschak (*Lebhafter Beifall*) und Sie alle miteinander, welche früher und jetzt das große Wort geführt haben und welche dann, wenn es die Erfüllung dieses Wortes gilt, sich bescheiden im Hintergrund halten, als würden sie nie ein Wässerchen getrübt haben, während doch jedermann weiß, daß in allen Ministerien der eigentliche Regent nicht Dr. Michael Mayr, sondern Professor Seipel ist. (*Lebhafter Beifall. — Lachen.*) Sie können das auch beobachten. Ich empfehle allen Herrn Abgeordneten, das Leben und Treiben in den Ministerien ins Auge zu fassen und zu sehen, wie sich die Beamten verhalten, wenn der Ressortchef eintritt, und wie, wenn Professor Seipel eintritt. Wenn sich der betreffende Türhüter vor dem Chef seines Ressorts um 30 Grade verneigt, vor Professor Seipel verneigt er sich um 60 oder 90 Grad (*Abgeordneter Dr. Seipel: Das ist eben mein Wähler, Herr Doktor!*) Es sind durchaus Ihre Wähler! Aber das ist ein System der politischen Unaufrichtigkeit, nicht der menschlichen. Ich bin davon ganz überzeugt, daß der Bundeskanzler zu den aufrichtigsten Menschen gehört, die die christlichsoziale Partei zur Verfügung hat. Aber das System ist unaufrichtig. Und vor allem anderen vermiße ich auf dieser Ministerbank und in der letzten Zeit auch im Hause denjenigen, der vor dem Volke die größte Verantwortung übernommen hat, den Herrn Abgeordneten Runschak. Und ich vermiße, daß Sie das nicht eingerichtet haben, was das Wesen Ihrer Politik seit 25 und 30 Jahren ist, ein Amt, das endlich das uralte Programm des Judenpogroms erfüllt, einen Spezialminister für Judenfragen (*Heiterkeit*), damit doch endlich gezeigt wird, daß Sie mit der Judenverfolgung ernst machen. Denn mit dem heimlichen Hin- und Herlaufen bei den Banken, mit den Beziehungen zu den Bankdirektoren, mit all diesen Dingen wird sich der Antisemitismus nicht aus der Welt schaffen lassen und das Judentum noch weniger, das dabei gedeiht.

Die Regierung und ihre persönlichen Leistungen treten ganz und gar zurück hinter dem allgemeinen Problem der Erziehung unseres Volkes zu dem Gefühl der Selbstverantwortung jedes Wählers und jedes Politikers, daß es niemandem gestattet sein soll, eine Verheißung zu machen, wenn er sich nicht selbst unter dem Einsatze seiner Person bemüht, diese Verheißung auch durchzuführen (*So ist es!*), damit endlich einmal Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit in unser öffentliches Leben hineinkommt.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß seine Regierung jede Aufmachung verschmähe. Man muß sagen, da hat der Mann vollständig recht. (*Heiterkeit.*) Eine solche Schmucklosigkeit, dieses beharrliche Fliehen vor jeder Äußerung eines besonderen Geistes und Talentes: es ist das die Bescheidenheit

zu weit getrieben! In allen diesen Erklärungen, muß man sagen, ist die Bescheidenheit zu weit getrieben. Diese Regierung hat sich als eine Regierung der Wirtschaftspolitik und der Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben angekündigt. Es sind fünf Monate ins Land gegangen und wir haben auf der ganzen Linie von dieser Wirtschaftspolitik so gut wie nichts gesehen. Darüber ist ja schon von meinen Freunden Seitz und Ellenbogen einiges gesagt worden und es wird noch bei anderen Wirtschaftsreforms von meinen Freunden davon die Rede sein. Aber, wenn sich die Wirtschaftspolitik dann irgendwie nach Außen nicht manifestiert, so doch in einzelnen Symptomen, zum Beispiel in dem Symptom des Kronenkurses: der ist schlecht und der Kronenkurs ist von 3'7 auf 0'9 in der Zeit der nahezu fünf Monate herabgekommen. In dem Banknotenumlauf: dieser Banknotenumlauf ist gewaltiger als jemals. Irgendwie müßte ja diese Wirtschaftspolitik sichtbar sein. Aber im großen ganzen ist nichts erreicht und kaum irgend etwas in Angriff genommen worden.

Es wird Gelegenheit sein, bei den einzelnen Kapiteln des Budgets das näher zu erweisen und ich will mich heute nicht zu viel damit aufhalten. Ich möchte nur die Fortführung der Verfassungsarbeit, die der Herr Bundeskanzler auch angeführt hat, erwähnen und die ja gewiß dem Fleiß des Verfassungs- und Verwaltungsreformdienstes in der Bundeskanzlei alle Ehre macht. Es werden neue Vorlagen eingebracht werden. Eine Vorlage haben wir schon gesehen, das Bezirksverwaltungs-gesetz, ein zweites, das Gesetz über die Volksabstimmung und andere sind angekündigt. Wenn nun der Herr Bundeskanzler sich besonders auf das Gesetz über die Bezirksvertretungen beruft, so muß ich sagen, daß diese Berufung für uns allerdings sehr charakteristisch ist, denn kaum ein einziges Gesetz, das vorgelegt wurde oder vorgelegt werden wird, kann so klar und deutlich die Ideen kundgeben und verraten, wie gerade das Gesetz über die Reorganisation der Bezirksverwaltung. Es soll ein Übergangsgesetz sein — das verstehen wir wohl —, aber dieses Bezirksverwaltungs-gesetz sollte nach den Übergangsbestimmungen der Verfassung wirkliche Bezirksvertretungen schaffen; in Wirklichkeit aber schafft es gar keine Bezirksvertretungen, sondern bloß gewählte Beiräte des Bezirkshauptmannes. Wir sehen aus diesem Gesetze heraus den alten bureaukratischen Geist, der früher in den Unten gewaltet hat und den wir durch den Geist der Demokratie ersetzen wollten, in den Ländern auch ersetzt haben, den Sie aber in den Bezirken nicht ersetzen wollen.

Dieses Gesetz bringt folgende merkwürdige Anomalie in unser öffentliches Leben. Die demokratische Verwaltung beruht auf dem Volke selbst und soll von dem Vertrauen des Volkes getragen

sein. Während vordem unsere bureaukratische Verwaltung so aufgebaut war, daß irgendwo in den Wollen oben in einem undurchdringlichen Dunkel und dem Staatsbürger unnahbar der Kaiser saß und der Kaiser den Minister ernannte und der Minister den Statthalter und der Statthalter den Bezirkshauptmann und dieser Bezirkshauptmann durch Befehl an seine Exekutivorgane, das heißt an die Gendarmen, einfach die Staatsbürger als Untertanen regierte, während vordem das System der absteigenden Autorität in der Verwaltung festgehalten wurde, für die der einzelne Staatsbürger nur Untertan und sonst nichts war, hat die Revolution doch den Sinn gehabt, daß Amt und die Staatsbürger miteinander in die innigste Verbindung gebracht werden. Wir haben die Zentralämter dadurch mit dem Volke in die unmittelbarste Verbindung gebracht, daß wir auf diesen Bänken hier die Vertreter des ganzen Volkes, Männer und Frauen, haben und diesen gegenüber sitzt eine Regierung, welche von der Volksvertretung gewählt und ihr verantwortlich ist, ihre Sache vor der Volksvertretung führt und die Zustimmung der Volksvertretung nachsucht. Wir haben dasselbe in den Ländern gemacht: Männer und Frauen in den Ländern wählen ihre Landtage, die Landtage wählen ihre Landesregierung, die ihnen verantwortlich gegenübersteht. Wir haben dasselbe System auch in den Gemeinden: Jede Gemeinde wählt sich nach dem demokratischsten Wahlrechte durch Männer und Frauen in gleicher Weise die Gemeindevertretung und ihr gegenüber sitzt der gewählte Bürgermeister. Es ist also von oben und unten der eine und selbe Gedanke durchgeführt. Nur an einer einzigen Stelle soll er nicht durchgeführt werden, beim Bezirk. Aber Gemeinden von größerem Umfange, Gemeinden von über 20.000 Einwohnern, in denen Bürger und Arbeiter wohnen, werden autonome Städte und solche Gemeinden mit Bürgern und Arbeitern haben selbst das Recht eines Bezirkes und dort wird der gewählte Bürgermeister die Rolle eines Bezirkshauptmannes haben. Nur draußen auf dem Lande, gegenüber den kleinen Dörfern und gegenüber den Bauern, dort ist es anders. Dort muß der Bezirkshauptmann von oben herab gebieten und die Vertretung darf nur sein Beirat sein. Während die Bürger in den Städten, die Arbeiter in den Städten, während die Bürger des Landes und des Staates das Recht auf Selbstregierung haben, einzig und allein die bäuerliche Bevölkerung hat es nicht. Wissen Sie, wie ich das Gesetz überschreiben möchte, das der Herr Bundeskanzler das Bezirksverwaltungs-gesetz genannt hat? Ich würde es das Bauern-entmündigungsgesetz nennen. (Sehr gut!) Das Bauernentmündigungsgesetz, nicht anders. Aber der Grund ist der: Wenn es dem Bürgermeister Rollmann von Baden möglich ist, auf Grund der Wahl

seiner Gemeindevertretung Bürgermeister zu sein und, da ja Baden gewiß die Autonomie bekommen wird, auch im Weichbilde seiner Stadt Bezirkshauptmann, warum soll es draußen in demselben Bezirk auf dem Lande nicht sein? Dort ist der namhafteste Mann der Christlichsozialen, der aller Wahrscheinlichkeit nach gewählt werden wird, der frühere Abgeordnete Jukel. Der Abgeordnete Jukel hat den Verstand nicht, Bezirkshauptmann und Obmann der Bezirksvertretung zu sein; den hat er nicht, wiewohl derselbe Bauer Jukel Staatssekretär für Verkehrswesen in der Revolution war. Womit erklären Sie diese Ausnahme? Womit rechtfertigen Sie das? Durch nichts anderes als durch die Meinung, Sie werden auf diese Weise Autorität bewahren.

Hohes Haus! Was stellen Sie sich denn unter Autorität vor? Die äußeren Zeichen der Autorität gelten nicht mehr, sie werden nicht mehr geachtet, wir haben sie nicht mehr; Sie können den Mann nicht mehr in Uniform stecken und können ihm nicht mehr einen Degen geben. Es ist keine Empfehlung, Uniform zu tragen. Auf was soll sich der Mann berufen, wenn er vor die Bevölkerung tritt, um Autorität zu heischen? Vordem konnte er sagen, ich bin ein k. k. Bezirkshauptmann, hinter mir steht die ganze Autorität von Kaiser und Reich und das war damals auch noch Autorität. Aber heute? Wer steht heute hinter dem Bezirkshauptmann? Nichts. Nicht einmal die Staatsregierung, nein, die Landesregierung und der gewählte Landeshauptmann ist die Autorität, die hinter ihm steht, eine Autorität, die in dem Bezirke gerade vielleicht gar nichts bedeutet. Sie suchen Autorität zu gewinnen. Aber wir verstehen auch etwas von Autorität und wir wissen ganz genau, daß in der Mehrzahl der Bezirke die Bezirksvorsteher, die Bezirksobmänner wahrscheinlich Bauern werden. Aber wir wissen auch genau, wenn in der Bezirksvertretung ddrt der Bauer als Bezirksvorsteher die Verantwortung übernimmt, daß Getreide aufgebracht wird, so wird es aufgebracht, wenn aber der Bezirkshauptmann die Verantwortung übernimmt, wird keines aufgebracht, weil er bei den Bauern keine Autorität dazu hat. Sie haben das ja jetzt hundertmal erfahren, Sie erfahren das jetzt in diesem Augenblicke gerade bei der Vermögensabgabe. Wenn nicht die bäuerlichen Abgeordneten selbst in ihre Bezirke hinausgegangen wären und gesagt hätten, zählt vor ein, die Aufforderung der Bezirkshauptmannschaften wäre null und nichtig. Sie täuschen sich eine Autorität vor, wo sie nicht besteht, und mein Freund Seitz hat ein gutes Wort geprägt, indem er gesagt hat: „Die Koalitionsregierung hat es unternommen, zu regieren, indem sie regiert hat mit den Organisationen des Volkes.“ Ein solches Regieren hat innere

Autorität. Wenn die bäuerlichen Organisationen, wenn die industriellen Organisationen, wenn die Arbeiterorganisationen sich auch feindlich gegenüberstellen, wenn sie gezwungen werden, dort, wo eine ganz konkrete Frage vor ihnen liegt, ganz konkrete Antwort zu geben und sie geben ihre Unterschrift, daß dies und dies zu geschehen habe, so wissen wir: es geschieht. Die wahre Autorität hat heute die Organisation. Sie aber bilden sich ein: eine solche Autorität ist für uns nicht zulänglich und Sie rufen nach der alten Autorität. Hier rufen Sie nach dem Bezirkshauptmann, dort rufen Sie nach der Polizei und dort nach dem Gendarmen. Das ist die ganze Weisheit der Regierungs- und Verfassungspolitik dieses Systems, nichts anderes.

Genau so haben Sie es auch in einzelnen Fragen gemacht. Sie haben ein Gesetz wegen der Staffelfung der Brotpreise vorgelegt. Wie haben Sie das gemacht? Durch die Autoritäten. Sie haben das Ernährungsamt und das Finanzministerium zusammengesetzt und haben eine Vorlage gemacht, die einen gewissen demagogischen Charakter hat und haben Sie dem Hause vorgelegt. Sofort hat sich herausgestellt: es ist so nicht durchführbar und da haben sie doch hinterher zu den Nichtautoritäten des Regierens gehen müssen: Sie haben nämlich die Industriellen und die Arbeiterorganisationen zusammengerufen und fragen müssen und die beiden Organisationen haben Ihnen dann erst gesagt, wie Sie es machen sollen. Der autoritäre Weg hat wieder nicht zum Ziele geführt. Und gerade, daß Sie sich einbilden, daß auf der Höhe des 20. Jahrhunderts ein Volk, wenn es auch ein noch so kleines Volk ist wie das unsere, aber ein Volk, das durch die Schule des Krieges und der Niederlage, die Schule einer Revolution gegangen ist, sich noch einmal durch den bloßen Schatten einer mechanischen Autorität wird regieren lassen, daß Sie diesen Irrtum haben, das ist wirklich erstaunlich und verwunderlich, nachdem Sie es anders erfahren haben. Aber dieser selbe Irrtum wohnt Ihnen inne und dieser Irrtum macht Sie zu Desorganisatoren unserer Volkswirtschaft und unseres Staates, wenn auch diese Desorganisation heute noch nicht sichtbar ist.

Es ist bewußte Desorganisation, die Sie treiben. Es spricht das aus einzelnen Dingen sehr deutlich. Während der zwei Jahre der Erfahrungen haben auch Ihre Staatssekretäre — und die wirtschaftliche Verwaltung wurde immer mit Ausnahme des Amtes für soziale Verwaltung durch Ihre Staatssekretäre geführt — haben auch Ihre Staatssekretäre gelernt: wenn ich irgendeine Maßregel ergreifen will, die Befriedigung schaffen soll, so muß ich mich zunächst mit der betreffenden Organisation in Verbindung setzen: mit dem Bauern, wenn es sich um Getreidelieferungen handelt, mit

den Gewerkschaften, wenn es sich um Betriebsfragen handelt, mit den politisch organisierten Arbeitern, wenn es sich um eine politische Sache handelt. Aber schon bei einzelnen kleinen Fällen, die aufgestiegen sind, hat sich gezeigt, daß Sie diese Meinung nicht mehr haben, sondern immer in erster Linie nicht an die Organisation, sondern an die Polizei denken. Das war zum Beispiel bei der Bewegung bei den Münzarbeitern. Sie haben sich nicht an das gehalten, was die Organisation der Münzarbeiter gesagt hat, sondern an das, was eine Minderheit dort gesagt hat, nicht was die Organisation, sondern was die Organisationsfeinde und Organisationsgegner gesagt haben und Sie haben den Plan und die Meinung im innersten Herzen, wenn Sie sich damit auch nicht heraustreten; wir werden doch noch einmal das Experiment machen: zwar unsere bürgerlichen Organisationen halten und stützen, die Arbeiterorganisationen aber ausschalten und spalten. Das ist das, was Sie sich selber vorgegaukelt haben, was Sie Ihren Wählern vorgegaukelt haben. Sie haben den Industriellen eingeredet, Sie würden im Stande sein, Autorität gegen Organisation zu stellen. Heute lacht jeder Industrielle über Sie und Ihre Versuche und sagt, am ehesten halte ich Ordnung durch die Organisation. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) So haben Sie denn wieder ein Autoritätsgesetz statt eines Organisationsgesetzes beschlossen und dieses ist deshalb so besonders charakteristisch, weil es sich geradezu gegen die Bauern wendet und weil man es deshalb am ehesten das Bauernentmündigungsgesetz nennen könnte.

Nun hat der Herr Bundeskanzler gesagt, er wolle durch das Experiment von Bezirksparlamenten unsere Verfassung nicht noch mehr in Auflösung bringen. Bezirksparlamente! Vielleicht will er auch die Gemeindeparlamente abschaffen? Ist jede Vertretung ein gesetzgebender Körper? Was soll denn dieses Schlagwort „Parlament“ dabei besagen? Sehen Sie sich doch die ganze englische Verwaltung an! Vom kleinsten Kirchspiel angefangen, wo einfach alle Bürger des Kirchspiels sich versammeln und beschließen, was zu geschehen hat, über die Gemeinde, über die kleine Stadt, über die Grafschaft, über die Grafschaftsstadt, über den Grafschaftsrat der Stadt London — alle Verwaltungskörper sind Vertretungskollegien, welche in Ausschüssen verwalten. Das sind keine Parlamente, wenn das Charakterische des Parlaments die Gesetzgebung ist, aber es sind Vertretungen des Volkes, welche ihre Geschicke selbst bestimmen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch ein Argument angeführt, das einen ernsteren Charakter hat, indem er sagte: Unser Nationalwille wird am besten auf diese Weise zum Durchbruch kommen.

Gemeint ist damit folgendes: Wenn ein Staatsgesetz in den Bezirken durchgeführt werden soll, besteht die Gefahr, daß die Bezirksvertretung das Staatsgesetz nicht durchführt und als selbständiger Staatsteil selbständig handelt; dazu brauchen wir den Bezirkshauptmann. Auch hier der Gedanke des von oben herabsteigenden Willens der Verwaltung. Wir haben uns in diesem Punkte auf ein anderes Mittel verlassen, das den demokratischen Staaten eigentümlich ist, nämlich auf die Verfassungs- und Verwaltungsrechtspflege, welche garantiert, daß der Wille der Nation, der im Parlamente zum Ausdruck kommt, auch von den einzelnen Organen durchgeführt wird.

Nun wird man ja über alle diese Dinge noch im besonderen reden und ich hätte sie nicht angeführt, wenn der Herr Bundeskanzler bei der Darstellung dessen, was die Regierung geleistet hat, nicht besonders darauf eingegangen wäre. Aber ich muß auf dem Gebiete der inneren Politik nur noch zwei Dinge erwähnen. Hier werden wir diese Furcht vor den Bezirksparlamenten und den Nebenparlamenten auf einmal geschwunden sehen.

Sie wissen, daß die Christlichsozialen einen Preisabbau beschlossen, versprochen haben. Diesen Preisabbau haben sie der ganzen städtischen Bevölkerung verkündet. Bis heute ist noch keine Spur davon sichtbar, außer das reine Gegenteil. Als nun die Massen diese Forderung aufstellten, hat die Regierung nicht gewußt, wohin sie sich flüchten sollte. Und so hat sie ein kleines Kämmerchen entdeckt, wohin sie sich hineinflüchten kann: das Kämmerchen eines Wirtschaftsausschusses, eines Beirates von einigen Herren und wenn ich nicht irre, habe auch ich die Ehre gefunden, in diesen Beirat berufen zu werden. Dieser Beirat, der Wirtschaftsausschuß soll uns nun aus dem Traum helfen und er soll der Regierung, die eigens dazu angetreten ist, Wirtschaftspolitik zu machen, und nicht weiß, was sie machen soll, einen Rat geben, was sie zu tun hat. Und nun war diese Gesellschaft, diese Regierung gegenüber diesem Beirat, schon öfter in der Lage zweier Leute, wo einer den andern fragt: Du, weißt Du etwas? Ich weiß nichts. In der Lage befinden sich diese beiden Räte. Dieser Beirat hat aber noch einen würdigen Zwillingbruder und das ist die Ersparungskommission. Es wird eine außerparlamentarische Ersparungskommission eingesetzt, man hat uns auch dazu eingeladen und höflich, wie wir sind, haben wir uns auch das angesehen. Diese außerparlamentarische Ersparungskommission soll nun die großen Ersparungen herbeiführen. Es ist nun köstlich: die christlichsoziale Partei hat unter der geistigen Führung der „Neuen Freien Presse“ ihren Wahlkampf geführt. Benedikt der Jüngere, das war der Einbläser des Professors Seipel, und alle Ideen, die Benedikt der Jüngere mit den Ver-

renkungen seines Stils in jenem grotesken Deutsch produziert hat, alle diese Ideen Benedikts des Jüngeren sind in dem salbungsvollen Priestertone wiedergekehrt im Munde des Professors Seipel. *(Heiterkeit.)* Von dort stammt die Weisheit: einerseits sparen, abbauen und andererseits wirtschaften, nicht wahr, Herr Professor? Das war: die Krone heben. Zeigen Sie mir die gehobene Krone! *(Heiterkeit.)* Alles das, was in der „Neuen Freien Presse“ gestanden ist, haben wir in den schönen Reden des Professors Seipel wiedergefunden und so ist denn Moritz Benedikt der geistige Organisator Ihres Wahlzieges geworden. Welches Ende hat das nun genommen? In zwei gegensätzlichen Einrichtungen, in der Einrichtung einer Kommission des Sparens und von ihr ganz unabhängig einer Kommission des Ausgebens. Eine Kommission des Sparens und eine Kommission des Wirtschaftens, beide ohne Macht, die reinen Winkelparlamente, sonst nichts anderes; nicht Bezirksparlamente, sondern Winkelparlamente und diese Winkelparlamente sollen nun uns alle, die wir vom Volke gewählt sind, beraten, sie sollen unseren volkswirtschaftlichen Ausschuß und unseren Finanzausschuß beraten und sollen diese Regierung beraten, wie zu sparen und wie zu wirtschaften ist.

Hohes Haus! Es ist das Wesen der Demokratie und ihr Vorteil, ihr Segen, daß derjenige, der eine Idee hat, diese Idee auch vor dem Volke zum Siege führt und dann auch durchführt, und es war das Wesen der Monarchie, daß jemand, der über all den Lärm des Tages erhaben war, der selbst keineswegs ein Volkswirt, keineswegs ein Soldat oder was immer zu sein brauchte, sich die Talente suchte, damit die für ihn arbeiten. Nun haben Sie diese Monarchenidee übertragen auf Ihren Bundeskanzler Michael Mayr. Er spielt den Monarchen und die Herren in der Ersparungskommission sollen für ihn die wirtschaftlichen Ideen haben. Aber Ideen zu haben ist doch Sache des Ministeriums selbst, und wenn Sie keine haben, sind Sie eben politisch, wenn auch sonst in allen Ihren Privatangelegenheiten sehr tüchtige und ehrenwerte Männer, aber politisch sind Sie dann doch — ich kann mir bei aller Höflichkeit nicht helfen — zweite Garnitur. *(Heiterkeit.)* Nun, diese beiden Kommissionen sind also geschaffen worden, um veressen zu machen, was Sie verheißten haben und was Sie nicht erfüllen können, was Sie zu erfüllen außer Stande sind, und das ist überhaupt die ganze Charakteristik dieser Regierung.

Sie ist aus einer großen leidenschaftlichen Regung des Volkes hervorgegangen, durch den Sieg reaktionärer Ideen, was noch nicht alles sagt, und durch eine durchaus unwahrhafte und lügnerische Propaganda.

Damit komme ich auf die auswärtige Politik, die ja der Herr Bundeskanzler kurz skizziert hat. Ich habe den Herrn Bundeskanzler als Minister für Außeres in den letzten Monaten nicht ohne ein gewisses stilles und inniges inneres Behagen beobachtet. *(Abgeordneter Seitz: Die reinste Freude ist die Schadenfreude!)* Ich will nicht sagen; Schadenfreude. Ich werde gleich schildern, aus welchen Gründen es für mich so vergnüglich war. Ich habe gewußt, daß mit dem Ungarn von heute, das das Ungarn vor der Zeit von 1918 ist, nicht gut verhandeln ist, daß dieses Ungarn nur an Gewalt und Macht glaubt und jeden Moment bereit ist, an die Gewalt zu appellieren und ich habe mich deshalb gegenüber allen Versuchen der Ungarn, uns auf irgend eine Weise durch irgend eine Drohung oder Erpressung von Deutschwestungarn abdrängen zu lassen, gepanzert. Da haben Sie nun geschrieben, was dieser Kenner, der weg muß vom Ballhausplatz, für eine falsche Politik gegen Ungarn gemacht hat. Man hätte die Ungarn freundlich behandeln, man hätte zu ihnen kommen müssen — ah, es sitzt der Herr Präsident Weiskirchner nicht da, — als Christ zu Christen, nicht wahr, Sie erinnern sich, um Mehl zu bekommen.

Hohes Haus! Ich habe gewußt, den Ungarn kann man nicht als Christ zu Christen und nicht als Türk zu Türken kommen, sondern man muß ihnen nur mit der festen Entschlossenheit, von seinem Rechte auch nicht das Geringste nachzulassen, kommen. Und man wird es auch dann noch schwer haben. Welches — wie soll ich sagen — Labyrinth, welcher Irrgang von Illusionen und Täuschungen ist es, wohin Sie unser ganzes Volk durch Ihre falschen Verheißungen geführt haben! Sie haben verheißt, die Ungarn werden unsere guten Freunde sein, sie werden uns ganze Waggonladungen Lebensmittel herausschicken. Es klang beinahe so, als wenn die Donau, die mit Bergwasser nach Budapest fließt, auf einmal mit Milch und Honig von Budapest nach Wien zurückfließen soll. Das haben Sie sich vielleicht selbst eingeredet und verheißt. Sie haben sich vielleicht eingeredet und Sie haben es gewiß verheißt, daß, wenn man sich zu den Ungarn anders stellt, die westungarische Frage leichter zu lösen sein wird.

Alle diese Illusionen sind verflogen und nun steht der Herr Bundeskanzler heute da und muß bekennen, daß ihm der ungarische Minister Graf angedroht hat, daß er, wenn wir Deutschwestungarn erhalten, Österreich boykottieren wird. *(Hört! Hört!)*

Wir haben also die Boykottidee auf der anderen Seite und ich hoffe, daß Sie jetzt mehr Standhaftigkeit haben, als Sie sie im entgegengesetzten Falle gehabt haben. Die Wahrheit ist die, daß uns dieser Boykott nicht zu schrecken braucht,

denn das Ungarn von heute hat die wertvollen Besitzungen nicht mehr, die einzigen, die für uns in Betracht gekommen sind, es hat nicht mehr das Banat, nicht mehr die Bacska, nicht mehr Siebenbürgen und nicht das slowakische Oberungarn, vor allem anderen nicht das frucht- und viehreiche Kroatien. Ungarn hat für uns alle diese Dinge, die es uns versagen will, ohnehin auf Jahre nicht und wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie die Protokolle der Friedensverhandlungen zu Trianon und Sie werden sehen, es steht alles drinnen, von den Ungarn selber bewiesen, daß sie auf zehn Jahre keine Überschüsse haben können und uns keine geben können. Deshalb braucht man davor nicht zu erschrecken. Es hat mich daher sehr erheitert und ich muß gestehen, in ganz logischer Folge ist der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr dahin gedrängt worden, auch harte und abweisliche Worte gegen Ungarn zu gebrauchen. Er hat sogar gemeint, es sei fraglich, ob man die Vertreter von Deutschwestungarn, die im ungarischen Parlamente sitzen, hören soll. Ich bin heute nicht berufen, dem Herrn Bundeskanzler einen Rat zu geben. Aber ich sage: Ich würde sie nicht hören, denn diese Leute sind ausschließlich kraft des Brachiums durch die Banditen gewählt worden und keiner von diesen Leuten würde gewählt werden, wenn in diesem Lande frei gewählt wird. (Beifall.) Infolgedessen besteht gar keine Nötigung.

Ich möchte aber davor warnen, die Sache so darzustellen, als ob diese Leute etwas zu tun haben. Wir werden die Ungarn selber hören, nicht aber diese Geschöpfe der Horthy'schen Säbeldiktatur, die das Land vergewaltigt haben und es auch jetzt wieder vergewaltigen wollen. So gegenüber Ungarn.

Einer meiner vergnügtesten Tage aber war es, wie der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr sich auf die Eisenbahn gesetzt hat, nicht um nach Prag zu fahren und dort auf dem Grabschin einen Staatsbesuch zu machen, sondern nach Linz, um dort bescheiden in das Coupé des großmächtigen auswärtigen Ministers Benesch zu kriechen und dort mit ihm, an Wien im weiten Bogen vorbei, über Alpenpässe hinweg, nach Bruck zu fahren, um dort über auswärtige Politik zu sprechen. Was gesprochen wurde, darüber habe ich mich ja schon im auswärtigen Ausschusse vergnügt und ich brauche es also hier nicht zu wiederholen. Aber die Tatsache ist die, daß auch der Herr Bundeskanzler nicht anders konnte, daß er den Tatsachen Rechnung tragen mußte, mehreren Tatsachen Rechnung tragen mußte: Erstens einmal der Tatsache, daß wir durch den Friedensvertrag gebunden sind und nicht die Kraft haben, die tschecho-slowakische Frage aufzurollen, wie ein gewisser Herr Teufel es immer verlangt hat.

Ich erinnere an die endlosen Staatsrats-sitzungen, wo alle Männer von Gewissen sich jede Stunde gefragt haben, was wird unser Volk morgen essen und wo werden wir die Kohle hernehmen, um zu heizen, während er von uns verlangt hat, wir sollen gegen die Tschecho-Slowakei Krieg führen, um Deutschsüdmähren zu retten, eine blanke Unmöglichkeit. Aber diese Bahndee hat den ehemaligen Abgeordneten Teufel verführt, sich in die Nähe der ungarischen Gesandtschaft zu begeben, und wer sich dort in die Nähe begibt, der kann zweierlei haben, entweder das eine oder das andere, nach Umständen. Er kann unter Umständen Bekanntschaft machen mit den Banditen der Gesandtschaft, wie sie früher einmal bestanden haben, oder er kann mit den Emissären der Gesandtschaft Bekanntschaft machen, welche mit den Goldmünzen im Sacke klimpern und Seelen kaufen. Und diesem Seelenkauf ist der ehemalige Abgeordnete Teufel zum Opfer gefallen und hat es uns zum Vorwurf gemacht, daß die Republik Deutschösterreich mit der tschecho-slowakischen Republik in Durchführung des einmal abgeschlossenen Friedensvertrages die Detailverhandlungen über die einzelnen Punkte des Friedens aufgenommen hat. Ich muß gestehen, es ist ein großer Übelstand, daß diese Verhandlungen, die ich seinerzeit in Prag begonnen habe, nicht in rascher Folge haben zu Ende geführt werden können. Unsere ganze Industrie und unser ganzes wirtschaftliches Leben leidet unter der Tatsache, daß diese Verträge nicht zu Ende geführt worden sind. Vergessen wir doch nicht, daß in der Tschecho-Slowakei die Industrie und das Wirtschaftsleben zum großen Teil in den Händen von Deutschen ist — zum großen Teil, nicht zum allergrößten Teil, aber zu einem Teil wenigstens — daß wir in der Tschecho-Slowakei viele wirtschaftliche Interessen selbst haben und wir nach Prag gehen müssen, um zu unseren eigenen Landsleuten zu kommen. Ich habe aus der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin entnommen, daß er die Frage des Deutschtums noch immer aus dem Gesichtspunkte eines Bezirkes betrachtet, aus dem man die Tschechen hinausprügeln will. Dieser unglückselige, enge Kirchturmhorizont in der nationalen Frage hat uns schon den größten Schaden zugefügt. (Zustimmung.) Wir können unser Verhältnis zur Tschecho-Slowakei nicht nach dem Gesichtspunkte des einen oder anderen Ortes und seiner begreiflichen Bedrängnisse und Erstickernisse beurteilen, sondern von dem Gesichtspunkte unserer ganzen Nation. Und wenn ich unsere Nation, wie sie heute besteht draußen im Reiche und hier in Österreich, und was heute ihr Bedürfnis ist, im Auge habe, so kann ich nicht Bezirksereignisse so aufbauschen und solche Worte gegen ein Volk gebrauchen, das heute ein gleichberechtigtes Volk ist, in seiner eigenen Auffassung aber ein Sieger-

voll gegen uns. Es ist also eine durchaus unpolitische Redeweise, die da gebraucht worden ist und nach meiner innersten Überzeugung eine für unsere Nation schädliche Redeweise, aber schließlich will ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ursin keine Schranken auferlegen: er möge seinen Haß gegen alle und die einzelnen austoben wie er will, wenn er glaubt, das mit der Verantwortung der Nation vereinbaren zu können.

Wir müssen also diese Beziehungen mit allen Nachbarvölkern aufnehmen und je früher es wir tun, desto besser ist es.

Nun steht es so, daß heute eine große Zahl von industriellen und kommerziellen Firmen, von Finanzinstituten überhaupt nicht wissen, was ihnen gehört, worauf sie rechnen können. Zahlreiche Häuser in Wien sind mit Hypotheken von tschecho-slowakischen Sparkassen belastet und wissen nicht, wieviel sie schulbig sind; viele Institute in Wien haben draußen Hypotheken und wissen nicht, wieviel sie zu erwarten haben. Die rascheste Vereinigung dieser Dinge ist eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und zu meinem großen Leidwesen sind diese Dinge nicht vereinigt worden.

Wir hören, daß sie erst auf einer Konferenz in Rom mit den anderen Staaten zusammen bereinigt werden sollen, was wiederum nicht geht, weil die Verhältnisse von Land zu Land ganz andere sind, als es etwa von einem höheren Gesichtspunkte von der einen oder anderen Seite aus erscheint. Wir hätten also diese Verhandlungen führen sollen und wenn unsere öffentliche Meinung verständlich wäre, so hätte sie diese Verhandlungen begrüßt und gefördert. Statt dessen hat man an jeden dieser geschäftlichen Schritte politische Verleumdungen und Verdächtigungen geknüpft und man hat insbesondere in der christlichsozialen Presse einschließlich der „Reichspost“ den Inseraten dieser Teufelgesellschaft und der Leute, die dahinter sind, Raum gegeben; man hat diese „Powidlinserate“, wie ich sie immer nenne, auch in der christlichsozialen Presse veröffentlicht und nun sehe ich, daß der Herr Bundeskanzler — Ihr Bundeskanzler! — auch mitten drinn steckt in dem Powidlssaß (*Heiterkeit*) und aus ihm nicht herauskommt. Ich erwarte, daß nun der ehemalige Abgeordnete Teufel seine Angriffe gegen den Herrn Bundeskanzler richtet. (*Abgeordneter Schiegl: Das tut er nicht, da wird er nicht gezahlt dafür!*) Das kann sein; das erklärt mir vieles, was mir sonst ganz unerklärlich gewesen wäre.

Nun komme ich zum letzten, zu unseren auswärtigen Beziehungen, zu unseren Beziehungen zur Entente und zur Frage der Kredite. Auch hier ist dieselbe Tatsache zu verzeichnen, daß Sie vor dem 17. Oktober der Welt erzählt haben, Österreich kann keine Kredite bekommen, weil Sozialdemokraten an

der Regierung beteiligt sind. Das Ausland hat kein Vertrauen. Diese Sozialdemokraten wollen sozialisieren und infolgedessen kümmert sich kein ausländischer Kapitalist um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Nun sind Sie fünf Monate an der Regierung. Der Herr Bundeskanzler hat gewiß nicht sozialisiert. Auch der leider heute nicht anwesende Bundesminister Heinel hat schon recht nicht sozialisiert und dem Hauzeis ist es nicht im Traum eingefallen, zu sozialisieren. Sie sind also in diesem Punkte tadellos. Aber ich frage Sie: Wo haben Sie jetzt die Kredite? Wo sind die Kredite? Und nun kommt der Herr Bundeskanzler und sagt, wir müssen insbesondere den Gedanken ins Auge fassen, daß wir uns allenfalls auf unsere Selbsthilfe allein verlassen müssen. (*Rufe: Hört! Hört!*) Das ist nun ein ganz anderer Reim, und wenn wir nun die demagogischen Mätzchen machen wollten, die Sie uns gegenüber immer gemacht haben, so würden wir sagen: Da schaut diese christlichsoziale Partei an! Diese Unfähigkeit! Ich will all das, was Sie damals gesagt haben, gar nicht wiederholen. Sie kommen eben darauf und der Herr Bundeskanzler hat es ja zum Schluß auch in einem Zitat aus der Rede Harding, des neuen amerikanischen Präsidenten, ausgesprochen — es ist das erstemal, daß ich an ihm etwas wie eine besondere Aufmachung bemerkt habe (*Heiterkeit*), daß es falsch wäre, von der Regierung zu viel zu erwarten. Für uns ist diese Mahnung gegenstandslos (*Heiterkeit*), wir haben nie zu viel erwartet, aber ich meine, für die Herren; aber auch nicht für die Herren, denn die haben es von Haus aus auch gewußt, aber das gilt jetzt für die Wähler, denen Sie zu viel versprochen haben. (*So ist es!*)

Sie würden ja nicht so viel erwarten und wir haben ja nie ein Fehl daraus gemacht, daß auf der wirtschaftlichen Basis, auf der wir sind, nicht viel zu erwarten ist. Aber wir werden schon bei den einzelnen wirtschaftlichen Ressorts dartun, daß überall anderes und besseres zu erwarten war, und obwohl die rettende Tat von uns mit eigener Kraft nicht zu vollziehen ist, müssen wir dennoch nicht in so gewaltigen und raschen Abstürzen niedergehen, wie wir unter Ihrer Regierung es getan haben, in so gewaltigen Abstürzen, wo in fünf Monaten die Baluta sofort bis auf 0,9 gesunken ist, wo die Banknotendruckerei gar kein Ende nimmt und wo gar nichts sichtbar wird, irgendeine Idee, um uns herauszuführen, außer es sind etwa die zwei Kommissionen, die Ersparungskommission und die Wirtschaftskommission (*Heiterkeit*), die Idee, wie Sie uns retten wollen. Aber für uns steht es fest, daß immer klarer und deutlicher wird, daß die sogenannte Entente — ich sage mit Absicht „die sogenannte Entente“ — heute nicht mehr da ist wie im Moment des Friedensschlusses, daß jene Entente,

in der die Vereinigten Staaten als ein Europa gegenüber halbwegs neutraler und mächtiger Faktor mitgetan haben, daß diese Entente als Gegenpol der Besiegten nicht mehr in der Form besteht, weil sie eines wesentlichen Faktors bedarf.

Es ist etwas ganz anderes, ob uns gegenüber, sagen wir, im Völkerbunde oder in der Wirtschaftskonferenz, ein Rat sitzt, in dem auch Amerika mitvertreten ist, oder ein Rat, wo das nicht der Fall ist. Viele Entscheidungen, die in Saint-Germain zu unseren Gunsten ausgefallen sind, sind nur durch die Intervention Amerikas in den Friedensvertrag hineingekommen. Daß zum Beispiel unsere Kunstschätze auf 20 Jahre unveräußerlich sind und nicht weggeführt werden können, diesen Schutz danken wir Amerika. Ein Friedensvertrag, aus dem ein Partner — Amerika — ausgeschieden ist, ist etwas ganz anderes. Es war in dem Mittum Amerikas wenigstens die Hoffnung auf eine gewisse desinteressierte Neutralität. Die fällt aber mit dem Ausscheiden Amerikas vollständig weg. Dazu kommt noch, daß der Rest der Entente — Amerika hat ja nie zu den eigentlich alliierten Mächten gehört, aber zu den assoziierten Mächten —, daß der Rest der Mächte unter die ausschließliche Führung des britisch-französischen Imperialismus kommt und daß die mitgehenden Mächte immer mehr und mehr in den Hintergrund treten, daß also die Friedensverträge, welche noch einigermaßen die Garantien ihres Bestandes und einer aufrechten Durchführung in sich getragen haben, immer mehr und mehr entgleiten und an Stelle eines Rechtsverhältnisses zwischen zwei Vertragsschließenden immer mehr die nackte Diktatur des einen Teiles über den anderen sichtbar wird. Das ist in den Londoner Verhandlungen sichtbar und das wird auch auf der anderen Seite immer mehr sichtbar. Auf der anderen Seite entzieht sich der Gegenteil immer mehr und mehr der Leistung, die er übernommen hat. Die Kreditleistungen sind bis heute nicht erfolgt; es ist aber ein großer Unterschied, ob ein Kredit heute gewährt wird, oder ein Jahr später. Dadurch sind wir in die Lage gekommen, uns selbst einen Augenblick zu denken, daß wir ganz aus eigener Kraft handeln müssen, und für diesen Augenblick muß sich unser Volk allerdings immer mehr bereithalten. Daß wir diesen Augenblick des Handelns aus eigener Kraft und unter eigener Verantwortung selbstverständlich dazu benötigen werden, um auch über die Schranken des Artikels 88 hinauszugehen, steht für mich fest. Ich hoffe nur, daß unser Bundesamt für Äußeres in diesen schweren Zeiten, die uns bevorstehen, doch die nötige Kraft und Energie und Entschiedenheit aufbringen wird, um die Interessen unseres bedrohten Landes zu wahren, uns zu schützen und den einzig gegebenen Ausweg wirklich zu führen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident (der während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Buchinger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Buchinger: Hohes Haus! Als ehemaliger Liquidierungsinspektor fühle ich mich unbedingt verpflichtet, beim Kapitel „Liquidierung“ das Wort zu ergreifen. Nach dem Umsturz und dem Zerfall Österreichs herrschte die Auffassung, daß das ganze Vermögen des alten Staates Gemeingut sämtlicher Nationalstaaten sei, und die Folge davon war, daß die einzelnen Nationalstaaten durch ihre Gesandtenkonferenz — und aus dieser bildete sich die interalliierte Liquidierungskommission — diesbezüglich gemeinsame Beschlüsse hätten fassen sollen. Die Gesandtenkonferenz hatte jedoch nur dann das Recht, Beschlüsse durchzuführen, wenn sie einstimmig gefaßt wurden, und sie ging von der Annahme aus, daß das Vermögen in einem bestimmten Verhältnis auf die einzelnen Nationalstaaten zur Aufteilung gelangen soll. Daß die Liquidierung dadurch eine ungeheuer schleppende wurde, ist selbstverständlich, ja sie wurde dadurch einfach laufen gelassen. Durch den Friedensvertrag wurde uns aber das Recht zuerkannt, daß die Liquidierung auf unserem Gebiete eine rein österreichische Angelegenheit ist und in unsere Machtvollkommenheit fällt. Die konstituierende Nationalversammlung hat durch das Gesetz vom 18. Jänner den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, daß auf Grund des Territorialprinzips die Liquidierung in erster Linie eine österreichische Angelegenheit sei. Um die Liquidierung zu beschleunigen, wurden seitens der konstituierenden Nationalversammlung meine Wenigkeit und der Herr Abgeordnete Smittka zu Liquidierungsinspektoren gewählt, wobei ich ausdrücklich konstatiere, daß wir gegenseitig in größtem Einvernehmen miteinander gearbeitet haben. Bei der Liquidierung handelt es sich vor allem um die Militärverwaltung des alten Staates, weiters um die gemeinsamen Angelegenheiten der alten österreichisch-ungarischen Monarchie und schließlich um die Angelegenheiten des alten Österreichs. Was die Arbeiten auf dem Gebiete der Militärverwaltung anbelangt, so handelt es sich vor allem um die Prüfung und Begleichung alter Schulden für Lieferungen und Arbeiten, die Hereinbringung alter Forderungen, die Regelung der Gebührenansprüche usw. Weiters befaßte sich die gesamte Liquidierung mit der Feststellung des noch bei dem Umsturz vorhanden gewesenen Vermögens. Die Liquidierung muß selbstverständlich auch noch auf andere Gebiete übergreifen, so auf die Postsparkasse, auf Wohltätigkeitsanstalten, auf das Verkehrswesen usw. Einen großen Komplex der Liquidierungsaufgaben wird insbesondere das Kapitel der Stiftungen einnehmen. Wir hatten im alten Österreich

unter den mannigfaltigsten Titeln bei jedem einzelnen Staatsamte Stiftungen. Es muß darauf gedrungen werden, daß über diese Stiftungen die nötigen Verhandlungen und Verfügungen getroffen werden.

Daß wir mit der Aufgabe, mit der uns der Nationalrat betraut hat, eine schwere Bürde übernommen haben, ist selbstverständlich. Kollege Smitska und ich haben unsere Aufgabe von der ernstesten Seite aufgefaßt. Wir sind zu Liquidierungsinspektoren eingesetzt worden und unsere erste Aufgabe war, daß wir uns orientiert und die einzelnen Stellen einer genauen Inspizierung unterzogen haben. Es ist auch dem Liquidierungsinspektorat ein Beirat zur Verfügung gestellt worden, in dem sämtliche österreichischen Staatsämter vertreten waren. Wir hatten natürlich alle Fragen wohl vorbereitet und hätten einen besseren Erfolg unserer Arbeit verzeichnen können, wenn alle zusammengearbeitet hätten. Wir haben auch verlangt, daß die Staatsämter uns diesbezüglich kräftig unterstützen.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß gewissen berechtigten Vorstellungen unbedingt Gehör geschenkt werden mußte. Da wir auch nicht auf jedem einzelnen Gebiet eingearbeitet sein konnten, so wurden alle berechtigten Vorstellungen von uns anerkannt, sofern sie im Staatsinteresse gelegen waren. Kollege Smitska und ich hätten es uns nicht einfallen lassen, die Liquidierung etwa in Bausch und Bogen durchzuführen. Wir sind ja vollständig überzeugt, daß es noch einzelne Angelegenheiten gibt, die nicht liquidiert werden können, doch sollen diese an die einzelnen Staatsämter ehestens angegliedert werden. Nachdem schon zwei Jahre verstrichen sind, sollte man doch trachten, rascher vorwärts zu kommen.

Wir haben auch getrachtet, dort, wo unnütze und unproduktive Arbeit geleistet wird, mit einem Abbau einzusetzen. Wir hatten auch gewisse Schwierigkeiten mit dem Staatsamt der Finanzen. Ich verstehe ja vollkommen, welche Schwierigkeiten das Staatsamt der Finanzen und auch das Militärliquidierungsamt zu bewältigen hat, aber wir konnten uns als Vertreter, als Abgesandte des Nationalrates doch nicht zu bloßen Kontrollorganen hergeben, wir mußten auch das Recht haben, Forderungen zu stellen und diesen zum Durchbruch zu verhelfen.

Unsere Tätigkeit war diesbezüglich vielfach gelähmt. Der Bericht über unsere Tätigkeit wurde dem Nationalrat am 8. Juli v. J. zur Kenntnis gebracht. Es war selbstverständlich, daß wir in diesem Bericht eine offene Sprache führten. Wenn wir auch nicht immer die Ansicht des Staatsamtes für Finanzen teilen konnten, so war es doch immer das Bestreben der Liquidierungsinspektoren, ein Zusammenarbeiten mit dem Staatsamte für Finanzen zu ermöglichen.

Entscheidend war für uns, daß Kräfte nicht unnötigerweise zerplittert und daß Material gespart werde. Das Staatsamt der Finanzen hat dies auch in seinen Gegenäußerungen zum Ausdruck gebracht und dadurch bewiesen, daß unsere Forderungen wohl berechtigt und überlegt waren, da ein großer Teil unserer Forderungen nach zirka drei Monaten auch voll erfüllt wurde. Wir hatten auch in unserem Sekretariat naturgemäß nur einen kleinen Apparat. Wenn wir mit einem kolossalen Apparat gearbeitet hätten, dann würden wir von dem Strudel der Liquidierenden erfasst worden sein und man hätte mehr oder weniger bei uns selbst zu liquidieren anfangen müssen. Unser Sekretariat bestand aus Offizieren und Militärbeamten und es würde uns nur eine Freude bereitet haben, wenn das Finanzamt den Posten eines Stellvertreters unseres Sekretärs mit einem Finanzbeamten besetzt hätte. Das war aber leider nicht der Fall.

Dieser Bericht hat, wie schon erwähnt, in der Öffentlichkeit starken Wiederhall gefunden. Es wurde selbstverständlich auch an dem Liquidierungsssekretariat eine entsprechende Kritik geübt; die Kritik in den Blättern ging so weit, daß unser Bericht nur darin gegipfelt hätte, daß wir den Leiter des Militärliquidierungsamtes von seinem Amte hätten wegbringen wollen. Diesbezüglich wurden auch Vorwürfe in den Zeitungen erhoben, daß sich unsere Mitarbeiter ein neues Amt dort installiert hätten. Unsere Mitarbeiter im Liquidierungsssekretariat wollten erwidern, ich und Kollege Smitska rieten aber ab und sagten ihnen, sie sollen sich in keine Polemik einlassen. Von gewisser Seite wurde diese Heze gegen unseren Bericht, respektive gegen unser Sekretariat inszeniert, um die Bedeutung unseres Berichtes und seine objektive Sachlichkeit zu diskreditieren. Einerseits wollte man unsere Mitarbeiter anrempeln, in Wirklichkeit ging aber die Sache so weit, daß man uns Liquidierungsinspektoren treffen wollte und vielleicht mehr oder weniger nicht uns als Liquidierungsinspektoren, sondern man wollte eigentlich die parlamentarische Kontrolle herabsetzen. Ich konstatiere auch von dieser Stelle aus, daß speziell unser Sekretariat, unsere Mitarbeiter uns in treuer Pflichterfüllung jederzeit zur Seite gestanden haben. Die Erfahrungen, die sie gesammelt haben, haben sie uns ungeschminkt zur Verfügung gestellt, was gewiß Pflicht jedes Beamten sein muß.

Ich will auf die einzelnen Details unseres Berichtes, auf die Äußerungen und Gegenbemerkungen von unserer Seite nicht mehr eingehen, weil sie ohnehin sicherlich zur Kenntnis des hohen Hauses gelangten. Daß sich das Inspektorat seiner Aufgabe bewußt war, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, dafür haben wir eigentlich den Beweis schon erbracht. Wir sind der National-

versammlung infolge unserer Stellung verantwortlich, wir tragen auch die volle Schwere der Verantwortung. Mit der bloßen Kontrolle durch ihre Mitglieder kann sich die Nationalversammlung sicherlich nicht zufrieden geben, wir haben auch das Recht, Forderungen zu stellen und zu verlangen, daß sie berücksichtigt werden. Der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit ist eigentlich, daß wir die Befugnisse des Liquidierungsinspektorates richtig an die Verfassung anpassen, und diesem Umstande hat der Finanz- und Budgetausschuß in der Sitzung vom 17. Februar durch den Antrag des Kollegen Jerzabek mit den Abänderungsanträgen des Herrn Kollegen Skrtler schon Rechnung getragen. Es wird die Möglichkeit vorhanden sein, daß auf Grund dieser Beschlüsse, wenn der Nationalrat diesen Beschlüssen zustimmt, wir eine gedeihliche Durchführung der Liquidierung im Interesse und zum Wohle unserer Bevölkerung Österreichs durchführen können.

Hohes Haus! Jetzt gestatten Sie noch, daß ich kurz auf einige Bemerkungen meines Herrn Vorredners zurückkomme. Der ehemalige Staatskanzler Dr. Renner hat es für gut befunden, bei dieser Gelegenheit sowie bei manchen anderen Gelegenheiten, unsere Regierung anzugreifen. In diesen Angriffen gegen uns liegt ein System, speziell ein System gegen unseren Staatssekretär Haueis. Man sieht: Haueis und die Regierung können machen was sie wollen, auf Ihrer Seite werden sie immer bekämpft werden, auch wenn sie das Beste machen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Schiegl:)* Verehrter Herr Kollege Schiegl! Die Hebung der Produktion läßt sich nicht von 24 auf 24 Stunden durchführen, dazu gehört zielbewußte Arbeit, und die Bauern wissen auch, wie und wo der Hebel dazu anzusetzen ist.

Glauben Sie, daß der Hebel zur Hebung der Produktion so angefaßt werden kann, daß man in demagogischer Weise in der Großstadt heßt, daß die Lebensmittel, Brot und Mehl, so teuer sind? Und auf das Land hinaus kommen die Apostel und heßen gegen die Arbeitslöhne, so daß die Lebensmittel naturgemäß sich verteuern statt verbilligen. *(Abgeordneter Schiegl: Der Kunschak hat ja versprochen, er bringt Mehl um 6 K aus Ungarn!)* Vielleicht hätte er Gelegenheit dazu gehabt, wenn Sie ihn hätten arbeiten lassen. *(Zwischenrufe:)* Aber Sie haben auch diese Erklärung Kunschaks nur zu einer Heße gebraucht, und Sie haben ebenso das Getreidebewirtschaftungsgesetz notwendig gebraucht, um auf dem Lande und in der Stadt eine politische Heße zu beginnen. *(Abgeordneter Schiegl: Das Getreidebewirtschaftungsgesetz hat uns ruiniert!)* In welcher Beziehung?

Präsident *(unterbrechend):* Ich bitte, Herr Kollege Buchinger, keine Zwiegespräche zu halten.

Abgeordneter Buchinger *(fortfahrend):* Ich werde mich den Mahnungen des Herrn Präsidenten natürlich fügen. Ich habe mir erlaubt darauf hinzuweisen, daß aus der ganzen Sache nur hervorgeht, daß die Herren den Schmerz über den 17. Oktober noch nicht ganz verwunden haben. *(Zustimmung.)* Die Herren haben von der Autorität speziell auf dem Gebiete der Getreideaufbringung gesprochen. Diese Autorität wurde von Ihrer Seite untergraben. Ich habe mir im politischen Bezirk Tulln die Ausweise geben lassen. Unser Großgrundbesitz ist mit seinen Lieferungen im Rückstande. Der Großgrundbesitz kann seinen Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen, weil ein großer Teil der geernteten Früchte nicht einmal für die Deputate langt.

Es wurde auch von der Hebung des Kronenkurses gesprochen. Stellen sich die Herren vor, daß eine Hebung des Kronenkurses und ein Preisabbau möglich sind, wenn gegenseitig so geheßt wird? *(Abgeordneter Schiegl: Sie haben ja immer über die rote Regierung geschimpft! Es hat ja immer geheßen, die rote Regierung ist schuld!)* Ich möchte den Herrn Kollegen Schiegl aussprechen lassen. Oder glauben Sie, ein Preisabbau ist mit dem Achtstundentag möglich? Ich bin gewiß kein Gegner des Achtstundentages, aber ich muß trocken sagen, daß der Achtstundentag vielleicht seine Segnungen hat, wenn in den acht Stunden gearbeitet wird; es darf aber nicht geschehen, daß wenn der Achtstundentag in einem Betriebe eingeführt ist, mancher in den acht Stunden nicht mehr arbeitet, als er in drei Stunden zu leisten imstande wäre.

Was den Bauernstand anbelangt, so ist er jederzeit bereit, seine Dienste und seine Kraft zur Hebung der Produktion zur Verfügung zu stellen. Der Bauer hat ja selbst ein Interesse daran: wenn er um 100 Kilogramm vom Hektar mehr erntet, so ist das ja eigentlich sein Gewinn. Deshalb helfen Sie auch der bäuerlichen Bevölkerung, ihre Arbeiten zu verrichten, und legen Sie uns keinen Hemmschuh an! Sonst gehen wir einer Gesundung nie entgegen. Wir können Österreich nur aufbauen, wenn die Landwirtschaft leistungsfähig ist. Wenn wir arbeiten und auch die Möglichkeit haben, in der Landwirtschaft zu arbeiten, dann wird auch ein Wiederaufbau möglich sein. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Wanek; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Wanek: Hoher Nationalrat! Obwohl es sehr dankbar wäre, auf verschiedene Ausführungen der Herren Vorredner zurückzukommen, insbesondere auch zu dem tatsächlich in Verhandlung stehenden Gegenstand, das ist zum Budget des Ministeriums des Äußern, zu sprechen, verbietet es die

schon sehr vorgeschrittene Zeit, sich mit diesem Gegenstande heute noch zu beschäftigen. Ich möchte Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nur auf die Lage einer Klasse der Bevölkerung lenken, die auch mit diesem Kapitel des Staatsvoranschlages zusammenhängt, aber in den bisherigen Erörterungen vollständig vergessen wurde, das sind die hofärarischen Angestellten, sowohl die aktiven als auch die pensionierten Zivilangestellten der Verwaltung des Hofärars und des für das Haus Habsburg-Lothringen oder einer Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens.

Es ist eine vollständig berechnete Forderung dieser Kategorie von braven Beamten, daß sie den Zivilstaatsangestellten gleichgestellt werden, sowohl als aktive Beamte als auch nach der Pensionierung. Es ist ihnen diesbezüglich auch eine Zusicherung gemacht worden, und zwar vor allem von Seiten des Verwalters des gebundenen Vermögens, von Seiten des Herrn Dr. Harpner. Diese Zusicherung ist jedoch bis heute nicht erfüllt worden. Seit mehr als zwei Jahren wissen diese Leute eigentlich nicht, wohin sie gehören, und sie befinden sich in einer keineswegs rosigten Lage. Ich darf wohl als bekannt voraussetzen, daß zu den vielen angeblich blendenden Eigenschaften unseres verschlossenen Herrscherhauses die der Freigebigkeit nicht gehört hat. Obwohl ja auch die Angestellten des Hofes nicht aus den Mitteln dieser Herrschaften, sondern zum großen Teil aus Staatsmitteln bezahlt wurden, ist es ihnen nie gut gegangen, und sie sind heute noch in der gleichen Lage wie damals. Ich bitte nur zu bedenken, welche ungerechtfertigte Härte es wäre, heute willkürliche Pensionierungen in diesen Kreisen vorzunehmen, wenn Sie hören, daß es heute noch Pensionssätze von sage und schreibe 76 Heller pro Tag gibt. In unserer angeblich sozial gerichteten Republik sollte wohl für solche Zustände kein Platz sein.

Ich habe Anlaß genommen, Ihre Aufmerksamkeit gerade deshalb auf diese Klasse von Personen zu richten, weil in dem Spezialberichte, der im hohen Hause über das Kapitel „Hofärar“ vorgelegt wurde, ein Satz enthalten ist, dessen Ausführung unter Umständen zu sehr unbegründeten Härten führen kann. Es heißt da in Beilage 168, Gruppe XX, auf Seite 2 (liest):

„Der Abbau des Personals wurde gegenüber dem Stande vor dem Umsturze um mehr als ein Drittel durchgeführt und wird anlässlich der Hinüberleitung des Personals in den Dienst des Kriegsgeschädigtenfonds beziehungsweise in den Staatsdienst eine neuerliche Sichtung der hofärarischen Bediensteten von dem Gesichtspunkte aus, inwieweit ihre Weiterverwendung im Staatsdienste, beziehungsweise im Dienste des Kriegsgeschädigtenfonds unbedingt notwendig ist, durchgeführt werden.“

Wir sind gewiß nicht gegen den Beamtenabbau, aber mit dieser Sichtung ist eine große

Gefahr verbunden. Es ist vor allem die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die Sichtung vorgenommen wird. Die erste Sichtung wurde nach nationalen Gesichtspunkten beziehungsweise nach Gesichtspunkten der Staatszugehörigkeit vorgenommen. Es ist ja bekannt, daß der Hof vornehmlich Leute nichtdeutscher Nationalität beschäftigt hat. Daß man diese entlassen und getrachtet hat, sie in die Nationalstaaten, in die Sutschessionsstaaten abzuschieben, war ganz begreiflich. Es wäre aber eine unbegründete Härte, wenn man auch die Beamten und Diener deutscher Nationalität einfach aus dem Gesichtspunkte irgendeiner Sichtung heraus entlassen würde. Eine solche Sichtung muß doch eine ganz bestimmte Art der Durchführung haben, es dürften da nicht die Protektion oder andere nicht einwandfreie Maßstäbe zur Geltung kommen, sondern die Sichtung müßte nach rein sachlichen Gesichtspunkten vor sich gehen. Wenn wir nun den Beamtenabbau so betreiben und bei Sichtungen eine normale und anständige Pensionierung durchführen, so glaube ich, daß wir es bei den Hofbediensteten auch machen können. Die Hofbediensteten streben ja, wie ich schon erwähnt habe, nichts anderes an, als die Angleichung an die Zivilstaatsangestellten sowohl als aktive Angestellte wie als Pensionisten. Die aktiven Angestellten bekommen heute vielfach noch ein Pauschale statt eines Gehaltes und der Zulagen, wie sie im Staatsdienst üblich sind. (Abgeordneter Schiegl: Sie sind gleichgestellt!) Noch nicht. Ich habe heute erst eine Deputation von Hofbediensteten empfangen, die mir bewiesen hat, daß noch eine ganze Reihe von Hofbediensteten nur im Genuß eines Pauschalbesoldung steht. Es wird uns gewiß nur angenehm sein, wenn das, was Kollege Schiegl anführt, zur Wirklichkeit wird.

Ich möchte aber noch aus einem Gesichtspunkt heraus diesen Beamtenkategorien das Wort reden. Meine Herren! Während des Umsturzes waren gerade diese Leute in der schlechtesten Lage und trotzdem haben sie ausgehalten. Diese Leute haben ja eigentlich ihren Brotgeber verloren; so gerecht müssen wir sein, das einzusehen. Trotzdem aber haben sie ausgehalten und haben, teilweise mit Lebensgefahr, die Güter, die ihrer Bewachung anvertraut waren, gegen Plünderungsversuche, gegen alle möglichen Elemente, die sich da plötzlich breit gemacht haben, geschützt.

Wir haben hier nicht zu beurteilen, ob sie monarchischer Gesinnung waren, was ja bei dieser Beamtenkategorie schließlich einigermaßen naheliegen würde, und ob sie in den zwei Jahren gelernt haben, daß sie sich mit der geänderten Staatsform abfinden müssen. Wir haben einfach menschlich zu denken, wir haben nicht andere Gesichtspunkte, sondern wir haben, wie wir es überall wünschen, den Gesichtspunkt der Volksgemeinschaft, den Gesichtspunkt der berechtigten Hilfe für die Bedürftigen

obwalten zu lassen. Ich rechne hier auf die Unterstützung aller Parteien des hohen Hauses.

Was den Abbau selbst betrifft, will ich nur bemerken, daß die Angestellten der ehemaligen hof-
ärarischen Güter heute nur mehr rund 1000 Personen betragen. Es wird in der Republik Österreich, in der ja bekanntlich nahezu jeder Neunte in irgend einem öffentlichen Dienste steht, für diese tausend armen Teufel auch noch ein Platz sein und es wird auch noch möglich sein, sie vor Hunger und Elend zu schützen, die schließlich nichts anderes getan haben als ihre Pflicht. Das möchte ich Ihnen ans Herz legen. *(Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Paulitsch.

Abgeordneter Paulitsch: Hohes Haus! In dem zu behandelnden Abschnitte befindet sich auch das Kapitel Telegraphenkorrespondenzbureau. Bevor ich über dieses Kapitel spreche, sei es mir gestattet, vielleicht doch ganz kurz auf die Ausführungen zurückzukommen, welche früher von seiten des ehemaligen Herrn Staatskanzlers Dr. Renner gebracht worden sind. Dem Herrn Abgeordneten Dr. Renner beliebte es, über den Obmann unserer Vereinigung zu sprechen und darüber seine Bewunderung auszudrücken, daß er nicht das Wort ergreife. Diese verständliche Neugierde wird zur rechten Zeit befriedigt werden, und zwar zu einer Zeit, wann es eben uns und dem Obmann genehm sein wird.

Es ist hier auch immer von einer zweiten und ersten Garnitur geredet worden. *(Abgeordneter Dr. Renner: Von der dritten war noch nicht die Rede, Herr Kollege!)* Angenommen, aber nicht zugegeben, daß es eine zweite und erste Garnitur vielleicht in unserer Partei gibt, so bin ich davon überzeugt, daß, wenn unsererseits auch die erste Garnitur hiehergestellt worden wäre, sie sicherlich Ihren Beifall nicht errungen hätte. Es ist auch gar nicht unsere Aufgabe, eine Regierung herzustellen, welche den Beifall der sozialdemokratischen Partei erhält. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Aber wenn ich mich recht erinnere, so ist doch von Ihrer Partei vor Monaten die erste Garnitur hier geseffen und das Urteil, das das Volk über diese erste Garnitur gefällt hat, war ein derartiges, daß es scheinbar mit ihr nicht zufrieden gewesen ist. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Es wird auch immer von den Versprechungen geredet, die unsererseits den Wählern vor der Wahl gemacht worden seien. Ich glaube, gerade von sozialdemokratischer Seite sollte man diesbezüglich sehr vorsichtig sein. Wenn Sie Ihre Presse, Ihre Wahlaufhänge und Ihre Plakate durchgehen, so werden Sie verschiedenes finden, von

dem auch Sie im vorhinein wissen mußten, daß Sie es nicht erfüllen werden.

Mir sind die Verhältnisse hier nicht so genau bekannt; ich erinnere mich aber an ein Beispiel aus meinem Heimatlande Kärnten, daß nach der Wahl die Bauern zur Bezirkshauptmannschaft gekommen sind und dort gefragt haben, wann sie denn die Grundstücke erhalten werden, welche ihnen von den sozialdemokratischen Agitatoren vor der Wahl versprochen worden waren. *(Hört! Hört!)* Und wenn er in besonderer Weise, was ich gerade vom ehemaligen Staatskanzler Dr. Renner nicht erwartete, einen Preisabbau im Ernste forderte, so darf ich ihm wohl ein Wort seines Kollegen Dr. Bauer entgegenstellen, der nach der „Arbeiter-Zeitung“ in einer Versammlung erklärt hat, in der gegenwärtigen Zeit von einem Preisabbau zu sprechen, sei geradezu Wahnsinn. *(Zwischenrufe.)*

Wenn immer von den Kommissionen geredet wird, meine verehrten Herren Sozialdemokraten, so vergessen Sie nicht, daß die eine Kommission eine Forderung der Entente war, der auch Sie sich hätten fügen müssen, wenn Sie hier geseffen wären, und die andere Kommission sehr unter Ihrer Mithilfe zustandegekommen ist. *(Sehr richtig!)*

Ich will mich auch mit den Ausführungen Dr. Bauers, welche ja nicht sehr von Gründlichkeit und Ernst beschwert waren, nicht des näheren befassen, sondern das Kapitel „Telegraphenkorrespondenzbureau“ besprechen und hier auch ein Wort über unsere Presseattachés sprechen. Wie bekannt, haben wir in vier Orten, und zwar, wenn ich recht unterrichtet bin, in Paris, London, Rom und Bern, Presseattachés, während wir in Ofen-Pest und Prag nur Filialen des Korrespondenzbureaus errichtet haben. Unsere Presseattachés sind eine Einrichtung, über welche man vielleicht verschiedener Meinung sein kann. Das System als solches ist gewiß gut, die Art aber, in welcher es durchgeführt ist, kann mit Recht einer Kritik unterzogen werden. Wenn wir uns an die Zeit des Krieges oder an die Zeit vor dem Kriege erinnern, wie sehr wir damals darunter litten, daß die auswärtige Presse in keiner Weise von uns beeinflusst worden ist, wenn wir uns vergegenwärtigen — und hier erinnere ich an ein praktisches Beispiel, an die Volksabstimmung in Kärnten —, daß wir lange sehr schwer gekämpft haben, weil es uns nicht möglich war, auf die Blätter in Italien, Frankreich und auch England Einfluß zu gewinnen, so darf ich daraus wohl ableiten, daß die Tätigkeit der Presseattachés unter anderem eben darin gelegen sein muß, daß es ihnen gelingt, auf die Blätter in den dortigen Staaten Einfluß zu gewinnen.

Die Presseattachés haben nach meiner Auffassung eine dreifache Pflicht: Sie haben erstens

das Korrespondenzbureau, die amtliche Nachrichtenkorrespondenz, mit Nachrichten zu versehen, sie zu überprüfen und, soweit nicht Verträge mit den großen Bureaus bestehen, der Agence Havas und dem Reuterbureau, diese amtlichen Berichte entsprechend zu ergänzen. Hierzu stehen aber unseren Presseattachés viel zu geringe Mittel zur Verfügung. Denn ein einziges Telegramm, welches zum Beispiel von London zu uns hierher gesendet wird, kostet beiläufig 30.000 K bis 35.000 K. Es haben die Presseattachés auch die Aufgabe, die Gesandtschaften zu informieren und sie in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Und in ganz besonderer Weise soll ihre Aufgabe darauf gerichtet sein, unsere Verhältnisse, so wie wir sie in Österreich hier haben und durchleben, in den auswärtigen Blättern zur Sprache zu bringen. Es ist dies in Paris teilweise gelungen. Daß ein augenscheinlicher Erfolg nicht zutage tritt, ist ganz klar. Wir müssen uns aber die Frage vielleicht so stellen: wie würde es dann stehen, wenn wir keine Presseattachés in den auswärtigen Staaten hätten, in Paris, Rom oder London, so daß wir gar keinen Einfluß auf die auswärtige Presse gewinnen könnten? Bei der geistigen Verfassung, bei der Mentalität, in welcher sich die Bevölkerung Frankreichs und der anderen Staaten uns gegenüber befindet, angesichts der Tatsache, daß es zwei große Weltbureaus gibt, welche die ganze Welt mit Nachrichten versehen, einerseits die Agence Havas, welche Europa und den Osten versieht, andererseits das Reuterbureau, welches die gesamte übrige Welt mit Nachrichten versieht, ist es ganz klar, daß Nachrichten nicht gegeben worden sind und auch heute vielfach nicht gegeben werden, welche im Interesse unseres Volkes gelegen sind. Man wird über die Vorkommnisse in den Rheinlanden, über die Schmach, welche dort dem deutschen Volke angetan wird dadurch, daß eine sogenannte Grandnation, ein Überkulturvolk, die heimische Bevölkerung in einer Art und Weise behandeln läßt, welche jeder Gesittung und Kultur hohnspricht, im Auslande so wenig etwas berich en, wie man während des Krieges etwas über die wirklichen Vorkommnisse innerhalb des Deutschen Reiches oder Österreichs gesagt hat. Wir sind hier gleichsam mit einem Stachelbraut abgeschlossen. Wenn es aber unseren Presseattachés gelingt, daß doch in der auswärtigen Presse entsprechende Stimmungsbilder über die Lage in Österreich gebracht werden, wenn in diesen zu der Bevölkerung gesprochen wird, so ist das ein Vorteil, den wir in keiner Weise unterschätzen dürfen. Wir haben auf diesem Gebiete auch mit Gegenmaßnahmen zu rechnen, wie es zum Beispiel bei uns während der Volksabstimmung der Fall war. Die slowenischen Blätter hatten auch immer ihre Verbindungen in Paris und es ist ihnen gelungen, in den dortigen

Blättern für sich Stimmung zu machen. In ähnlicher Weise wird auch von der Tschecho-Slowakei und von Ungarn Stimmung gemacht, wobei man sich auf reiche Mittel stützt, um die Stimmung für Österreich niederkämpfen zu können. Es obliegt daher unseren Presseattachés und dem amtlichen Nachrichtenbureau eine ganz bedeutende Aufgabe. Wenn die Regierung hier Mittel aufwendet, so werden sie sich auch vielfach dadurch bezahlt machen, daß die Bevölkerung des betreffenden Landes erkennt, in welcher Lage wir uns eigentlich befinden.

Mit dem amtlichen Nachrichtenbureau kann derjenige, der mit ihm persönlich oder beruflich zu tun hat, nicht in jeder Hinsicht einverstanden sein. Es mag das auch daran liegen, daß diese ganze Angelegenheit zu sehr mechanisch und technisch aufgefaßt wird, ohne vom journalistischen Standpunkt aus gewertet zu werden. Wenn aber die Staatsregierung und das Staatsamt des Äußern entsprechend den Mitteln Wandel schafft, so wird es hier ein gutes Werk tun. Die Zeitungen können bei ihrer traurigen finanziellen Lage über keine Sonderberichterstatte in den verschiedenen Städten verfügen. Welches Blatt kann sich bei dem heutigen Valutastande in Rom, Paris oder Berlin einen Sonderberichterstatte halten? Das ist ganz ausgeschlossen. Daher sind wir notwendigerweise auf die amtlichen Nachrichten angewiesen, und es liegt im Interesse des Staates, daß diese amtlichen Nachrichten kurz und bündig über die einzelnen Vorkommnisse, mögen sie diese oder jene politische Richtung betreffen, Nachricht geben, damit die inländische Presse, die nicht über diese finanziellen Mittel verfügt und keine besonderen Verbindungen mit finanzkräftigen Kreisen hat, auf diese Art und Weise ihre Leserschaft entsprechend aufklären kann.

Was nun Österreich selbst betrifft, so sind die Filialen des amtlichen Nachrichtenbureaus noch keineswegs entsprechend ausgebaut. Wir haben in Österreich Städte, Landeshauptstädte, in denen sich nur die eine oder andere Schreibkraft befindet, die wohl amtlich Nachrichten von Wien entgegennimmt, aber niemals Nachrichten aus den Ländern an die Zentrale übermittelt, was auch im Interesse des Staatsgedankens und der Zusammengehörigkeit gelegen wäre. Es wäre notwendig, hierfür entsprechend ausgebildete Kräfte anzustellen, nicht bloß nur technisch gebildete, wie Stenographen und so weiter, sondern auch eine politisch reife Kraft, die befähigt ist, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorkommnisse in den einzelnen Ländern richtig zu bewerten und sie sodann in die Zentrale zu leiten, damit die gesamte Presse über die Vorgänge in den einzelnen Ländern unterrichtet werde.

Wenn ich hier eine persönliche Bitte vorbringen darf, so ersuche ich den Leiter des Staatsamtes, den Herrn Bundeskanzler, auch auf Rärnten

Rücksicht zu nehmen, auf jenes Land, welches gerade durch die Volksabstimmung in den Vordergrund des Interesses und der richtigen Wert einschätzung gerückt ist. Wenn hier Mittel angewendet werden, so werden sich diese in jeder Weise bezahlt machen. Es ist daher auch von diesem Standpunkte aus im Interesse des Staatsganzen, im Interesse des Zugehörigkeitsgefühls der einzelnen Länder zum Zentrum des Staates gelegen, diese amtliche Nachrichtenquelle richtig zu bewerten und, soweit es dem Staate möglich ist, entsprechend auszubauen. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schönbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Schönbauer: Fast alle Redner in der Budgetdebatte haben auf die ungeheure Bedeutung der Londoner Verhandlungen hingewiesen und haben erklärt, daß dort nicht das Schicksal Deutschlands allein, sondern ganz Mitteleuropas, ja vielleicht der ganzen Weltwirtschaft auf Jahre hinaus entschieden wird. Es will mich aber bedünken, als ob die folgenden Verhandlungen dieser Erkenntnis nicht ganz Rechnung getragen hätten. Denn es ist doch wieder vielfach kleines und kleinliches Parteigezänke stark in den Vordergrund getreten. Ich will auf die innerpolitischen Fragen gar nicht eingehen, sondern will nur ganz kurz auf unsere gesamte auswärtige Politik hinweisen, angeregt durch einige Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers, denen ich nicht zustimmen kann, von denen ich glaube, daß sie ein Irrtum sind.

Der Herr Bundeskanzler hat unter anderem als den Sinn der jetzigen Regierung dem Auslande gegenüber erklärt, die Regierung müßte versuchen, Vertrauen bei den auswärtigen Mächten zu gewinnen und es ihnen klar zu machen, daß Kredite, die nunmehr gegeben werden sollten, nicht Almosen darstellen würden, sondern daß sie Wiederaufbaukredite wären. Und andererseits, betreffs der Kredite selbst, sagte er, wir wüßten noch nichts Bestimmtes über die Kredite, aber wir brauchen unbedingt Rohlen und Rohstoffe sowie Produktionskredite zum Wiederaufbau.

Meine verehrten Herren! Das scheint mir eine Darstellung zu sein, die die Trostlosigkeit unserer wirtschaftlichen und staatlichen Lage nicht voll trifft, deshalb nämlich, weil wir dem Auslande gegenüber, wenn wir ehrlich sind, sagen müssen: Wir brauchen auch heute noch nicht etwa nur Wiederaufbaukredite, nur Investitionskredite, nein, wir stehen viel schlechter, wir brauchen noch auf Jahre hinaus sehr große Konsumkredite, wir brauchen noch jedes Jahr Lebensmittel und Futtermittel für die Ernährung unserer Bevölkerung und unseres Vieh-

standes in einem Betrage von ungefähr 250 Millionen Dollar. Diese 250 Millionen Dollar müssen wir glatt verzehren, ohne sie investieren zu können. Und dann haben wir noch immer nicht die Kohle bezahlt; wenn wir selbst mit unserem Export die Kohle decken könnten, unser Lebensmitteldefizit bleibt doch auf Jahre hinaus vollkommen ungedeckt. Wir müssen ihnen weiter sagen, ob wir im Stande sind, diese Konsumkredite, diese verbrauchten Kredite wieder zu ersetzen, hängt davon ab, ob wir künftig in unserer Wirtschaft andere Produktionsverhältnisse haben werden. In absehbarer Zeit aber kann unsere Wirtschaft gar nicht aktiv werden, wenn wir nicht in ein anderes Produktionsgebiet mit anderen Produktionsbedingungen versetzt werden. Das ist ja eigentlich der Grund dessen, was wir immer als die Lebensunfähigkeit unseres Staates bezeichnen, und ich glaube, das muß immer wieder dem Auslande vor Augen gehalten werden, daß es nicht unser böser Wille ist und daß nicht der Kredit, den sie uns einmal geben wollten, zum Wiederaufbau verwendet werden kann, sondern daß wir ihn — auch einen großen Kredit — glatt aufzehren und veressen müssen, um mit dem nackten Leben davon zu kommen. Das ist das Furchterliche unserer Lage.

Wenn der Herr Bundeskanzler sagt, von den Krediten wissen wir noch nichts Bestimmtes, aber wir hoffen, daß sie kommen, so glaube ich, wir wissen schon ganz sicher, daß keine genügenden Kredite kommen, weder Konsum- noch Investitionskredite. Denn das letzte Projekt, das im Auslande uns gegenüber mit so vielen tönenden Worten dargelegt worden ist, das Loucheursche Projekt, ist geradezu lächerlich. Sie müssen nur bedenken, daß dabei nicht einmal noch der Kredit als solcher gesichert wurde, sondern daß den Bankiers empfohlen wurde, eine Gesellschaft mit einem Kapital von 200 Millionen Franken zu bilden. 200 Millionen Franken sind aber etwas mehr als acht Millionen Dollar. Diese acht Millionen Dollar brauchen wir, um Lebensmittel zu kaufen, mit denen wir nicht mehr als etwa 14 Tage auskommen. Und diese Kredithilfe spuckt in unserer ganzen Wiener Presse als ein Mittel herum, das uns wirklich auf lange Zeit hinaus retten könnte, wenn diese gepriesenen Pläne verwirklicht werden. Das ist nichts anderes als Humbug. Dazu kommt aber noch, daß von diesen 200 Millionen Franken, die da als Stammkapital eingebracht werden sollen, auf Österreich selbst 80 Millionen Franken verteilt werden sollen, daß offenbar die österreichischen Banken 80 Millionen einbringen sollen, so daß demnach nur 120 Millionen Franken bleiben.

Noch lächerlicher wirkt aber, daß der offizielle französische Nachrichtendienst, die „Havas“, erklärt, den Bankiers wird dieser Kredit empfohlen, aber

erst, nachdem drei Maßnahmen im Inneren von Österreich gesichert sind: nämlich der Beamtenabbau, dann eine Maßnahme gegen die Überbevölkerung von Wien und schließlich eine Finanzkontrolle. Ist es nicht geradezu wirklich zum verwundern, daß es auf der Welt noch Leute gibt, die vom staatlichen und volkswirtschaftlichen Elend in diesen Tönen reden, daß sie für eine Kredithilfe, die geradezu lächerlich ist, Bedingungen stellen wollen, an denen wir Jahr und Tag arbeiten und denen wir aus eigener Kraft absolut nicht irgendwie abzuhelpen imstande sind? Wenn wir den Abbau des Beamtenüberflusses, der eben die Folge davon ist, daß ein Wirtschaftsgebiet als Rumpf eines einstmaligen großen Verwaltungsgebietes übrig geblieben ist, so leicht durchführen könnten, so wäre es schon längst geschehen. Wenn wir gegen die Überbevölkerung Wiens wirklich energisch vorgehen könnten, wenn es wirtschaftliche Mittel gäbe, so wären sie längst ergriffen worden. Aber die Entente selbst tut ja ihr möglichstes, um der Überbevölkerung Wiens entgegenzuwirken, so daß allmählich die alten Rentner, die Pensionisten und Leute, die nicht mehr im arbeitsfähigen Alter sind, verhungern müssen. Aber damit allein ist uns nicht gedient. Wenn wir uns vor Augen halten, daß nach den allerletzten Nachrichten, betreffend den Goldschatz, die Entscheidung dahin gelautet hat, daß die Entente von uns die bedingungslose und völlige Unterwerfung unter die Forderung der Reparationskommission erwartet, das heißt, wir sollen bedingungslos die 65 Millionen in Gold an die Entseßionsstaaten ausliefern, so glaube ich, kann es heute keinen Menschen mehr geben, der wirklich noch irgendeine Hoffnung auf die alliierten Mächte haben könnte, die etwa Österreich retten könnten.

Ein französischer Sozialist hat in seinem Buche „Goldfucher“ in der letzten Zeit einen allzu treffenden Ausdruck in seinem Romane über die Hilfeleistung der Entente gebraucht, indem er die Ententekapitalisten, die aus humanitären Gründen hierher kommen, sich zum Schluß zur Bildung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Ausbeutung des österreichischen Elends zusammensetzen läßt. Das ist die eigentliche Ententehilfe, und wir sollten heute von dieser Überzeugung schon durchdrungen sein, damit wir zu einem einheitlichen politischen Willen und zu einer einheitlichen politischen Kraft kommen können.

Es bleibt uns nach all dem, da dieser Staat organisch unmöglich geworden ist, nichts anderes übrig, als der Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet, und das kann, wie alle Parteien übereinstimmend erklären, nur der Anschluß an das Deutsche Reich sein. Nun gibt es sehr viele Politiker, die dem Anschlusse nicht besonders günstig sind, die immer erklären, der Anschluß ist naturnotwendig, er

kommt von selber. Nun, in der Politik ist fast nichts naturnotwendig, sondern die Politik hat mit Menschen zu tun und Menschen haben einen Willen, und wenn diese Menschen mit ihrem Willen nicht zur Tat schreiten, so kann diese Politik von selber keinen anderen Weg nehmen. Es fragt sich nur, was im Falle einer anderen Entwicklung mit dem deutschen Stamme in Österreich geschehen wird. Aber naturnotwendig ist in der Politik, besonders in der auswärtigen Politik, fast nichts. Wir müssen den Anschluß, die Einverleibung in das Deutsche Reich verdienen, wir müssen sie vorbereiten, bevor der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir zur Tat schreiten können, und das ist diplomatisch möglich. Man muß versuchen, im auswärtigen Dienst die Hindernisse zu beseitigen, die dem Anschlusse entgegenstehen. Ich glaube, es kommt da zunächst vor allem nur eine Orientierung nach Reichsdeutschland und auf der anderen Seite nach Italien in Betracht. Obwohl wir die Wunde Südtirol niemals verschmerzen werden und hoffen, daß einst der Tag kommen wird, wo Italien infolge einer vernünftigen Politik Deutschsüdtirol selbst wieder herausgeben wird, weil es auf anderer Seite entschädigt werden kann, obwohl wir das nie vergessen werden, glauben wir, das Italien noch immer der einzige Staat unter den Alliierten ist, der an dem Anschlusse unseres Staates an Deutschland aus eigenem Interesse Anteil nimmt. Wir müssen ihn aber auch innerpolitisch und seelisch vorbereiten. Dazu wäre insbesondere die Volksabstimmung geeignet — die Volksabstimmung fängt auch jetzt in den Ländern schon an —, weil dadurch die Regierung einerseits nicht belastet wird und doch der Wille des Volkes ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht wird.

Wir müssen uns aber auch wirtschaftlich vorbereiten, wir müssen versuchen, eine Planwirtschaft aufzustellen, als ob unser Wirtschaftsgebiet jetzt schon vereinigt wäre. Über diese Planwirtschaft mit dem Deutschen Reiche zusammen ist noch ein anderes Kapitel in Betracht zu ziehen. Schließlich wird aber noch immer die Tat übrig bleiben. Ich glaube nicht, daß im Wege eines Völkerbundesbeschlusses, eines einstimmigen Beschlusses des Völkerbundesrates einmal die Anschlußfrage gelöst wird. Ich glaube vielmehr, alle politischen Entscheidungen sind mehr oder weniger Selbsthilfe gewesen, sind mehr oder weniger revolutionär gewesen. Ich glaube, daß dieser Tag bald kommen kann, wenn wir dazu gerüstet sind. Und um dazu gerüstet zu sein, ist Einheitlichkeit in der Auffassung über das gesamte Staatsproblem Österreich notwendig.

Ich glaube, gerade in der letzten Zeit, seitdem die christlichsoziale Partei in der Regierung die Führung hat, ist ein mächtiger Schritt nach vorwärts getan, weil die Christlichsozialen sich

selbst überzeugen konnten, daß das, was sie immer gehofft haben, eine Sinnesänderung der Entente gegenüber einem christlichsozial regierten Österreich, nichts anderes als eine Illusion war. Ich glaube, auch die christlichsoziale Partei und ihre Führer werden die Folgerung daraus ziehen und dann, glaube ich, steht wirklich ein einheitlicher Wille des ganzen deutschen Volkes in Österreich dem Auslande gegenüber und dann ist auch der Tag der Tat nicht mehr ferne. Robert Hamerling hat einmal in einem seiner Lieder unmutig ausgerufen: „Deutsche Worte hör ich, Worte, doch wo bleibt die deutsche Tat.“ Auf die deutsche Tat wollen wir nicht vergessen und das ist unsere Zuversicht und Kraft für die Zukunft. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich erkläre die Debatte für geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter Pany das Schlusswort? *(Nach einer Pause:)* Er ist im Hause nicht anwesend und kann daher auch nicht das Schlusswort sprechen. Wünscht der Herr Berichterstatter Dr. Waiz das Wort? *(Berichterstatter Dr. Waiz: Ich verzichte!)* Wünscht der Herr Berichterstatter Dr. Gürtler das Wort?

Berichterstatter Dr. **Gürtler:** Ich möchte nur etwas ganz kurz sagen. Für wen die Zugehörigkeit zum großen deutschen Volke nicht mehr ist, als eine bloße Versammlungssphäre, für den müßte in unserer inneren und äußeren Politik das eine ausschlaggebend sein, daß wir nichts tun dürfen, was dem Deutschen Reiche gegenwärtig seine schwierige politische Lage irgend wie erschweren könnte. *(Zustimmung.)* Und noch etwas, meine Herren. Wenn der Herr Kollege Dr. Schönbauer vom Loucheurschen Projekt gesprochen hat und dabei von der Annahme ausgegangen ist, daß sich diese Leute dort eingebildet haben, daß sie uns mit den 200 Millionen Franken ausbeuten wollten, so muß ich sagen, daß ist eine kindhaft naive Auffassung des Loucheurschen Projektes. Wenn man dieses Projekt richtig versteht, ist es nicht lächerlich, sondern unendlich gefährlich. Diese 200 Millionen Franken sind nicht mehr als diese gewissen 10 Millionen Kronen, mit denen man eine Aktiengesellschaft gründet, die mit hunderten von Millionen Kronen arbeitet. Das ist das Stockkapital und nicht mehr.

Im übrigen bitte ich, den Voranschlag für das Staatsamt für Äußeres nach den hier enthaltenen Ziffern anzunehmen.

Präsident: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche I. „Oberste Volksorgane“, Bundesausgaben: Kapitel 1, Titel 1 und 2, annehmen wollen, sich

von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche II. „Gerichte öffentlichen Rechtes“, Bundesausgaben: Kapitel 2, Titel 1 und 2, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche III. „Rechnungshof“, Bundesausgaben: Kapitel 3, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche VII. „Bundeskanzleramt“, Kapitel 7, Titel 1 bis 10, Bundesausgaben, und Titel 1 bis 5, Bundeseinnahmen, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir haben über eine Entschliebung abzustimmen. Dieselbe lautet *(liest):*

„I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Schutzstelle für die deutschen öffentlichen Angestellten aus den Nationalstaaten, wenn auch im verringerten Umfange, doch bis zur gänzlichen Vereinigung aller ihr zufallenden Obliegenheiten aufrecht zu erhalten.

II. Die Bundesregierung wird angewiesen, der in Aussicht genommenen, vereinmäßigen Gründung eines „österreichischen Institutes für Minderheitenschutz“ die tunlichste Förderung angedeihen zu lassen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschliebung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Es liegt ferner bei dieser Gruppe ein Beschlufsantrag zum Berichte der Liquidationsinspektoren vor. Ich glaube, ich kann über die sechs Punkte dieses Beschlufsantrages unter Einem abstimmen lassen. *(Zustimmung.)* Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den sechs Punkten des Beschlufsantrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat diesen Beschlufsantrag genehmigt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche XIV. „Äußeres“, Kapitel 26, Titel 1 bis 5, des Bundesvoranschlages in seinen Einnahmen und Titel 1 bis 5 in seinen Ausgaben annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir kommen nunmehr zu einer Reihe von Entschliebungen. Die erste Entschliebung lautet *(liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich einen Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Volksbegehren vorzulegen.“

Nachdem die Regierung in der letzten Sitzung dieser Aufforderung entsprochen hat, entfällt die Abstimmung über diese Entschließung.

Die zweite Entschließung lautet (*liest*):

„In Erwägung, daß die Auslegung zweiseitiger Verträge nicht von einem Vertragsteile diktiert werden kann,

daß vielmehr gemäß Artikel 13 des Pactes der Gesellschaft der Nationen Streitigkeiten über die Auslegung von Staatsverträgen durch Schiedsgerichte zu entscheiden sind,

wird die Regierung aufgefordert, bei der Gesellschaft der Nationen den Antrag zu stellen, die Streitigkeiten zwischen der Interalliierten Heeresüberwachungskommission und Deutschösterreich über die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Staatsvertrages von Saint-Germain der Entscheidung durch ein Schiedsgericht zuzuführen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht*.) Das hohe Haus hat diese Entschließung genehmigt.

Eine weitere Entschließung lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, ehestens eine Zusammenstellung aller an das Ausland geleisteten Zahlungen und der abgelieferten Materialien,

ferner eine Zusammenstellung der über Auftrag der Siegerstaaten abgetragenen Gebäude und der zerstörten Kriegsgeräte, Werkzeuge und sonstigen Gegenstände — unter schätzungsweise Angabe des Wertes und der Kosten der Zerstörung — vorzulegen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht*.) Auch diese Entschließung ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche XX. „Hofärar“, Kapitel 35, Titel 1 bis 5, der Bundesaussgaben und Titel 1 bis 3, Bundeseinnahmen, ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht*.) Das hohe Haus hat diese Zustimmung erteilt.

Es liegen hier zwei Entschließungen vor. Die erste lautet. (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, sofort in Sachen der Kronjuwelen und des

Gutes Eihenerz-Madmer eine Entscheidung herbeizuführen, und zwar in dem Sinne, daß die gerichtlichen, beziehungsweise gesetzgeberischen Schritte eingeleitet werden.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welcher dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht*.) Angenommen.

Die zweite Entschließung lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die hofärarische Verwaltung ehestens, und zwar spätestens bis zum 30. April 1921, zu liquidieren und den Kriegsgeschädigtenfonds bis dahin in den vollen und freien Besitz seiner Vermögensschaften zu setzen. Bis zu diesem Zeitpunkte soll die Regierung einen Gesetzentwurf wegen Reorganisation des Kuratoriums durch Heranziehung der Invaliden vorlegen.

In diesem Gesetzentwurfe soll insbesondere vorgesorgt werden, daß dem Fonds die Verfügung nicht nur über die Erträge, sondern auch über die Substanz seines Vermögens zukommt.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht*.) Angenommen.

Damit ist Abschnitt 1 der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen I, II, III, VII, XIV und XX, erledigt.

Die nächste Sitzung beantrage ich für morgen, Dienstag, den 8. März, um 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (233 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 371, über die einmalige große Vermögensabgabe (Vermögensabgabegesetz) abgeändert und ergänzt werden (Vermögensabgabennovelle) (238 der Beilagen).

2. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21.

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (*Nach einer Pause*.) Es ist nicht der Fall. Derselbe ist daher genehmigt und ich schließe hiemit die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr 45 Minuten abends.